

und die Berufsschulen werden ohne gesetzliche Grundlage einfach errichtet. Gegen diese Art muß man sich wenden. Es handelt sich um folgendes: Das Land hat eine ganze Reihe äußerst wichtiger Pflichtaufgaben, die gesetzlich begründet sind und nicht vernachlässigt werden dürfen. Neben diesen Pflichtaufgaben, die die Budgetmittel größtenteils aufbrauchen, hat das Land seit Jahrzehnten freiwillige Aufgaben übernommen, die auch erfüllt werden müssen, weil sie sonst einen Zusammenbruch erleiden würden.

Wenn wir diese zwei Aufgabenkreise, die Wohnheitsrechte einerseits und gesetzliche Pflichten andererseits sind, betrachten, ist das, was im Budget noch bleibt für weitere Aufgaben, äußerst beschränkt und abhängig vom temporären Zwang des Herrn Finanzministers. Das große Geschenk des Herrn Finanzministers, von dem Herr Abg. Stöffler gesprochen hat, schrumpft auf 6,2 Millionen Schilling zusammen, denn von den Mehreinnahmen des Landes durch die Erhöhung der Bundesertragsanteile, wie sie uns der Herr Finanzminister mitgeteilt hat, werden aufgebraucht 16,3 Millionen Schilling allein für die Entnivellierungsphase 1954. Außerdem werden uns etwas über 7 Millionen Schilling durch die Erhöhung des Bundespräzipiums weggenommen. Wenn man diese Beträge abzieht, bleiben 6,2 Millionen Schilling übrig. Da eine Reihe von anderen Dingen auch notwendig geworden sind, ergibt sich, daß frei verfügbare Mittel nicht bestehen. Wenn ich von neuen Programmen höre und die Ausführungen des Herrn Abg. Koch weiter verfolge, wird man inne, wie die Millionen in den nächsten Jahren rollen sollen. So einfach ist das nicht! Wir können neue Aufgaben nur dann übernehmen, wenn wir die Gewähr haben, daß wir sie auch weiterhin erfüllen können. Das ist der Grund, der zur Vorsicht mahnt und weshalb wir verlangen, daß dieser ganze Fragenkomplex eingehend in einer Enquete erörtert und ein ständiger Beirat geschaffen wird, der die Dinge vorbereitet.

Bezüglich des Berufsschulwesens: Es gibt kein Gesetz, das heute das gewerbliche Fortbildungsschulwesen regelt. Ebenso wenig gibt es ein Schulaufsichtsgesetz. Beide Gesetze bestehen augenblicklich nicht. Dies wird von den Schulleuten zum Teil bejaht, zum Teil verneint, vom Unterrichtsministerium mit Entschiedenheit verneint aus dem Grunde wahrscheinlich, weil man sonst vielleicht die eine oder andere Bestimmung als bestehend ansehen könnte. Der begreifliche Wunsch besteht, das das ganze Schulwesen einheitlich geregelt wird, weil sich in dem Tohwabohu dieses Geltens oder Nichtgeltens von Bestimmungen niemand mehr auskennt. Richtigerweise sollte man in Fernwirkung der seinerzeit beschlossenen Gesetze, deren Geltung bestritten ist, ein Provisorium einrichten, das gewährleistet, daß schließlich das Entsprechende geplant werden kann und vernünftig vorgegangen wird. Das ist der Wunsch der sozialistischen Fraktion, nicht der Wunsch, daß nichts geschieht, obwohl ich nicht die Meinung des Landesrates Brunner teile, daß

das gewerbliche Ausbildungswesen 50 bis 60 Jahre nachhinkt. Dann läge die Schuld bei den Vorgängern der ÖVP. Alle Macht lag damals bei den Bürgerlichen, die Sozialdemokraten konnten keinen entsprechenden Einfluß ausüben. Man soll die Dinge nicht übertreiben. Wenn man sich den Wiederaufbau des Stefansdomes ansieht, der Staatsoper und vieler neuer Gebäude in Graz, so ist wohl der Beweis erbracht, daß unsere Handwerker erstklassige Arbeit leisten und nicht 50 bis 60 Jahre zurück sind. (Landesrat Brunner: „Mit den Schulen, habe ich gesagt!“) In den Berufsschulen werden sie auch etwas lernen und die Meisterlehre ergänzen, denn auch dort werden sie das notwendige Rüstzeug bekommen, daß ihre Kenntnisse verbessert. Wir wollen nicht dauernd — das löst bei mir ein sonderbares Gefühl aus — über unsere Vergangenheit schlecht reden. Was werden in 50 Jahren die Bautechniker von dem reden, was wir heute bauen? Man soll etwas vorsichtiger sein!

Darf ich noch folgendes sagen: Landesrat Brunner hat von Anhaltspunkten geredet. Der wichtigste Anhaltspunkt ist der, daß man sich an das Land hält und vom Lande die Mittel erhält, die anderswo nicht aufzutreiben sind. Für mich ist es wichtig, zu wissen, wieviel das Land geben kann und ob die Mittel zweckmäßig und vernünftig angewendet sind. Alles muß geplant und geordnet, auch die Errichtung von Schulen muß überlegt und geplant werden. Wenn ich auch jemanden damit schrecke, muß ich doch dabei bleiben. Man kommt bei großen Gebietskörperschaften, wie beim Lande, nicht ohne Planung durch.

Darf ich noch etwas berichten? Abg. Koch hat in Unkenntnis der Dinge, was ich nicht als Vorwurf ausspreche, zweierlei behauptet: „Jugend am Werk“ sei eine Art Spielerei und dem Lande sei der Vorwurf zu machen, nicht genug für die Unterbringung von Lehrlingen zu tun. Wir geben von Jahr zu Jahr mehr Mittel aus, um Lehrlinge unterzubringen, im Gewerbe, in der Industrie und auf den Lehrhöfen der Landwirtschaft. Das Land tut viel, die Mittel werden vor allem gebraucht für „Jugend am Werk“, das ist eine Hilfe für junge Menschen, die einen Lehrplatz nicht gewinnen können. Es herrscht ein Mangel an notwendigen Lehrplätzen, wir haben fast die doppelte Zahl von Jugendlichen und können nicht alle jungen Leute gleichzeitig unterbringen. Es gibt aber noch einen zweiten Grund: Während anlässlich der Schaffung von Hauptschulen ursprünglich eine sehr reservierte Haltung der Bevölkerung zu beobachten war, überstürzen sich jetzt die Gemeinden, um eine Hauptschule zu bekommen. Die weitere Folge ist die, daß die Lehrherren nur Lehrlinge aufnehmen, welche die Hauptschule voll absolviert haben. Diese Forderung steht im Gegensatz zu den Möglichkeiten. Es gibt noch eine Reihe von Landesteilen, in denen die Volksschüler nicht in die Hauptschule gehen können, weil alle die Dinge zutreffen, die Sie für die Berufsschulen

anführen. Diese Schüler stehen hinten an und erhalten keinen Lehrplatz und das ist ein Unrecht. Aus der Volksschule sind schon sehr tüchtige und entwicklungsfähige Menschen hervorgegangen. Wenn man von der Ausbildungsnotwendigkeit redet, so ist die Voraussetzung für eine gute Lehrlingsausbildung, daß der Lehrling eine gute Grundschule besucht hat. Er muß von unten anfangen, nicht von oben und er tut sich schwer, wenn unten nicht alle Voraussetzungen gegeben sind. Ich darf sagen, das Land tut auf dem Gebiete der Fürsorge für die Lehrlinge Erkleckliches. Ich glaube, daß wir keinem Bundeslande in dieser Richtung nachstehen.

Den Ausgaben für die Landes-Berufsschulen, dort, wo sie zweckmäßig und notwendig sind, wird die sozialistische Fraktion, soweit es die Mittel des Landes ermöglichen, gerne ihre Zustimmung geben. Voraussetzung ist aber, daß ein Organ geschaffen wird, daß die Dinge berät, und zwar solange das Gesetz nicht da ist, in Form eines Beirates der Landesregierung. Zunächst müßte in einer vorherigen Enquete der ganze Fragenkomplex gründlich vorberaten und durchbesprochen werden in der Einsicht, daß nach dem seinerzeitigen Gesetz für den Schulhausbau und für die Schulerhaltung der Kostenträger die Gemeinde ist, während die Schulaufsicht dem Bunde zufällt und die Lehrerschaft besoldet wird je zur Hälfte vom Land und Bund. Eine Verschiebung dieser finanziellen Kompetenzen, ohne daß das gründlich vorberaten wird, muß abgelehnt werden. Wenn aber das Land mithelfen kann, ohne in Dauerbelastung zu kommen, wird auch unsere Fraktion gerne bereit sein, wie die übrigen mitzuwirken. (Beifall und Bravorufe bei SPÖ.)

**3. Präsident Scheer:** Die Rednerliste ist damit erschöpft, ich erteile dem Berichterstatter Abg. Hegenbarth, das Schlußwort.

**Abg. Hegenbarth:** Hoher Landtag! Es ist erfreulich, feststellen zu können, daß alle Parteien des Hohen Hauses darin einig sind, daß die Förderung des Unterrichtswesens zu den vornehmsten Aufgaben des Landes gehört. Ich darf daher als Berichterstatter namens des Finanzausschusses noch einmal die Bitte wiederholen, dieser Gruppe die Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Ich bitte die Abgeordneten, welche der Gruppe 2 zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 3: Kulturwesen. Berichterstatter ist Abg. Weidinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Berichterstatter Abg. Weidinger:** Hoher Landtag! Die Gruppe 3 des Landesvoranschlags 1954 beinhaltet Aufwendungen, die das Land auf dem Gebiet des Kulturwesens im nächsten Jahr zu machen bereit ist. Im ursprünglichen Landesvoranschlag waren die Gesamteinnahmen 2,456.700 S, die Gesamtausgaben 21,010.500 S.

Während der Beratungen im Finanzausschuß sind verschiedene Erhöhungsanträge zu einzelnen Voranschlagsposten gestellt worden, die im Beschluß folgendes Ergebnis zeigen. Es wurde erhöht die Ausgabenpost 3111,91 um 35.000 S, die Post 3112,91 um 100.000 S, die Post 3121,51 um 30.000 S, also von 170.000 S auf 200.000 S, die Post 319,702 um 45.000 S, die Post 319,701 um 12.000 S, die Post 319,704 um 90.000 S, die Post 329,703 um 50.000, die Post 329,705 um 5.000 S, die Post 3311,91 um 25.000 S, die Post 354,70 um 222.000 S, die Post 354,71 um 20.000 S, die Post 354,72 um 10.000 S und die Post 354,90 um 50.000 S. Als neue Haushaltsposten wurden eingesetzt die Post 339,76, Kulturhaus Radkersburg, mit 50.000 S, die Post 339,77, Zuschuß für die Errichtung eines Tierhauses in Graz, mit 150.000 S, die Post 354,706, Instandsetzung künstlerisch wertvoller Fassaden, mit 100.000 S, die Post 354,707, Beitrag für Kirchenbauten, mit 200.000 S. Die Erhöhungsanträge, in Verbindung mit den neuen Haushaltsposten und unter Berücksichtigung der einen gestrichenen Post 319,707 mit einem Betrag von 20.000 S, betragen 1,234.000 S, so daß sich die Gesamtausgaben in dieser Gruppe auf 22,244.500 Schilling belaufen, während die Einnahmen mit 2,456.700 S gleich bleiben.

Abschließend darf ich der Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß die Kulturerfordernisse im nächsten Jahr eine höchstmögliche materielle Förderung durch die Beschlüsse des Finanzausschusses erfahren haben. Namens des vorgenannten Ausschusses bitte ich nunmehr das Hohe Haus, die Ansätze der Gruppe 3 mit den von mir vorgetragenen Änderungen zum Beschluß zu erheben. Nach diesem Beschluß wird die Steiermark weiterhin bleiben ein Hort alpenländischer Kultur und ein Wall stolzer Heimatgeschichte.

**Abg. Hegenbarth:** Hoher Landtag! Anlässlich der Beratungen des Bundesvoranschlags ist uns eine große Ehre widerfahren. Während man im allgemeinen in Wien immer geneigt ist, über Steiermark zu kritisieren oder uns gleichsam als ein wildes Volk hinzustellen, ist es diesmal passiert, daß Abgeordnete des Nationalrates die hohen kulturellen Leistungen des Landes bei der Gruppe 3 anerkannt haben. Und es lohnt sich nun wohl, einiges über diese Gruppe zu sagen.

Das Volksbildungsheim St. Martin, das nach den Kriegsschäden baulich wieder voll hergestellt wurde und das eine Gründung des Hofrates Steinberger ist, steht wieder in vollem Betrieb, ebenso wie die 4 Filialen dieses Volksbildungsheimes in Feistritz (Teufenbach), in Stein bei Fehring, in Burgstall bei Wies und in Radkersburg. Hofrat Steinberger ist etwas widerfahren, was sonst im allgemeinen großen Männern versagt bleibt, er hat es noch erlebt, daß sein Werk, das Volksbildungsheim St. Martin und in weiterer Folge die steirischen Fortbildungsschulen die Anerkennung und Würdigung gefunden haben, die sie verdienen. Dieser

Hofrat Steinberger hat sich schon als junger Dorfkaplan, der die Notwendigkeit der Fortbildung der bäuerlichen Jugend kennt, nie geschaut, auch höchsten Herrschaften seine Meinung unzweideutig zu sagen und hat sich in der Zeit des ersten Weltkrieges vom damaligen Statthalter mit Arrest bedrohen lassen, weil er in seiner Art und Weise für die Bauern eintrat. Dieser Hofrat Steinberger verbringt heute seinen Lebensabend in Hart bei St. Peter. Aber sein Werk besteht und wird auch künftigen Generationen Kunde geben von diesem genialen Sohn unserer steirischen Heimat.

Insgesamt haben wir im Lande Steiermark etwas über 400 landwirtschaftliche Fortbildungs- und Haushaltungsschulen. Diese wurden im vorigen Winter von 4649 Schülern besucht, während die gegenwärtig laufenden Kurse eine Frequenz von 5170 Schülern aufweisen, also eine Steigerung von etwa 12 %.

Hoher Landtag! Eine weitere Post dieser Gruppe sind unsere steirischen Museen. Während es in der Zeit nach dem ersten Weltkriege schon als sehr befriedigend angesehen wurde, wenn unsere Museen in Graz, das Landesmuseum „Joanneum“, das Landes-Zeughaus und das Volkskundemuseum in der Paulustorgasse von 5000 oder 6000 Besuchern aufgesucht wurden, hat sich in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg die Besucherzahl sprunghaft erhöht. Bereits im Jahre 1951 wiesen diese Grazer Museen eine Besucherzahl von rund 80.000 auf, heute Vormittag erhielt ich vom Joanneum die Mitteilung, daß in den ersten 11 Monaten des heurigen Jahres die Grazer Museen von 156.700 Besuchern aufgesucht wurden. Ein Hauptgrund für dieses starke Interesse an den Sammlungen des Landes dürfte wohl darin zu suchen sein, daß unser Volk nach dem Zusammenbruch so mancher Ideale der Vergangenheit sich in den kulturellen Werten der Heimat ein Asyl suchte. Ferner die Tatsache, daß es der Leitung des Joanneums immer wieder gelungen ist, durch Sonderveranstaltungen und Sonderausstellungen das Interesse neu zu beleben. Im Vorjahre war eine Ausstellung niederländischer Meistergemälde, im heurigen Jahre eine Ausstellung „Dürer und seine Zeit“, die viele Tausende besuchten. Auch das Barockschloß Eggenberg wurde in Anwesenheit einer hohen Festgemeinde eröffnet und seiner Bestimmung übergeben und kann heuer schon Tausende Besucher in seinen Mauern zählen.

Ein weiterer Glanzpunkt des kulturellen Lebens war die Historikertagung in der letzten Maiwoche, wo sich Historiker, Archäologen, Numismatiker und Geschichtsforscher aus 15 Ländern in Graz zusammenfanden. Das Land Steiermark hat dieses Ereignis dadurch festlich gestaltet, daß es die berühmte Vorauer Kaiserchronik in einer größeren Anzahl kopieren und jedem der Gäste eine Kopie dieses seltenen Werkes der Handschriftkunst überreichen ließ.

Zusammenfassend kann man sagen: Wenn auch diese Gruppe wie alle anderen Gruppen,

die der Volksbildung und Kultur dienen, selbstverständlich keinen finanziellen Nutzen aufweist, so ist doch der geistige Nutzen, der patriotische, der vaterländische Nutzen dieser Gruppe unbestreitbar. Anastasius Grün hat das Wort geprägt: Wer seine Heimat kennt, der liebt sie und wer seine Heimat liebt, ist ein guter Österreicher. (Lebhafter Beifall und Bravorufe.)

Abg. Pölzl: Hoher Landtag! Ich möchte den glanzvollen Ausführungen Abg. Hegenbarths nichts hinzufügen in Bezug auf die Museen. Daß die Besucherzahl wesentlich gestiegen ist, stellt ebenso wie die kulturellen Einrichtungen, auch das Barockschloß Eggenberg einen positiven Beitrag des Landes dar.

Ich möchte nur eine Sache erwähnen, die mir am Herzen liegt, das ist das Theater- und Bühnenwesen in Graz und hier insbesondere die Wiederherstellung des Schauspielhauses. Diesbezüglich wurde bereits in der Gemeinde eine Diskussion abgeführt. Es ist klar, daß auch die Gemeinde allein nicht die Kraft aufbringen wird, um das Grazer Schauspielhaus wieder in standsetzen zu können. Wer sich eine Theaterveranstaltung im Rittersaal ansieht, muß sagen und beistimmen, daß der Rittersaal keine repräsentative Schauspielbühne für Graz darstellt. Wir brauchen das Schauspielhaus, wir brauchen eine Sprechbühne und das Opernhaus kann uns in keiner Weise das Schauspielhaus ersetzen. Ich weiß, daß alle Theaterbesucher sich an große Erlebnisse, deren man im Schauspielhaus teilhaftig werden konnte, erinnern können, daß jeder mit Herz und Verstand an diesem Schauspielhaus in Graz hängt. Auch für die kulturelle Bedeutung der Stadt Graz ist es wesentlich mibestimmend, ob wir hier eine ordentliche Sprechbühne haben oder nicht und ich glaube, es ist eine Aufgabe des Steiermärkischen Landtages, der Gemeinde dabei zu helfen, den Betrieb im Schauspielhaus wieder aufzunehmen. Soviel mir bekannt ist, wird auch der Bund gewisse Mittel bereitstellen, um zur Wiederherstellung dieser Bühne der Landeshauptstadt beizutragen. Ich sage, daß die Bemühungen der Gemeindevertretung, des Bürgermeisters von Graz mit den Bemühungen der Steiermärkischen Landesregierung, des Landtages vereinigt werden müssen, um zu erwirken, daß möglichst bald das Schauspielhaus in Graz erneuert wird. Ich bedaure, daß in diesem Voranschlage für diesen Zweck nichts vorgesehen wurde und ich könnte mir sehr wohl vorstellen, daß der Landtag noch anläßlich der Budgetdebatte die Initiative ergreift und bestimmte Beträge dafür einsetzt.

Abg. Berger: Hohes Haus! Es schaut abwegig aus, wenn sich bäuerliche Vertreter bei Gruppe 3, Musikpflege, zum Wort melden. Aber ich möchte bezüglich der Musikkapellen am Lande bitten, einige Worte an Sie richten zu dürfen. Ich kann mit Genugtuung feststellen, daß 1954 ein etwas höherer Betrag für Bläserkapellen zur Verfügung steht. Aber es ist sehr wenig, wenn man

bedenkt, daß die Musiker auf dem Lande Arbeiter von Landwirtschaft und Industrie sind, die finanziell nicht besonders gut gestellt sind, und wenn man bedenkt, daß diese Männer viel Idealismus haben. Sie müssen zur Probe stundenweit bei Tag und Nacht gehen und sie machen das, um dem Volk wirklich gute Musik zu bieten. Ich bitte das hohe Haus und besonders den Herrn Finanzreferenten, wenigstens in Zukunft unseren ländlichen Blasmusikkapellen mehr Unterstützung angedeihen zu lassen. Ich bin überzeugt, daß unsere ländlichen Musiker dankbar dafür sind, wenn durch einen Landesbeitrag auch die Musik am Lande gefördert wird. Die Anforderungen sind jetzt dadurch höher, weil der Fremdenverkehr auf dem Lande gewaltige Fortschritte gemacht hat. Es wird der bewilligte Betrag zum Nutzen und Segen der Kulturförderung auch am Lande dankbar verwendet werden.

**Abg. Hofmann-Wellenhof:** Hoher Landtag! Das Budget unseres Landes umfaßt ungefähr 600 Millionen Schilling, davon sind rund 22 Millionen für das Kapitel „Kulturwesen“ bestimmt. Das sind nicht einmal  $3\frac{1}{2}\%$  und man könnte, um einen Klassiker zu zitieren, mit Schiller sagen: „Ganz spät, nachdem die Teilung längst geschehen, naht der Poet.“ Das Kapitel „Kulturwesen“ umfaßt, wie ich hier sehe, nur sozusagen die großen äußerlich sichtbaren kulturellen Leistungen. Das Kapitel ist aber viel größer und umfassender. Es umfaßt das ganze Schulwesen unmittelbar, weil es natürlich auch zum Kulturstand eines Landes gehört, weiters auch das Fürsorgewesen und die Art, wie das Land seine Kranken betreut. Es gehört ungeheuer viel dazu.

Es ist also unser kulturelles Budget in Wahrheit weit höher als 22 Millionen und es entfallen auf unser kulturelles Budget weit mehr als  $3\frac{1}{2}\%$ . Wir wollen aber mit ganz besonderer Dankbarkeit anerkennen, daß auch dieses engere, vielleicht können wir sagen, dieses eigentliche Kapitel Kulturwesen im heurigen Jahr besonders gut dotiert wurde im Rahmen unserer Möglichkeiten, am besten dotiert seit 1945 und daß gerade auch die Erhöhung gegenüber dem vorigen Jahr ganz wesentliche Beträge ausmacht. Wir können also im Gegensatz zu oft leichtfertig geäußerten Meinungen hier sagen, es geschieht schon etwas im Land für Kultur, es geschieht sogar viel für diese Kultur, es ist dies nur oft für den Laien nicht so ersichtlich. Ich meine damit nicht nur die großen Leistungen, auf die ich noch zu sprechen komme, sondern ich möchte besonders erwähnen die vielen kleinen Leistungen, in denen sich die fürsorgende Hand des Landes sehr wohl bemerkbar macht. Ich denke da an die verschiedenen Druckkostenbeiträge zu literarischen Werken, an den im Vorjahr herausgegebenen steirischen Dichter-Almanach, an eine Reihe von Fürsorge-Maßnahmen, die einzelnen Künstlern unmittelbar zugute kamen.

Der Hauptpunkt, der heute schon mehrfach berührt wurde und der auch der größten Kritik

in der Bevölkerung ausgesetzt ist, ist der Zuschuß an die Vereinigten Bühnen. Er beträgt auf Seite des Landes  $5\frac{1}{2}$  Millionen, auf die Stadt Graz entfällt ein ebenso hoher Betrag. Es ist ferner eingeschlossen ein wenn auch nicht unter dem Titel Subvention angeführter Beitrag des Rundfunks von 1 Million Schilling. Es ist dieses Zuschußbedürfnis der Vereinigten Bühnen gegenüber dem Vorjahr um ungefähr 1-3 Millionen Schilling gestiegen. Dieses Steigen des Defizits ergibt sich nicht aus der schlechteren Wirtschaftsführung der Vereinigten Bühnen, sondern ist in erster Linie auf eine gewisse Erhöhung des Gagen-Etats zurückzuführen. Denken Sie nicht, wenn Sie an die Gagen unserer Grazer Künstler denken, an Spitzengagen. Es gibt nur einige wenige Spitzengagen und die muß jedes Theater bezahlen, soll es irgendwie im Konzert aller deutschsprachigen Bühnen und Theater konkurrenzfähig sein. Sie wissen, die deutschen Theater können eine vielfach höhere Gage bieten und es gehört schon eine gewisse Selbstverleugnung für manche Künstler dazu, mit einer niedrigeren Gage dem Heimattheater die Treue zu halten. Diese Gagenerhöhung betrifft das Gros der hier beschäftigten Künstler, denn hier waren die Gagen äußerst niedrig. Von den Eleven oder Elevinnen will ich nicht reden, aber eine durchschnittliche Solisten-Gage liegt schon bei 1200 bis 1300 S, also ein Niveau, das wirklich dringend einer Erhöhung bedurfte. Es muß aus diesem Grunde der Ausweitung des Budgets voll zugestimmt werden.

Nun befinden sich die Vereinigten Bühnen in einem gewissen Dilemma; einerseits verlangt man — nicht nur die Bevölkerung, sondern auch wir — daß sie wirtschaftlich, kommerziell geführt werden müssen, andererseits verlangen gerade wir und auch die Bevölkerung, daß sie künstlerische Spitzenleistungen bieten und das ist nicht immer ganz leicht vereinbar, nämlich in Bezug auf die Spielplangestaltung. Entweder betreibt man ein Theater nach rein kommerziellen Gesichtspunkten, das heißt man wird einen Spielplan darauf ausrichten, daß möglichst Stücke angesetzt werden, die eine größere Aufführungsserie wahrscheinlich machen, also sogenannte „Reisser“, oder man geht auf die künstlerische Qualität, man macht — was Graz ja immer war — eine Art Experimentierbühne, d. h. man öffnet die Bühne den jungen aufstrebenden Talenten. Aber dann darf man sich nicht wundern, wenn ein solcher Theaterbetrieb mit bedeutenden Kosten belastet ist und nicht immer das gewünschte finanzielle Ergebnis bringt. Man könnte sagen — mit aller Vorsicht formuliert — daß man sich langsam mit dem Gedanken befreunden muß, ein Theater sei heutzutage ein Kulturinstitut, das schon fast gar nichts mit finanziellen Erwägungen zu tun hat, daher von vornherein als ein Zuschußbetrieb geführt werden muß, das von vornherein etwa betrieben werden muß wie eine höhere Schule, wie eine Akademie, von der sich ja auch kein Mensch eine Rentabilität erwartet.

Es fiel früher das Stichwort Schauspielhaus. Sie alle wissen, ein wie schwieriges Problem, rein finanziell betrachtet, dieses Schauspielhaus darstellt. Ich glaube, es gibt niemanden hier, der nicht irgendwie rein gefühlsmäßig mit diesem Haus verbunden ist. Wir möchten auch nicht die Vorwürfe unserer Kinder und Kinderkinder auf uns laden, die wir selbst unseren Vätern und Vorvätern machen, wenn wir an irgendwelchen Stätten hier in Graz vorbeigehen und wo es dann heißt, hier stand einmal das schöne eiserne Tor oder dort stand ein schönes, altes, ehrwürdiges Gebäude und das ließen jene wegreißen und ein charakterloses Zinshaus in den 90iger Jahren hinbauen. Diesem Vorwurf wollen wir uns nicht aussetzen. Wir haben ja auch architektonisch und städtebaulich nicht so viel Substanz, um mit ihr leichtfertig umgehen zu können. Es ist eine Tatsache, daß gerade in den Gründerjahren das Kapital am flüssigsten war, aber es ist eine alte Tatsache, daß die finanziell gesicherten Zeiten durchaus nicht eine Blüte der Kunst, sondern eher eine Übersättigung, eine Verflachung mit sich bringen. Das veranlaßt mich, darauf hinzuweisen, daß es nicht ganz richtig war, wenn wir uns nach 1945 gedacht haben: Besorgen wir einmal alle irgendwie lebenswichtigen und materiellen Aufwendungen, dann wird die Kultur und die Kunst schon von selbst kommen. Wenn wir uns nur erst einmal schön und gemütlich möbliert haben, dann werden wir uns auch die Bücher und Bilder dazu kaufen. Das ist etwas oberflächlich gedacht, denn gerade der Ablauf der Geschichte beweist immer wieder — das erwähnte ich schon im Zusammenhang mit der Architektur — daß die wirtschaftlich gesicherten Zeiten oft auch eine große Verflachung mit sich bringen und gerade die Unsicherheit manche künstlerische Blüten zum Vorschein bringt. Das klingt hart, hat aber seine Berechtigung.

Ich darf sagen, daß ich das zeitgenössische heimische künstlerische Schaffen auf dem Sektor der Literatur kenne und ich weiß, daß da so manche Not herrscht. Es liegt nichts näher als der Gedanke, daß man dieser Not irgendwie steuern müßte, zum Beispiel durch eine Art von Altersversorgung dieser Künstler, aber dann drängt sich gleich wieder der gegenteilige Gedanke auf, daß es ein Unding sei, vielleicht eine Art pragmatisierter Dichter zu schaffen. Es ist dies ein außerordentlich schwieriges Kapitel, denn die individuelle Freiheit muß, wenn das auch hart klingen mag, manchmal mit einer gewissen materiellen Not des schaffenden Künstlers erkaufte sein. Wir wissen, daß autoritär ausgerichtete Staaten weit besser für ihre produzierenden und reproduzierenden Künstler sorgen als die demokratischen Staaten im allgemeinen tun, aber sie verlangen dafür auch einen Preis. Es ist dies so ähnlich wie es in einer steirischen Sage heißt, der Bauer, der einen Silber- oder Goldschatz irgendwo findet, der muß seine Seele dafür dem „Gangerl“ verkaufen. So ähnlich ist es auch hier in diesen autoritären Systemen. Die Künstler heben einen

Goldschatz, sie werden vergoldet, aber es wird ihnen dafür die Freiheit des Schaffens genommen oder dieses Gold ist zumindest mit einer weltanschaulichen Hypothek belastet. Ich will nicht leugnen, daß manche sich in der glücklichen Situation befinden, daß sie diese Hypothek durchaus nicht als Last empfunden, sondern daß hier eben der Volkskünstler auch irgendwie mit der politischen Richtung seines Landes konform geht. Denken Sie zum Beispiel an den noch nicht ganz verklungenen Marschkomponisten Herms Niel, der zweifellos materiell betrachtet ein sehr schönes und gesichertes Leben gehabt hat und wahrscheinlich sich nicht in einem schmerzlichen Schaffenszwiespalt befunden hat, sondern die Märsche, die er komponierte, die mußte er auch komponieren, das war in Ordnung. Aber das Gros der schaffenden Künstler ist eben nicht Herms Niel-Typ, sondern man findet sie etwas tiefer in den inneren Schichten, nicht an der Oberfläche.

Ich habe einen Punkt gefunden in der Gruppe „Kulturwesen“, der mich besonders freut, nämlich daß im Nachtrag für das Kulturhaus in Radkersburg 50.000 S bereitgestellt werden. Mit 50.000 S kann man zwar nicht viel Kultur machen, aber weit mehr als mit gar nichts. Hier gilt es wohl in erster Linie, nicht nur Geld zu geben, sondern hier handelt es sich um die Geste und für eine Geste sind 50.000 S ein sehr schöner Betrag. Radkersburg wird damit gewiß ein kleiner Dank erwiesen für die große Dankeschuld. Gerade diese Stadt hat in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg in besonderer Treue zu unserem Lande gehalten und wirtschaftlich besonders schwer durch die Grenzziehung im Frieden von St. Germain gelitten.

Noch ein letzter Punkt, das ist der Abschnitt 38, betitelt „Rundfunk und Filmwesen“. Wenn hier der Rundfunk genannt wird, muß man natürlich glauben, der will etwas und bekommt etwas. Er will nichts und bekommt nichts. Vor einigen Jahren hat mich auf einer Reportage ein Nationalrat gefragt: „Sagen Sie einmal, wer zahlt Euch das Defizit vom Radio?“ Ich habe damals ganz in inoffizieller Eigenschaft erwidert: „Verzeihen Sie, Sie werden es nicht für möglich halten, es ist aktiv.“ (Heiterkeit.) Es ist schon ein Kunststück, denn es ist im Volk die Meinung vertreten, wir bekommen die ganzen 7 S; wir bekommen nur S 385 per Hörer. 1 S geht für Investitionen nach Wien und den Rest nimmt die Post fürs Inkasso und andere Gebühren, es gibt 1000 Titel. Es bleiben also S 385. Der Kunst- und Kulturförderungsbeitrag? Es wird uns immer angelastet: „Ihr macht keine Kunst und Ihr macht keine Kultur.“ (Abg. Pölzl: „Das Radio verbreitet Finsternis.“) Und auch Kriegshetze, ich weiß. Ich lese doch auch manchmal Ihr geschätztes Organ. Den einen Kunst- oder Kulturschilling bekommen auch nicht wir, wir sind nur die Inkassanten dieses Kunstförderungsbeitrages. Es ist dies eine merkwürdige Institution und wird zusammengefaßt den Bühnen in Österreich gegeben als Ausgleich,

daß es mehr Radiohörer gibt als Leute ins Theater gehen. Wenn ich Unrecht habe, bitte mich zu korrigieren. Es kommt mir genau so vor, als wenn ich am Bahnhof beim Taxi um 1 S mehr zahle, damit diesen 1 S die notleidenden Fiaker bekommen. Das ändert nichts an meiner Theaterfreundlichkeit. Ich weiß, daß wirkliche künstlerische Tätigkeit immer das Medium der Person braucht, es wird niemals die Konservierung ersetzen, was schließlich Leben ist.

Ich habe eine Dankeschuld hier abzustatten an die produzierenden Künstler, an die Maler, Komponisten, Bildhauer, Dichter und Schriftsteller in diesem Lande. Es ist eine verhältnismäßig große Anzahl, die notgedrungen immer zwischen den Fronten steht, politisch gesehen, die nie organisierbar und zusammenfaßbar ist, auch nicht organisiert und zusammengefaßt werden soll und dadurch natürlich eine gewisse wirtschaftliche Schwäche aufzunehmen hat. Andererseits ist der Gedanke lächerlich, eine Dichtergewerkschaft gründen zu wollen oder eine Komponistenkammer. Es widerstrebt uns, das Einzelindividuum zu irgendeiner Art von Organisation zusammenzuführen, man kommt nicht darüber hinweg, daß jeder dieser Künstler individuell behandelt werden soll und muß. Darum haben wir hier gerade die schöne Aufgabe, mit Hilfe unseres Budgets diesen als Einzelpersonen oft gar nicht recht sichtbaren und recht aufspürbaren in unserer Mitte wirkenden Künstlern den Weg zu ebnet.

Hier möchte ich also vor allem den schaffenden Künstlern in der Steiermark Dank sagen, daß sie allen Unbilden zum Trotz immer wieder an ihrer Kunst festgehalten haben. Es ist nicht leicht, Bilder zu malen und zu wissen, daß sie nur in beschränktem Ausmaße verkäuflich sind. Ich erinnere an das Mäzenatentum der öffentlichen und privaten Hand auf anderen Gebieten. Da werden zum Beispiel 50.000 S für einen Mittelstürmer und Linksverbinder ausgegeben, es wird aber kaum jemanden geben, der 50.000 S für einen Komponisten gibt, das wird viel schwieriger sein. Hier tut die öffentliche Hand außerordentlich viel, das sei dankbar bestätigt, durch den Ankauf von Bildern, Vergebung von Aufträgen, Ehrengaben und Unterstützungen an Dichter, von denen Sie oft gar nicht annehmen würden, daß sie einer solchen Ehrengabe bitter bedürftig sind.

Verlassen wir eines nicht! Was hat sich alles in der Zeit des ärgsten Niederganges als unverlierbar erwiesen! Ich bin deswegen nicht abwegig und phantastisch, wenn ich bei einer so materiellen Debatte unvermittelt auf ganz immaterielle Dinge zu sprechen komme. Was hat sich als unverlierbar erwiesen 1945? Das Haus konnte verbrennen, man konnte seine Lieben verlieren, die gesamte Existenzgrundlage, die Gesundheit, fast alles war zu rauben, das, was Sie im Innern hatten, das war unverlierbar, ein paar Worte eines Dichters, eine Melodie konnte Ihnen kein Terror zerschlagen, keine

Bombe verschütten, das war in Ihnen unverlierbar für alle Zeiten. Da erweisen sich diese immateriellen Werte zuletzt immer wieder beständiger als das Materielle. Ich möchte meine Ausführungen mit einem Zitat von Josef Weinheber schließen, es scheint mir hierher zu passen und lautet:

„Dann fängt erst jenseits vom Nutzen die richtige Arbeit an, die man fürs Schöne tut. Fürs Schöne sag' ich? Fürs Gute! Enkeln, unbekannt fern, pflanzt ich die grünende Rute des Baumes und tue es gern, so stirbt nicht alles in mir.“

Allerdings setzt der Dichter am Schluß in selbsterkennender Resignation die Worte hinzu: „Auch Ewigkeit ist nur ein Wort“. (Allgemein sehr warmer, anhaltender Beifall.)

**Landesrat Dr. Stephan:** Hohes Haus! Es wird Ihnen begreiflich sein, daß es für mich nicht leicht ist, nach den Ausführungen des Kollegen Hofmann-Wellenhof zu sprechen, ohne dabei abzufallen. Außerdem hat er bereits einen großen Teil dessen, wenn auch mit wesentlich schöneren Worten gesagt, was ich sagen wollte. Es bleiben mir in dem Zusammenhang also nur einige Anregungen zu diesem Thema.

Es ist das Wort vom Schauspielhaus gefallen, und zwar schon zweimal. Es war mir in meiner Mittelschulzeit vergönnt, dort Aufführungen zu hören mit Künstlern, die Graz damals gehabt hat und die vor allem wegen der unvergleichlichen Akustik, die das Schauspielhaus gegenüber dem Grazer Opernhaus hat, wunderbar waren. Es muß uns klar sein, daß die Wiederherstellung des Grazer Schauspielhauses aus Mitteln des Landes oder des Landes und der Stadtgemeinde gemeinsam vorerst unmöglich ist und wir müssen dankbar sein, daß sich die Landesregierung dazu entschlossen hat, vorläufig wenigstens Fachleute diesbezüglich zu befragen. Ich habe, ich glaube vor etwa einem Vierteljahr, einmal im Radio gehört — hoffentlich irre ich nicht — daß zum Aus- und Aufbau der Wiener Oper in Wien eine Anleihe unter der Bevölkerung aufgenommen wurde, die die erstaunliche Tatsache ergab, daß diese Anleihe am zweiten Tag schon überzeichnet war. (LR. Maria Matzner: „Aber unter welchen Bedingungen!“) Ich weiß nicht, unter welchen Bedingungen diese Anleihe aufgenommen wurde. Aber ich meine, wenn schon die Bevölkerung von Graz und der Steiermark immer wieder nach dem Schauspielhaus schreit, so soll man diesen Schrei doch einmal wieder zurückgeben und fragen, ob sie an sich bereit wäre, selbst etwas zum Aufbau beizutragen. Das soll nur eine Anregung sein.

Was den Schauspielbetrieb und den Opernbetrieb auf unseren derzeit bestehenden Bühnen betrifft, habe ich mir bei der letzten Theaterausschußsitzung so meine Gedanken gemacht. Es ist bestimmt nicht leicht, einem künstlerischen Leiter, wie Prof. Zaun, die Sache recht zu

machen, denn einerseits würde er sehr notwendig einen Heldenbariton benötigen, auf der anderen Seite kommt der Heldentenor schon ziemlich teuer und auf der dritten Seite fehlt ihm wieder ein anderer Künstler und bis er das Ensemble beisammen hat, wie er es sich vorstellt, könnten wir nicht 5½ Millionen, sondern eine wesentlich höhere Anzahl von Millionen auf diese Sache draufzahlen.

Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an die Geschichte der Grazer Oper und der Grazer Theater überhaupt. Das Grazer Theater war lange Zeit hindurch — ich glaube, man kann sagen, Jahrzehnte — das Sprungbrett für junge Künstler, die von irgendwoher, zu einem Großteil auch aus Graz selbst, gekommen sind und die über diese Bühne den Weg in die große Welt gefunden haben. Sicher kann man daher auch heute wieder verlangen, daß junge Kräfte aus der hiesigen Schauspiel- oder Gesangsschule aufgenommen werden und ihnen damit die Möglichkeit eröffnet wird, auf andere größere Bühnen zu kommen. Ich glaube, daß das in einem noch höheren Maß gepflegt werden sollte. Wir sind in Bezug auf Spitzenkünstler innerhalb des deutschen Sprachgebietes nicht konkurrenzfähig, weil vor allem anderen die Kaufkraft der D-Mark eine wesentlich höhere ist, als wir sie haben. Wir können aber sicher jungen Menschen, die talentiert sind, dazu verhelfen, daß sie weiterkommen. Ich würde also wirklich anregen, auf Spitzenkünstler zu verzichten und sich dafür als Schule oder Sprungbrett für solche junge Kräfte einzuschalten.

Es ist auch schon oft im Zusammenhang mit der Theaterfrage die Erhöhung der Eintrittspreise ventiliert worden. Ich glaube nicht, daß wir uns davon allzuviel erhoffen dürfen. Jedoch ist auf der anderen Seite wohl zu bedenken, daß gerade bei der Bevölkerung sehr oft das nichts wert ist, was nichts kostet und ich glaube, daß sehr viele Leute, die oft und sehr gerne ins Theater gehen, auch bereit wären, einen wesentlich höheren Preis für einen Platz zu bezahlen.

Etwas, was heute noch nicht erwähnt wurde, — oder, sollte ich es überhört haben? — sind die Grazer Festspiele. Es ist, glaube ich, heuer zum letzten Mal ein größerer Betrag für die Grazer Festspiele ausgeworfen. Soweit ich aus einer Meinungsäußerung des Herrn Bürgermeisters zu wissen glaube, will man einen etwas größeren Versuch diesmal machen, um sich nachher entscheiden zu können, ob die Grazer Festspiele eine Existenzberechtigung haben oder nicht. In diesem Zusammenhang sind zu mir auch schon Leute gekommen, die diesbezüglich verschiedene Vorschläge gemacht haben. Man bringt zum Beispiel in Bregenz vor allem die Operette, in Salzburg Mozart, in Aussee sind es die Musikfestwochen, und da sagt man, man soll doch auch dem Schauspiel einen Raum geben, man soll in Graz versuchen, dem Drama, dem Volks-Schauspiel und auch dem Lustspiel einen Platz zu geben. Vielleicht bewährt es sich. Ich glaube natürlich, daß dazu mehr Mut ge-

hören würde, als wir alle zusammen haben, denn das ist und bleibt ein sehr gewagtes Unternehmen. Ich weiß auch nicht, wie weit diese Pläne anderswo gediehen sind. Die Herren, die sich mir gegenüber darüber geäußert haben, waren sicher auch bei anderen meiner Kollegen und haben mit ihnen auch über diese Pläne gesprochen. Ich weiß auch nicht, ob diese Pläne mit jenen des Herrn Bürgermeisters für die Grazer Festspiele in Zusammenhang stehen.

Ich habe nun von dem, was mir der verehrte Herr Vorredner gelassen hat, alles gesagt, was ich zu sagen die Absicht hatte. Ich glaube jedoch, noch einmal wiederholen zu müssen, was ja auch die Meinung anderer Mitglieder des Hauses ist: In der Kultur spiegelt sich der Wert einer Zeit und eines Volkes und wir wollen vor unseren Nachkommen nicht als die dastehen, die das Erbe, das sie von ihren Vätern übernommen haben, verkommen lassen. (Sehr lebhafter Beifall.)

**Abg. Dr. Speck:** Hohes Haus! Ich habe mich deshalb gemeldet, weil Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier — ich dachte allerdings, er würde sich vor mir melden — und ich abwechselnd den Vorsitz im Theaterausschuß der Vereinigten Bühnen zu führen und daher dem Landtag und dem Gemeinderat gegenüber zunächst die Verantwortung dafür zu tragen haben, was dort geschieht oder nicht geschieht. Ich muß daher hiezu auch hier etwas sagen, um so mehr, als auch einige andere Mitglieder des Hohen Hauses zu der Frage des Schauspielhauses und auch der Festspiele, wie überhaupt der Theater, gesprochen haben. Ich glaube nicht, daß es notwendig ist, hier viel über diese schwierigen Dinge zu debattieren. Sie sind außerordentlich kompliziert und man kann sie daher ohne Fachleute gar nicht behandeln. Aber auch Fachleute sind sich auf ihrem Gebiet oft nicht im Klaren, wie es richtig und gut zu machen ist. Gerade auf dem Gebiet des Theaters scheint es so, als ob die verschiedenen Richtungen einander ablösen, jedoch muß in letzter Linie der unbefangene Beobachter feststellen, daß es immer dasselbe bleibt.

Land und Stadtgemeinde sind bezüglich des Theaters eine Verbindung eingegangen. Der Herr Abg. Hofmann-Wellenhof hat schon erwähnt, daß auch der Rundfunk beteiligt ist und einen generösen Beitrag bezahlt — allerdings nicht als Subvention, — den das Orchester seinerseits für den Rundfunk abzuleisten hat. Auf noch etwas möchte ich eingehen, was auch der Herr Abg. Hofmann-Wellenhof erwähnt hat, das ist der sogenannte Kulturroschen bzw. die 75% davon, die dem Lande bleiben und die wesentlich zur Erhaltung des Theaters beitragen. Aber dies ist nicht der Kulturförderungsbeitrag, den der Rundfunk einhebt und abführt. Das, was Sie meinen und was für das Theater bestimmt ist, ist der Kulturroschen, der wird bei den Kinos eingehoben und wird in den verschiedenen Ländern weitgehend dem Theater

zugeführt. In Tirol geschieht das nicht. Das eine Viertel, das dem Unterrichtsministerium zusteht und von ihm verwaltet wird, wird nur zum Teil den Theatern zugeführt. Dagegen kommt vom Kunstförderungsbeitrag, der mit der Rundfunkgebühr eingehoben wird, nur in Wien ein kleinerer Teil dem Theater zugute. Sonst wird er für andere kulturelle und künstlerische Zwecke verwendet. Ich sitze in diesem Komitee, das da einmal im Jahr zusammenkommt, bin dort allerdings das 21. oder 27. Rad am Wagen, habe also praktisch sehr wenig mitzureden. Aber ich weiß von dorthier, daß dieses Geld verwendet wird zur Förderung der bildenden Kunst und Kultur, zur Erhaltung von Kunstdenkmälern, Herausgabe von künstlerisch wertvollen Büchern usw. Die Theater bekommen davon nichts oder fast nichts.

Es ist heute hier davon gesprochen worden, daß der Spielplan umstritten ist. Das wird er immer sein. Diesem Dilemma, dem jeder Theaterleiter gegenübersteht, besteht in der Frage, ob es besser ist, ein künstlerisch hochwertiges Theater zu führen, in das niemand hineingeht, oder das Niveau so niedrig zu halten, daß schließlich auch wieder niemand hineingeht. Das ist etwas, an dem die Theater immer und überall leiden und hier ist der Stein der Weisen noch immer nicht gefunden worden, der einem das Richtige sagt. Das bedeutet, daß überall in der Welt die Theater in einer schweren Krise stehen. Das ist in Westdeutschland der Fall trotz der viel höheren finanziellen Leistungsfähigkeit, umgerechnet in Schilling, und auch in der Metropolitan Opera in New-York. Also nicht nur in Graz ist es so, das kommt anderswo auch vor. Als vor vier Jahren das 50jährige Jubiläum des Grazer Opernhauses gefeiert wurde und ich dort eine Festansprache halten mußte, habe ich mich um die Geschichte des Grazer Theaters gekümmert und gesehen, daß von der ersten Zeit seines Bestandes an auch schon die Theaterkrisen da waren. Damals waren die Theater meist Privatunternehmen, damals führte ihr Bankrott zur Sperrung. Es kam zu einer Geldsammlung, zu einem Pächter, dann kam ein Aufschwung, dann ein anderer Mäzen, der wurde wieder bankrott und das ging so weiter. Jetzt haben wir keine Mäzene, keine Kaiser und Fürsten, jetzt ist nur das da, was wir öffentliche Hand nennen. Das waren die anderen bis zu einem gewissen Grade damals auch. Das wird so bleiben, solange wir der Meinung sind, daß wir das Theater erhalten sollen. Es ist heute von den Griechen und Römern geredet worden. Die Griechen und Römer haben für ihr Theater, das den ganzen Tag gespielt hat, nicht Eintrittsgeld eingenommen, sondern den Besuchern wurde Geld bezahlt als Entschädigung für den Verdienstentgang. Sie waren verpflichtet, ins Theater zu gehen, weil das Theater eine kulturelle Angelegenheit war. Wenn aber wir heute den Theaterbesuch kostenlos freigeben würden, weiß ich nicht, ob es voll wäre. Dann würden die Leute sagen, ich gehe ins Kino; und sie

werden gehen, auch wenn es 12 S kostet. Heute kostet ein guter Balkonsitz im Theater 5 bis 6 S, für einen annähernd gleichen Sitz im Kino ist oft ein wesentlich höherer Betrag zu zahlen. Das zeigt, wie ungesund die Entwicklung geworden ist.

Wenn ich nun auf die Frage der Preise eingehe, die Landesrat Stephan gestreift hat, so kann man bei einer Preiserhöhung nie sagen, wie sie sich auswirkt. Bei der Tramway ist das genau so, auch bei der Eisenbahn, immer ist es dasselbe. Der Eintritt von Preiserhöhungen bringt immer zunächst den Rückgang des Konsums mit sich, nach einiger Zeit, nach einem halben Jahr etwa oder erst nach einem Jahr, ist das überwunden und dann wirkt sich die Preiserhöhung positiv aus, wie es sein sollte. Beim Theater wird es nicht anders sein. Das Niveau des Theaters ist etwas anderes, dieses Niveau kostet Geld. Wenn ich die Leute interessieren soll, in das Theater zu gehen, so muß ich Schauspieler haben, die, künstlerisch gesehen, etwas bedeuten, deren künstlerische Leistungen rechtfertigen, daß überhaupt öffentliche Gelder für das Theater hergegeben werden können; und die kosten Geld. Die Konkurrenz ist groß, es sind Deutschland und die Schweiz, die uns mit ihren Valuten die Lage außerordentlich erschweren. Trotzdem würde ich die von Landesrat Dr. Stephan vorgebrachte Meinung nicht teilen, auf Spitzenkünstler zu verzichten und nur ein Anfänger-Theater hier zu haben, nur als Pflanzschule für die Staatsoper und die großen schweizerischen und deutschen Bühnen. Das sind wir auch jetzt bis zu einem gewissen Grade. Unser Publikum ist nicht so, daß es sich das gefallen ließe; bei einem schlechten Niveau geht niemand mehr hinein; nicht einmal die Freikartenbesitzer. Wir sind viel zu nahe von Wien, viele Leute kommen ins Wiener Theater; und haben dann die Grazer Theater ein wesentlich niedrigeres Niveau, so würde das zum absoluten Zusammenbruch führen. Das wäre keine Lösung dieser Frage.

Man muß die Frage, was der einzelne Theaterbesucher zu leisten hat, ernstlich im Interesse aller, die das Theater erhalten wollen, überlegen und zur Entscheidung bringen. Im Jahre 1947 war es das letzte Mal, daß die Theaterbesucher als Durchschnittspreis der Theaterkasse mehr gezahlt haben, als der Zuschuß beträgt, denn die Stadt allein gezahlt hat. Seit 1948 ist der Zuschuß schon höher als das, was von den Theaterbesuchern in die Theaterkasse gezahlt wird. Diese Kluft wird immer größer von einer Saison zur anderen; gegenwärtig ist es so, daß heute der Theaterbesucher ein Sechstel bis ein Siebtel der wirklichen Kosten bezahlt und fünf Sechstel zugezahlt werden müssen. Das ist eine absolut ungesunde Entwicklung, die nicht aufrechterhalten werden darf. Das drängt zwangsläufig zu einer Entscheidung. Es bleibt nichts anderes übrig, es wird die Last für die öffentlichen Körperschaften zu groß, andererseits wird das Theater entwertet werden im Bewußtsein derer, die bis dahin als Theaterbesucher

in Frage kommen. Ich teile durchaus die Meinung all derjenigen, die dazu gesprochen haben, daß das Theater erhalten werden muß, wenigstens so weit ich die kulturelle Entwicklung unserer Zeit voraussehe. Ich weiß, daß es in der Geschichte der Menschheit kulturelle Erscheinungen gegeben hat, die eine gewisse Zeit des Aufstieges und der Blüte hatten und dann abgefallen sind. Niemand von uns kann sagen, ob das Theater eine dauernde Erscheinung unseres Kulturlebens bleiben wird. Gegenwärtig ist das Theater noch eine solche Erscheinung, es stellt noch einen wirklich wesentlichen Teil des kulturellen Lebens unserer Zeit da. Wir müssen daher versuchen, es zu erhalten, schließlich auch mit Rücksicht auf die Hunderte von Existenzen, — mit den Angehörigen sind es in Graz 500 Menschen, — die mit ihrer Existenz am Theater hängen.

Abg. Hofmann-Wellenhof hat auch von alten Künstlern gesprochen und dabei die Maler und Dichter gemeint. Das gilt jedoch auch für die alten Sänger und Schauspieler. Es ist ein sehr schwieriges Problem, das eine wirkliche Lösung noch nicht gefunden hat. Ich glaube, daß man wirklich noch immer mit vollem Recht öffentliche Mittel für die Erhaltung der Theater aufbringt und alle die, welche mitverantwortlich zu beraten und zu entschließen haben, alles daransetzen müssen, daß auch der Konsument, wenn wir so sagen wollen, der Besucher des Theaters, das Seine dazu leistet. Ich weiß sehr genau, daß es in Stadt und Land eine Menge von Menschen gibt, die der Ansicht sind, das Theater komme viel zu teuer, es sei wichtiger, Wohnungen und bessere Straßen zu bauen und die Landwirtschaft zu fördern. Das weiß ich. Es wird in diesem Hohen Hause mancher sitzen, der, wenn er bei der Abstimmung auch die Hand mit erhebt, im Innern bedauert, daß diese 5½ Millionen für diesen Zweck ausgegeben werden. Ich würde das gar niemandem verübeln, denn ich verstehe es, jeder ist natürlich an den Interessen seines Lebenskreises in erster Linie interessiert und das hat auch seine Berechtigung. Aber unsere Aufgabe, die Aufgabe der Menschen, die kraft ihrer Vorbildung und ihrer Einstellung dazu berufen sind, ist es — das ist heute schon von mehreren Stellen nachdrücklich betont worden — immer wieder darzulegen, daß die Kultur nicht etwas Unrichtiges oder Unwichtiges auch für das Wirtschaftsleben ist.

Wenn wir nur einmal rein materiell an den Fremdenverkehr denken und an die 1½ Milliarden Devisen, die, wie Herr Abg. Stöffler heute gesagt hat, erfreulicherweise durch den Fremdenverkehr nach Österreich hereingekommen sind, dann wissen wir auch, daß diese Fremden nicht nur hierher gereist sind, um neue schöne Ställe oder die künstliche Besamung zu sehen oder davon zu hören, auch nicht um unsere Berufsschulen zu sehen, sondern sie sind gekommen, weil Österreich ein landschaftlich wunderschönes Land ist oder weil es kulturell etwas für sie zu genießen gibt wie Museen, The-

ater, Konzerte usw., nicht nur in Salzburg allein, sondern überhaupt. Es würde daher auch eine wirtschaftliche Bedeutung haben, wenn Österreich seine kulturellen Einrichtungen verfallen ließe, die es als altes Erbe übernommen hat. Man muß ein Erbe, das man übernommen hat, nicht nur erhalten, sondern es weiter entwickeln.

Nun zur Frage des Schauspielhauses! Ich bin durch die Anfrage des VdU veranlaßt worden, darüber zu sprechen, obwohl wir alle das Gefühl haben, daß man über das Schauspielhaus so lange nicht viel in der Öffentlichkeit reden soll, bis man nicht genau weiß, was gemacht werden kann, wie es gemacht werden soll und wer es machen soll. Die Landesregierung war nicht untätig; sie hat Gutachten eingeholt, die in einiger Zeit zur Verfügung stehen werden. Es ist vor einem Jahr schon von Fachleuten aus Stadt und Land manches gemacht worden, aber niemand kann heute noch sagen, wie es wirklich steht und um die Wiederaufbaumöglichkeiten des Hauses und solange diese Voraussetzung nicht gegeben ist, wäre es unverantwortlich und fast gefährlich, in der Öffentlichkeit zu viel davon zu reden. Man wird nämlich auch bei dieser Frage viele Gegner haben, die sagen, es sei schade um diese vielen Millionen und man solle lieber etwas anderes schaffen; und jeder wird seine mehr oder weniger berechtigten Wünsche und Forderungen äußern. Daß das Schauspielhaus ein wertvolles Theater war, weiß ich; es ist ungefähr 135 Jahre alt und ein Kulturdenkmal an sich, ein Baudenkmal mit allen Mängeln solcher alten Bauten, die aus Zeiten stammen, die mit einem modernen Theater noch nichts zu tun hatten. Denken Sie bloß an die Beleuchtung und all die anderen Gefahren, die uns ja schließlich dazu gezwungen haben, es zu schließen, weil niemand mehr die Verantwortung tragen konnte, in dieses Haus 600 oder 700 Menschen hinein zu lassen. Die Untersuchungen haben dann erst gezeigt, welche erschreckenden Gefahren bestanden haben für die Besucher und daß man Glück gehabt hatte, daß nichts passiert ist. Ich hoffe sehr, daß irgendein Weg gefunden wird, der dieses Haus tatsächlich wieder erstehen läßt, denn es wäre für Graz, ja für ganz Österreich ein wirklicher Verlust, wenn wir das Schauspielhaus nicht gerettet und instandgesetzt seinem alten Zweck wieder übergeben könnten. (Allgemein sehr lebhaftes Rufe der Zustimmung.)

Landeshauptmannstellvertreter **Dipl. Ing. Udier**: Hohes Haus! Ich habe mit am Schluß zum Wort gemeldet, um erst zu hören, was man da und dort an Wünschen offen hat und gleich darauf antworten zu können. Es wurden heute so viele Probleme hier erörtert, zu denen man eigentlich nicht viel sagen kann, es sei denn, man wollte die Debatte in die Länge ziehen.

Die Frage des Theaters ist weitgehend besprochen worden. Ich möchte noch aufmerksam machen, daß wir die Qualität unseres The-

aters immer wieder erörtert und angezweifelt finden. Es wurde schon hier gesagt, daß es ein ewiges Ringen der Direktoren sein wird, die Qualität einer Bühne anzupassen einerseits den kulturellen Bedürfnissen und andererseits den finanziellen Gegebenheiten. Eines muß hier festgehalten werden: Wir würden in unseren Theatern in Graz dann und wann etwas günstiger dastehen, wenn uns die Publizisten in der Öffentlichkeit etwas mehr und richtiger unterstützen würden. Ich will nicht abstreiten, daß es Aufgabe des Kritikers ist, zu kritisieren, wo es am Platze ist. Aber wir finden es nicht richtig — und das ist leider in Graz gang und gäbe — daß die Kritik sich in alle Kleinigkeiten derart ergeht, daß sie auch Erfolge, die beim Publikum rauschenden Applaus auslösen, verschweigt nur aus dem Gefühl heraus, daß unbedingt etwas kritisiert werden muß. Ich halte es für notwendig, das hier zu sagen, weil damit auch mancher Schaden angerichtet werden kann. Fast jedes Jahr passiert es, daß zu Beginn der Saison zunächst einmal alle neuen Kräfte, die gekommen sind oder ein neuer Opernchef oder Direktor oder Sänger oder Schauspieler schon von vornherein negativ beurteilt werden, daß für manchen Besucher das Interesse am Theater herabgemindert wird. Damit nützt man einer Sache nicht! Es muß Aufgabe des Kritikers sein, selbstverständlich Kritik zu üben, aber dabei nicht übersehen, daß er aus seinem individuellen Gefühl heraus nicht die Meinung und Auffassung der Allgemeinheit aufwiegen darf. Ich möchte auch unterstreichen, was ja auch der Herr Bürgermeister schon gesagt hat, daß am Theater schließlich die Existenz von 500 Menschen mit ihren Angehörigen hängt und das ist eine sehr schöne Zahl. Es ist nicht unsere Aufgabe, hier die Theaterfrage noch weiter zu erörtern. Es ist bedauerlich, daß wir jedes Jahr die Ansätze im Budget erhöhen müssen, aber alle Gründe hierfür sind ausreichend hier dargetan worden. Es werden vielleicht auch verschiedene Bemühungen notwendig sein, um auch mit der Bundestheaterverwaltung einmal in ein Arrangement zu kommen, um durch einen Austausch oder Ausgleich der Kräfte andere Möglichkeiten zu schaffen. Es war das bisher nicht möglich, ich halte es aber für unbedingt durchführbar, zumal gerade die Grazer Bühne eine Nachwuchsbühne darstellt, die ein Sprungbrett immer gewesen ist und auch bleiben wird.

Zur Frage des Schauspielhauses darf ich mich außerordentlich kurz halten, weil ich dazu nicht viel zu sagen habe. Das Schauspielhaus gehört derzeit der Stadtgemeinde und sie wird in erster Linie diese Frage zu klären und zu lösen haben. Seitens der Landesregierung wurde der Beschluß gefaßt, Fachleute heranzuziehen, um einmal zu klären, was geschehen kann und in welchem Umfang und welche Kosten dadurch verursacht würden. Hernach wird es erst Aufgabe der verantwortlichen Körperschaft sein, zu unterscheiden, ob hier etwas unternommen werden kann, in welcher Zusammenarbeit diese Frage gelöst

werden kann und wie die Kosten aufgebracht werden sollen. Auch wird man nicht versäumen, den Bund mit einzuspannen, weil letzten Endes die Erhaltung oder Wiederherstellung des Schauspielhauses am Freiheitsplatz sicher auch, vom Denkmalschutz aus betrachtet, als eine Bundesangelegenheit angesehen werden muß und nicht beschränkt sein kann auf Graz und die Steiermark. Es wird Aufgabe der Verhandlungen sein im Anschluß an die Grundlagen, die wir erarbeiten lassen, diese Fragen zu erörtern. So viel zum Schauspielhaus.

Nun möchte ich noch eines hinzufügen, weil der Herr Abg. Pözl davon gesprochen hat, daß dieses Schauspielhaus Sache des Herzens für jeden Grazer sei. Mag die Lösung nun so oder so aussehen, es wird schließlich die Aufforderung an alle Interessenten ergehen, diese Angelegenheit wirklich zur Sache ihres Herzens zu machen und ihr Scherflein dazu beizutragen, damit das, was ihnen so sehr am Herzen liegt, auch wieder erstehen kann. Dies soll hier gleich gesagt sein, damit die guten Grazer und sonstigen Schauspielhausverehrer nicht glauben, die anderen würden es schon richten und sie brauchen dann nur hineinzugehen oder auch nicht. (Bravorufe.)

Ich will jetzt noch die Frage der Festspiele berühren, weil sie hier aufgerollt wurde. Es ist dem Berichte zu entnehmen, daß diese Post auf 100.000 S erhöht wurde. Ich habe das in der Erkenntnis beantragt, daß wir die Festspiele, wenn wir sie halten wollen, so dotieren müssen, daß damit etwas gemacht werden kann in Zusammenarbeit von Stadt und Land bei höheren Dotationen als bisher, aber auch unter Einbeziehung des Bundes, der sich zumindest in gleicher Höhe beteiligen sollte wie Stadt und Land, obwohl er es auf dem Gebiete der Kunstförderung noch nicht bewiesen hat. Wir wollen, abgesehen von dem Verzicht auf Festspiele für 1953, durch ordentliche und gute Vorbereitung für 1954 erweisen, ob dem Gedanken der Festspiele in Graz überhaupt Raum zu geben ist, ob sie gehalten werden können oder nicht.

Landschaftlich gesehen haben wir viele Möglichkeiten in unserer schönen Gegend und in unserem schönen Graz, das sollen wir nicht übersehen. Wenn so viel vom Fremdenverkehr gesprochen wird, sollen wir trachten, diese Möglichkeiten zu nützen und durch das kulturelle Leben fremdenverkehrsbelebend zu wirken. Trotz langer Planung ist die Vorbereitung der Festspiele für 1953 zu spät erfolgt, so daß jede Werbung über die Grenzen der Steiermark hinaus unmöglich würde. Für 1954 wird die Planung rechtzeitig erfolgen und mit dem Programm vorzeitig und im größten Ausmaße die Werbung im Auslande erfolgen, damit der Gedanke an die Festspiele viele Besucher nach Graz bringt und es so gelingt, Menschen mit dem landschaftlichen und kulturellen Raum Graz in Verbindung zu bringen, also dadurch anziehend zu wirken. Die Aufgabe der Festspiele wird sein, den kulturellen Raum Süden und Südwesten

einzubeziehen und die Planung dementsprechend zu erstellen. Wir müssen Gelegenheit haben, in absehbarer Zeit Konkretes zu erfahren und zu erörtern, um damit in die Öffentlichkeit gehen zu können, also früh genug mit der Propaganda für weitere Kreise beginnen zu können. Wir wollen hoffen, daß der Versuch für 1954 ein Erfolg sein wird, der Erfolg, den wir erwarten. Wir wollen nicht übersehen, daß es nur ein Beginn sein wird und wollen hoffen, daß es uns gelingen wird, diese Festspiele in Graz in einem Rahmen abzuwickeln, daß sie, als ganzes gesehen, wirklich etwas Besonderes darstellen werden. Es muß allen Ernstes daran gearbeitet werden. Welcher Erfolg dieser Arbeit beschieden sein wird, das wird die Zeit erweisen.

Nun noch ein Wort zu den Blasmusiken. Uns ist sehr wohl bekannt, daß aus dem ländlichen Musikwesen heraus viele Entwicklungsmöglichkeiten gegeben sind, wodurch eine Entfaltung unserer Bauernmusik auf breiterer Basis ermöglicht wird. Deshalb haben wir diese Post in unser Budget aufgenommen, um mit kleinen Mitteln den Grundstock einer Förderung zu bilden. Die Förderung, wie wir sie uns vorstellen, kann in keiner Weise eine rein finanzielle Förderung sein, damit der Verein alle Agenden abwickeln kann, sondern es handelt sich wesentlich darum, die Qualität dieser Musik zu heben. Mittel werden dafür aufgewendet um durch Schulung, entsprechende Lehrmittel, durch Notenschulen für einzelne Blasinstrumente dafür zu sorgen, daß die Qualität gehoben werden und auf breitester Basis eine wirkliche Leistungssteigerung erfolgen kann.

Von der Musik möchte ich übergehen auf ein Kapitel, das ich schon ausgeführt habe, das sind die Musikschulen mit dem Konservatorium. Vor zwei Jahren habe ich davon gesprochen, wie sehr wir bedauern, daß die einzige letzte zertrümmerte Kunststätte das Konservatorium ist. Durch Freigabe der Mittel konnte das Konservatorium nunmehr im Rohbau fertiggestellt und teilweise schon ausgebaut werden. Wir wollen hoffen, daß wir im Laufe des Jahres Mittel bekommen, um 1954 das Konservatorium fertigstellen zu können. Dort wird dann die Musikpflege ihre schönste Heimstätte haben.

Wir sind nicht die Ersten, andere Länder sind vorangegangen, aber wir haben am inneren Aufbau unseres Musikwesens gearbeitet. Ich will dankbar anerkennen, daß der Aufbau unserer Volksmusikschulen, der Gedanke der Musikerziehung in breitester Front auch auf das Land hinausgetragen wurde und die Qualität außerordentlich hoch steht. Es ist erfreulich, zu vernennen, daß diese Volksmusikstellen draußen gerade jetzt im Schubertjahr sich bemüht haben, durch einwandfreie Aufführungen zu beweisen, daß sie fruchtbringend und erzieherisch wirken und in breite Kreise hineinstrahlen. Das ist das Entscheidende, die Mittel sollen nicht zentral wirken, sondern nach Tunlichkeit auf breiter Front. In den Bezirksmusikschulen sind 4500 Schüler eingeschrieben, in der

Volksmusikschule Graz 700 und 200 im Konservatorium. Wir haben damit wirklich eine breite Front gefunden. Noch erfreulicher für uns muß sein, daß der Erfolg dieser Schulen nachweisbar ist. Die Absolventen unseres Konservatoriums zählen immer zu den Preisträgern bei allen möglichen Musikwettbewerben und legen letzten Endes Zeugnis dafür ab, daß die hier geleistete Arbeit eine gute ist. Sie haben ja selbst vor wenigen Tagen in der Zeitung gelesen, daß es Walter Klien war, der den Bösendorfer Flügel gewinnen konnte. Das ist nur einer von den Preisen, die er mehrmals anderweitig schon gemacht hat. Ich darf dem Hohen Landtag und dem Herrn Finanzreferenten für das Verständnis danken, das uns auf dem Gebiete der Kulturförderung entgegengebracht wurde und erstmalig melden, daß unsere Musikerziehung auch anderweitig Anerkennung gefunden hat, und zwar im Sommer auf der Musikerziehtagung in Graz, wo die Vertreter der übrigen Bundesländer, Fachleute aus ganz Deutschland der Tätigkeit der Musikschulen und ihrer Lehrer volle Anerkennung gezollt haben. Auch muß ich dem Hohen Landtag zur Kenntnis bringen die Worte in der Zeitschrift für Musikerziehung, das ist die offizielle Zeitschrift der Musikerzieher, daß außer Wien und dem Burgenland nunmehr die Steiermärkische Landesregierung vorbildlich und in wahrhaft großzügiger Weise dafür gesorgt hat, daß in den steirischen Musikschulen die Musikerziehung nicht nur erhalten, sondern auch weitgehend ausgebaut werden kann. Ich bringe das deshalb, weil wir immer wieder gewohnt sind, als Steirer nicht gerade besonders anerkannt zu werden. Aber es ist auch in diesen gleichen Ausführungen sehr offen zum Ausdruck gebracht, daß wir nicht die Anerkennung finden, die uns eigentlich auf Grund der Arbeit gebühren würde, daß aber unsere Arbeit sehr im Stillen erfolgt und daher auch ihre Früchte trägt. Es zeigt sich hier, daß die Steiermark tatsächlich oft unverdient übersehen wird. Leider muß auch festgehalten werden, daß der Steiermark diese Hilfe des Bundesministeriums oft fehlt, wo sie notwendig wäre und bahnbrechend wirken könnte. Ich will damit dem Hohen Haus zur Kenntnis bringen, daß erstmals in einer Zeitschrift dargetan ist, daß man uns hier in Wien Unrecht tut und daß dies ein wirklicher Erfolg für uns ist. Da auch ein Vertreter des Ministeriums anwesend war, will ich hoffen, daß er uns in Zukunft eine wesentliche Unterstützung für unsere Arbeit erwirken wird.

Zu all dem, was zu diesem Kapitel gesagt wurde, will ich schließlich zu bedenken geben, daß Arbeit an unseren kulturellen Gütern nicht gewogen, gemessen und nicht gezählt werden kann. Die Früchte dieser Arbeit werden wir jeweils in späteren Jahren oder vielleicht erst Jahrzehnten ermessen können.

(Allgemein lebhafter Beifall.)

3. Präsident **Scheer**: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlußwort.

**Berichterstatter Abg. Weidinger:** Hoher Landtag! Ich begrüße es, daß der Finanzausschuß den Betrag von 22.244.500 S inklusive der Erhöhungsanträge von 1.254.000 S für Gruppe 3 dieses Voranschlages beantragt hat und das Land hiedurch das Bestmögliche für die Erhaltung und Pflege unserer Kultur zu tun in der Lage ist. Ich hoffe auch, daß dieser Betrag sich segensreich für unser Land und nicht zuletzt für unser Volk auswirken wird. Gerade der letzte Krieg hat nicht nur größte materielle Schäden unserem Lande zugefügt, sondern auch schwere kulturelle Schäden verursacht und daher glaube ich, ist es gerade hier am Platze, daß das Land für den Aufbau unserer Kultur einen wesentlichen Beitrag leistet.

Ich möchte nochmals das Hohe Haus bitten, dieser Gruppe die Zustimmung zu erteilen.

**Präsident:** Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Gruppe 3 des Landesvoranschlages die Zustimmung gibt, den bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Gruppe 3 ist angenommen.

Ich unterbreche nunmehr die Sitzung bis morgen 9 Uhr Vormittag.

Die Sitzung wird um 22 Uhr 20 unterbrochen.

1. **Präsident Wallner:** Hoher Landtag! Ich nehme die gestern unterbrochene Landtags-sitzung wieder auf und begrüße alle Erschienenen.

Bevor wir die Spezialdebatte über den Landesvoranschlag fortsetzen, schlage ich vor, die gestern Vormittag erstellte Tagesordnung noch durch eine Angelegenheit zu ergänzen, die einer dringlichen Behandlung bedarf, und zwar durch die Verhandlung über die dem Finanzausschuß gestern zugewiesene Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 94, betreffend das Ansuchen der Speditionsfirma Schellander, Alleininhaber Karl Gaulhofer, um Gewährung einer Ausfallhaftung im Betrage von 3.500.000 S.

Dieser Vorschlag wird unter dem Vorbehalt gestellt, daß der Finanzausschuß die Vorberatung in einer während der heutigen Mittagspause abzuhaltenden Sitzung durchführen und dann dem Landtag einen entsprechenden Bericht erstatten kann. Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Vorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Vorschlag ist mit einer Mehrheit von über zwei Dritteln angenommen.

Wir fahren jetzt fort in der Spezialdebatte zum Landesvoranschlag und kommen zur Gruppe 4, Fürsorgewesen und Jugendhilfe. Berichterstatter ist Abg. Hofmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Berichterstatter Abg. Hofmann:** Hohes Haus! Die Gruppe 4 umfaßt die Fürsorge des Landes und die Jugendhilfe. Weit über 90 % der Ausgaben in dieser Gruppe sind Pflichtausgaben des Landes, die uns zufolge der Bundesverfas-

sung vorgeschrieben sind. Der Rest sind Aufgaben, die das Land freiwillig auf sich genommen hat. Ich kann sagen, daß im Finanzausschuß, der sich mit dieser Gruppe beschäftigt hat, von den Parteien kaum Einwände gegen diese einzelnen Kredite erhoben wurden und erhoben werden konnten. Es wurde im Gegenteil ziemlich allgemein bedauert, daß das Land nicht in der Lage ist, bei einzelnen Sparten mehr ausgeben als hier vorgesehen ist. Auch Abänderungsanträge wurden gestellt, die aus dem Beilageheft ersichtlich sind und den immerhin beachtlichen Betrag von fast einer Million Schilling ergeben.

Der Finanzausschuß hat zusammenfassend den Beschluß gefaßt, die Gruppe 4 des hier vorliegenden Voranschlages zur Annahme zu empfehlen.

**Abg. Ebner Leopold:** Hoher Landtag! Wenn ich zur Gruppe 4 etwas sagen darf, möchte ich zuerst meiner Befriedigung darüber Ausdruck verleihen, daß für das Odilien-Blindeninstitut als eine Privatfürsorgeanstalt 100.000 S in den Voranschlag eingesetzt sind. Es ist dies erfreulich, weil gerade die privaten Fürsorgeanstalten mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Ich möchte in dem Zusammenhang darauf verweisen, daß das Taubstumm-Institut noch immer als dritte chirurgische Klinik benützt wird. Und da jetzt die entsprechenden baulichen Veränderungen im Landeskrankenhaus durchgeführt sind, möchte ich die Bitte anschließen, die zuständige Referentin möge alles veranlassen, damit dieses Institut seiner ursprünglichen Verwendung endlich wieder zugeführt wird.

Zu einer Bemerkung des Herrn Abg. Scheer, daß für die Kriegsgefangenen- und Kriegsopfersfürsorge nichts getan werde, möchte ich feststellen, daß im Voranschlag 1.850.000 S enthalten sind und davon 675.000 S der Kriegsopfersfürsorge und 250.000 S der Kriegsgefangenenfürsorge zufließen. Erwähnen möchte ich noch, daß von diesem Betrag für 187 Ortsgruppen des Kriegsopferversandes 280.000 S für Weihnachtsremunerationen verwendet werden.

Außerordentlich erfreulich ist es, daß nun die Schülerausspeisungen, die bisher von der Unicef durchgeführt wurden, vom Land übernommen werden. Es kann dieser Schülerausspeisung nicht überall die gleiche Bedeutung beigemessen werden, richtig und wichtig ist, sie dort durchzuführen, wo es am Land draußen und vor allem auch in den Bergen für die Schüler von eminent wichtiger Bedeutung ist, etwas Warmes zu bekommen, weil die Schüler dort lange Anmärsche und Rückwege zur und von der Schule nach Hause haben. Hier ist es besonders erfreulich, daß sich das Land zur Übernahme dieser Kosten bereit erklärt hat.

Weil auch die Jugendhilfe zu dieser Gruppe gehört, möchte ich zu einem generellen Problem Stellung nehmen, das bereits gestern vom VDU

und auch vom Herrn Abg. Pölzl hier zur Sprache gebracht wurde, und das war der Querschuß über den Landesarbeitsdienst. Wenn Sie glauben, daß die Arbeitsdienstpflicht von der ÖVP vergessen wurde, dann ist dem nicht so. Ich möchte zu dem Problem konkret Stellung nehmen und sagen, es ist nicht so sehr eine Landarbeitsdienstpflicht, sondern eine Arbeitsdienstpflicht im allgemeinen. Staunen Sie nicht, meine sehr Verehrten, aber es ist so. Wenn immer wieder, auch gestern, aufgezeigt wurde, daß mehr als 5000 Jugendliche arbeitslos sind und wenn man bedenkt, daß diese Arbeitskraft der Jugendlichen höchst wichtig für manche Belange des Staates wäre, dann kann man wohl sagen, nicht nur die Einführung des Landarbeitsdienstes wäre zu erwägen, sondern die Einführung eines Pflichtarbeitsdienstes. Vielleicht wird man sagen, wir wollen wieder Rosinen aus einem Kuchen, der schon einmal bestanden hat, herauspicken. Es fällt uns aber gar nicht ein, irgendetwas von vornherein abzulehnen, was sich vielleicht einmal, wenn es bei der ursprünglichen Idee geblieben wäre, bewährt hätte. Es fällt mir nicht ein, irgendwelche nazistische Anschauungen zu verfechten. Ich habe mit diesem Verein nie im positiven Sinn etwas zu tun gehabt. Aber denken Sie daran, meine Damen und Herren, denken Sie an das Jahr 1948 mit seinen Hochwasserschäden in Lobming oder an 1949 mit seinen Hochwasserschäden in der Oststeiermark oder an das Jahr 1950/51 mit seinen ungeheuren Lawinenschäden und heuer wieder an die Hochwasserschäden! Bedenken Sie, wie einfach und praktisch es wäre, hier eine Organisation zu haben, die man schlagartig einsetzen könnte, dort, wo es eben notwendig ist. (LR. Maria Matzner: „Das kann die Feuerwehr!“) Sie werden mir natürlich sagen, es gibt keine gesetzlichen Grundlagen und in keinem demokratischen Staat gibt es einen Arbeitsdienst. Und es gibt andererseits keinen autoritären Staat, in dem es keinen Arbeitsdienst gibt. Ich könnte Ihnen beweisen, es gibt demokratische Staaten und solche Staaten, die uns immer wieder als Vorbild der Demokratie hingestellt werden, wo es nicht nur einen Arbeitsdienst gibt, der junge Menschen nur ein Jahr zusammenführt, um Werke zu schaffen oder Werte zu erhalten, sondern es gibt demokratische Staaten, die eine Wehrdienstpflicht haben, in der Menschen jahrelang zwangsweise zusammengehalten werden, nicht um Werte zu erhalten, sondern um Werte zu zerstören. Meine Damen und Herren, ich möchte zum Arbeitsdienst noch etwas sagen. Sie lachen, aber es kommt noch ärger! (Heiterkeit.) Ich möchte Ihnen sagen, es soll so weit kommen, daß dieser Arbeitsdienst auch uniformiert werden muß. Warum uniformiert? Ein Großteil von uns hat einmal den grauen Rock getragen. Auch der ihn in Österreich getragen hat, braucht sich dessen nicht zu schämen. Aber eines hat dieser graue Rock auf alle Fälle anderen Organisationen voraus gehabt, er hat die Menschen gleich ge-

macht. (Zwischenrufe und Gelächter bei SPÖ.) Da war es Wurst, wer immer hereingekommen ist, er hat die gleichen Pflichten auf sich nehmen müssen und so wäre es auch mit dem Arbeitsdienst. Wenn Sie Menschen zusammennehmen, um sie bewußt auf eine gleiche Linie zu bringen und wenn ich da an die chronische Spatenfurcht des Abg. Pölzl denke, könnte man auch Menschen bewußt zusammenführen, um sie arbeiten zu lernen, solche, die in den Arbeitsprozeß nicht eingegliedert werden können. Wenn das geschieht, dann kann ich Ihnen sagen daß hier jeder soziale Unterschied vollständig verschwindet und mancher spätere Hofrat würde harte Arbeit wesentlich anders beurteilen können, wenn er selbst einmal solche Arbeit geleistet hat und manches Muttersöhnchen würde erstaunt sein, wenn es sich selbst die Stiefel putzen, sein Bett selbst machen müßte. Hier wäre es in Ordnung, eine straffe Organisation hineinzubringen. Ich bin mir bewußt, daß es nicht hier möglich ist und nicht diesem Forum obliegt, dieses Gesetz zu beschließen, aber es wäre erwägenswert. (Abg. Wurm: „Sie waren gewiß Spieß!“) Schauen Sie, ich war Soldat. Glauben Sie mir, ich schäme mich auch deshalb nicht und ich habe keine Nachrede als Soldat zu fürchten. Hier handelt es sich aber nicht um Soldaten, hier handelt es sich um junge Menschen, die von der Straße wegkommen sollen, die dem Arbeitsprozeß zugeführt werden und so zum Wohle unseres Landes wesentlich beitragen könnten. Man will ja die Menschen nicht dort einsetzen, wenn andere Mittel zur Verfügung stehen. Es gibt 1000 Möglichkeiten, diese Menschen für 1 Jahr dort einzusetzen, wo sie gebraucht werden, dort, wo weder das Land noch der Bund in der Lage ist, irgendwelche Zuschüsse zu geben. Ich kann Ihnen sagen, gerade aus Ihrem Kreise dort drüben (zur SPÖ) wird diese Forderung am flachen Lande draußen und nicht allein am flachen Lande immer wieder erhoben. Ich kann Ihnen das mit 100%iger Sicherheit sagen, auch von Ihren eigenen Funktionären ist mir diese Sache zugetragen worden. Es ist meine Meinung, daß es nach der Zusammenfassung dieser jungen Menschen nicht dazu kommen wird, mit dem Gewehr spazieren zu laufen, sie werden mit dem Spaten, Herr Abgeordneter Pölzl, richtig arbeiten lernen. (Abgeordneter Pölzl: „Exerzieren!“) Wenn Sie exerzieren wollen, so möge Ihnen das unbelassen sein, aber nicht mit der Jugend, hier soll gearbeitet werden. Wenn Sie alle Morgen eine Stunde Turnübungen machen, habe ich gar nichts dagegen. (Heiterkeit.) (Abg. Dr. Hueber: „Sie wollen noch übertrumpfen!“) Ich wundere mich, daß Sie sich, die doch das Gleiche machen, das Gleiche machen wollen, was zwischen 1938 und 1945 geschehen ist, sich hier so mächtig darüber aufregen. Unsere Jugend gehört in eine geregelte Bahn geleitet mit einer einzigen Ausnahme, nämlich den in der Landwirtschaft 100%ig beschäftigten Jugendlichen.

Das ist die einzige Ausnahme. Sonst ist kein Erfolg gewährleistet. Sie werden mich zerfetzen, ich halte das aus in der einfachen Erwägung, daß einmal über diesen Vorschlag offen und frei gesprochen werden muß. (Zwischenruf beim VdU: „Stellen Sie doch einen Antrag!“) — (Beifall bei ÖVP).

Abg. Pölzl: Hoher Landtag! Abg. Ebner hat ein sehr bezeichnendes Wort geprägt, für das man ihm dankbar sein kann. Wie einfach wäre es, wenn man die arbeitslosen Jugendlichen zusammenfangen könnte, in Monturen hineinstecken, ihnen einen Spaten in die Hand drücken und sagen könnte: Lernen kommt nicht in Frage, es sind keine Arbeitsplätze vorhanden, ein Berufsleben kann also nicht erschlossen werden, studieren kommt nicht in Frage, hat keinen Sinn, wir haben ohnehin schon eine Überproduktion an Intelligenz, für Euch kommt nur eines in Frage: Wir fangen Euch zusammen, drücken Euch den Spaten in die Hand, bringen Euch in Barackenlager und benützen Euch dazu, unbezahlte Arbeit zu leisten. Wir kennen diese Ideale der ÖVP und des VdU aus beiden faschistischen Perioden in Österreich, sowohl des Klerikofaschismus als auch des braunen Faschismus. Wenn Sie auch gesagt haben, Sie seien nicht der Meinung, daß es zweckmäßig sei, den Spaten mit dem Gewehr zu vertauschen, so wissen wir doch aus Erfahrung, daß alle Arbeitsdienste, die organisiert worden sind, schließlich dazu geführt haben, daß der Spaten mit dem Gewehr vertauscht wurde und daß die Jugend, die zuerst im Arbeitsdienst eingespannt war, auf die Schlachtfelder geführt wurde, wo nicht wenige liegegeblieben sind.

Man sieht, mit welchem Unernst an die große Frage der Jugendarbeitslosigkeit herangegangen wird und wie sich die führende Regierungspartei vollkommen darüber im klaren ist und sich dazu bekennt, offen auszusprechen, mit bemerkenswerter Offenheit, daß sie es für unmöglich erachtet, den arbeitslosen jungen Menschen eine ordentliche Berufsausbildung zu geben, kurz und gut, den normalen Start ins Leben zu eröffnen. In welchem großen Widerspruch steht das, was Sie heute hier aus Ihrem Herzen heraus mit beachtenswerter Offenheit gesagt haben, in welchem schreienden Widerspruch zum Schlußsatz Ihres Generalredners von gestern, der erklärt hat: „Für die Jugend alles!“ Für die Jugend haben sie den Spaten, Barackenlager, vormilitärische Erziehung, für die Jugend haben Sie unbezahlte Arbeit. Das sind die Aussichten und die Perspektiven, die Sie der österreichischen Jugend eröffnen. Ich sage Ihnen, die österreichische Jugend einschließlich der Eltern wird Ihnen auf diese Ihre Projekte die gebührende Antwort geben. Eines ist damit offensichtlich und 100%ig klargestellt, die ÖVP-Wirtschaftspolitik ist jugendfeindlich, (Gegenrufe bei ÖVP. — Abg. Stöffler: „Ist doch Dummheit, was Sie sagen!“), führt dazu, daß die Jugend ausgeschlossen wird vom wahren richtigen Start ins

Berufsleben und alles, was Sie hier schwätzen über Familienpolitik und weiß Gott welche Projekte Sie zu entwickeln versuchen, steht in schreiendem Widerspruch zu dem, was Sie mit unserer Jugend, die heute zu Zehntausenden arbeitslos ist, vorhaben. (Abg. Ebner II: „Gestern waren es nur Tausende!“) Aber ich glaube, in der Steiermark gibt es 5000 gemeldete jugendliche Arbeitslose und Sie wissen, daß es in Österreich viele Zehntausende gibt, die arbeitslos sind und daß es neben den gemeldeten noch eine Unzahl gibt, die sich gar nicht beim Arbeitsamt melden, weil es sowieso für sie aussichtslos ist, einen Arbeits- oder Lehrplatz zu erhalten.

Ich möchte mich jetzt mit einer anderen Frage beschäftigen, die ich für sehr wichtig und wesentlich halte. Wir nähern uns dem Weihnachtsfest und wir wissen, daß die Ärmsten die Fürsorgetner sind. Ich glaube daher, daß der Landtag gut daran täte, die Landesregierung zu beauftragen, erstens die Richtsätze für die Fürsorgetner, die heute so niedrig sind, daß es ausgeschlossen ist, mit diesen Sätzen auch nur das dürrtügste Leben zu fristen, um 50% zu erhöhen und zweitens in den Richtsätzen zu vermerken und zu empfehlen, daß den Fürsorgetnern eine 13. Rente zum Jahreschluß gegeben wird.

Weiters glaube ich, daß der Landtag sich auch mit dem Überhandnehmen von Schmutz und Schund beschäftigen soll. Es gibt eine ganze Flut von Schundliteratur. (Abg. Stöffler: „Ja, die ‚Wahrheit!‘“) Herr Abg. Stöffler, Sie werden in der „Wahrheit“ kein einziges Wort finden, das der Jugend schädlich sein könnte. Aber es kommt Ihnen ja nicht darauf an, einmal über diese Frage Schmutz und Schund eine ernste Diskussion zu führen. Warum? Weil der Vertrieb von Schundliteratur ein gutes Geschäft der sogenannten freien Wirtschaft darstellt, weil Sie es mit Ihrer Wirtschaftsauffassung für unvereinbar erachten, daß man diesem dreckigen Geschäft einen Riegel vorschiebt. Für Sie ist Geschäft eben Geschäft, auch dann, wenn es zum Schaden unserer Jugend betrieben wird. Jeder Abgeordnete, der es ernst meint mit seiner Pflicht, müßte alles daran setzen, daß diesem schmutzigen Geschäft des Vertriebes von Schundliteratur und Schundfilmen, der aus dem sogenannten Goldenen Westen eingeschleust wird, daß mit diesem verderblichen Schund endlich Schluß gemacht wird. Ich glaube, daß der Landtag dafür zuständig wäre, hier die notwendigen Gesetze zu beschließen, um der Verbreitung von Schundliteratur und der Aufführung von Schundfilmen einen Riegel vorzuschieben.

Abg. Sebastian: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Frage der Einführung eines Pflichtjahres oder einer Arbeitsdienstplicht der Jugend ist vom Landtag schon wiederholt behandelt worden. Die Sozialistische Partei hat dazu immer klar ihre Stellungnahme abgegeben und es trifft sich heute sehr gut, daß junge Menschen hier als Zuhörer sitzen, die der Ehre

teilhaftig werden, den Standpunkt der ÖVP in dieser Sache zu hören. Ich möchte an die Spitze meiner Ausführungen stellen, daß die Sozialistische Partei, wo immer sie Einfluß im öffentlichen Leben hat, alles daran setzt, daß diese Jugend gefördert wird, daß sie herangebildet wird, daß ihr Schulen und Lehrwerkstätten zur Verfügung gestellt werden, um sie zu freien aufrechten demokratischen Staatsbürgern zu erziehen. Grundsätzlich aber und immer wieder wird man bei uns auf Widerstand stoßen, wenn es darum geht, die Jugend in eine Zwangsformation hinein zu zwingen und zu Dingen zu verhalten, zu welchen sie sich nicht freiwillig entschieden hat.

Darüber hinaus spricht schon ein weiterer Grund dagegen, den wir schon ausgeführt haben. Wir haben keine Ursache, die Jugend in ein Landjugendjahr zu stecken, solange bäuerliche Jugend, Söhne und Töchter von Bauern, in die Industrie abwandern, um sich dort Arbeit zu suchen. Wir wissen, daß es in der Landwirtschaft Arbeit gibt und haben auch aufgezeigt, daß alles unternommen werden muß, um die sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen draußen am Lande zu schaffen, damit derjenige, der draußen am Land arbeitet, nicht durch die Industrie in der Stadt angezogen wird, sondern daß er die Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse am Land ebenso erfüllt sieht wie der Städter und industrielle Arbeiter.

Ich habe hier Gelegenheit, Ihnen einen Aufruf des „katholischen Bauern“ vom 19. Jänner 1899 vorzulesen. (Zwischenruf: „Oh je!“) Diese „Oh je“ aus Ihren Reihen sind ganz richtig, denn niemand anderer als der Herr Abg. Karlon hat diese Rede in diesem Hohen Haus gehalten und der Geist, der damals im Jahre 1899 in Ihren Reihen geherrscht hat, herrscht heute noch, das kommt hieraus zum Ausdruck. Bei dieser Rede des Herrn Abg. Karlon, in der er über die berechtigten Not und die wirtschaftliche Lage der Bauern klagt, sagt er folgendes: „Dazu kommt noch die Not an Arbeitskräften. In Steiermark gibt es etwa 32.000 Kinder im 13. und 14. Lebensjahr. Nimmt man an, zwei solche Kinder arbeiten das, was sonst ein Diensthote tut, gewöhnlich aber mehr, so ergibt das 16.000 Diensthote. Berechnet man den Diensthote monatlich mit 4 Gulden, so ergibt sich daraus für jeden Monat eine Lohnersparnis von 64.000 Gulden und im Jahre von 768.000 Gulden. Also wie viel Geld würde dem Bauern erspart. Der Bauer muß aber noch die Kost und Wohnung, Beheizung, und Beleuchtung stellen und jeder Bauer weiß leider zu gut, was die Diensthote diesbezüglich verlangen, nämlich Frühstück, Jause, Mittagessen, Jause und Abendessen. Berechnen wir dieses Essen für einen Diensthote pro Tag mit 30 Kreuzer, für die Verpflegung von 16.000 Diensthote im Jahr ergibt das einen Betrag von 1.752.000 Gulden. Dazu der ersparte Diensthote Lohn von 768.000 Gulden, das gibt zusammen 2.520.000 Gulden.“ Solch einen Nutzen hätte der Bauer, wenn der Antrag Karlon angenom-

men worden wäre. (Abg. Stöffler: „Sie sind eine Partei von gestern!“ Weitere Zwischenrufe, Lärm, Glockenzeichen des Präsidenten.) Wir nicht, aber Sie! Herr Abg. Stöffler, ich weiß schon, daß Ihnen diese Worte weh tun, gerade in Anbetracht der hier sitzenden Jugend, die an Hand von Tatsachen feststellen konnte, daß Sie sich von Ihrem Gestern überhaupt noch nicht befreien konnten. Es freut mich, daß die Jugend selbst feststellen kann, daß Sie bei jeder Gelegenheit, wenn Sie nur die Möglichkeit dazu hätten, zu jenen Methoden zurückgreifen würden, die Sie im Jahre 1899 als das Allheilmittel anerkannt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aber auch zu den Ausführungen des Herrn Abg. Pözl noch eine Feststellung, der sich mit tönenden Worten und theatralischen Mienen an die anwesende Jugend gewendet und erklärt hat: Die Jugend darf das und das nicht erleben, es muß so und so sein. Ich möchte dem Abg. Pözl nur raten, sich mit seinem Chefredakteur in Verbindung zu setzen. Er hatte Gelegenheit, einen Film zu sehen, der von der sozialistischen Partei, von der Arbeitsgemeinschaft „Junge Generation“ vorgeführt wurde; ein Dokumentarfilm, hergestellt vom Ostdeutschen Propagandaministerium für Jugenderziehung. Dieser Film betitelte sich: „Heimat, wir schützen dich“. Das, worüber Sie gewettert haben, Herr Abgeordneter, wird dort vorbereitet, in diesem Film kann man sehen, wie 16- und 18jährige Burschen und Mädchen mit geschultertem Gewehr auf die Tribüne marschieren und in Hurrarufe auf den großen Führer Stalin und auf all das Große in ihren Oststaaten ausbrechen. (Abg. Scheer: „So ist die Wahrheit, Herr Pözl!“) Wenn Sie diese Ausführungen nicht glauben, setzen Sie sich mit Ihrem Berichterstatter in Verbindung, der sehr gedrückter Stimmung anwesend war und ich konnte nicht feststellen, daß er von der Einladung, hinzukommen und einen Artikel zu schreiben, entsprechenden Gebrauch gemacht hat. Er hat es nicht tun können, er konnte keinen Artikel darüber schreiben, da er sonst Ihren heutigen Ausführungen in den Rücken gefallen wäre. (Abg. Scheer: „Da wäre er heute schon brotlos.“)

Der Standpunkt der sozialistischen Partei ist, daß die Jugend das Recht hat, auf allen Linien und allen ihren Belangen gefördert zu werden, daß dies ein selbstverständliches Recht der Jugend ist; daß wir nie und nimmer der Schaffung einer Zwangsorganisation zustimmen, die die Jugend uniformieren will. Wo ist der Individualismus, der von Ihrer Partei immer wieder gepredigt wird, die Persönlichkeit des Einzelnen? Sie kennen nicht einmal Ihr Parteiprogramm, wenn Sie hier von der Gleichmacherei sprechen. (Abg. Wegart: „Wir werden Ihnen eines zuschicken!“) Solange die SPÖ über diese Stärke verfügt, wird sie nie ihre Zustimmung geben, daß solche Gesetze über die Jugend beschlossen werden. (Beifall und Bravorufe bei SPÖ.)

**Abg. Hofbauer:** Hoher Landtag! Ich selbst war beim Reichsarbeitsdienst, ich scheue mich auch nicht, dies kundzutun. Wenn ich heute als Gegner des Arbeitsdienstes auftrete, so nur deshalb, weil ich über 7 Jahre dabei war und ihn kenne. Ich könnte über diese Tätigkeit einen Roman erzählen, doch das Primäre, was ich hier sagen möchte, ist, daß der junge Mensch damals zum willenlosen Werkzeug wurde. Ich möchte nicht verhehlen, daß es auch einige erzieherische Aufgaben gab, aber ansonst war die Jugend zur damaligen Zeit zum vollkommen willenlosen Werkzeug heruntergewürdigt. Sie hatte nichts zu sagen, nichts zu denken, nur zu gehorchen. (Abg. Wegart: „In welcher Truppe wird nicht gehorcht!“) — (Abg. Stöffler: „Sagen Sie uns, ob Sie freiwillig oder gezwungen beim Arbeitsdienst waren!“) Ich werde Ihnen darauf antworten. Ich war vorher 7 Jahre in der Landwirtschaft tätig, dann kam das Gesetz 1938 und dann bin ich zum Reichsarbeitsdienst. (Abgeordneter Stöffler: „Freiwillig?“) Ich war vorher 7 Jahre in der Landwirtschaft tätig. Ich achte und schätze die Landwirtschaft, ich war 7 Jahre dort und kann mir auch ein Urteil erlauben, was die Landwirtschaft für eine Arbeit ist, ich weiß aber auch, was der Reichsarbeitsdienst bedeutet.

Wir Sozialisten stehen auf dem Standpunkte, daß wir für die Jugend Lehrwerkstätten schaffen müssen. (Zwischenrufe.) Ihr seid immer so maßlos aufgeregt. Ihr habt durch Jahrzehnte die Mehrheit im Staate gehabt, Ihr habt es in der Hand gehabt, irgend etwas zu tun, um der Landflucht Einhalt zu gebieten. Ihr habt anscheinend nichts getan. Ich möchte nur eines sagen in diesem Hohen Hause: Im Gedenken an meine langjährige Tätigkeit beim Reichsarbeitsdienst möchte ich der heutigen Jugend nicht wünschen, wiederum soweit zu kommen, weil man einfach das Wort „Mensch“ dort nicht kannte. Wir brauchen keinen Arbeitsdienst, nicht von links und nicht von rechts, das was wir wollen, ist Arbeit für die Jugend und ich bin der Meinung, wenn die ÖVP wollte in diesem Staate, dann hätte die Jugend reichlich Arbeit. Aber es ist schon so, daß in diesem Hause sehr viel gesagt und sehr viel gesprochen, aber dann nicht eingehalten wurde. Wir in einer Demokratie brauchen keinen Arbeitsdienst! Was wir wollen, ist Arbeit für die Jugend und die Möglichkeit besteht, wenn auch die ÖVP das will. (Beifall bei SPÖ.)

**Abg. Hafner:** Hoher Landtag! Ich habe nicht die Absicht, über den Arbeitsdienst oder über die vormilitärische Erziehung zu sprechen. Ich glaube, wenn das von unseren Bänken aus geschehen würde, könnte man bereits morgen in einer gewissen Zeitung lesen: „Die Neofaschisten fordern dies oder jenes.“ Ich möchte vielmehr zu einer anderen Frage Stellung beziehen.

Es wurde bereits des öfteren in diesem Hohen Hause darauf hingewiesen, daß die Not unserer Mitmenschen nicht zu parteipolitischen Zweck-

ken mißbraucht werden dürfe. Eine gewiß sehr lobenswerte Ansicht. Trotzdem muß ich hinzufügen: „Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“. Wenn ich zurückdenke an die Wahlen im Februar dieses Jahres und an den „Rentenklaue“ der SPÖ, da fällt es mir weiß Gott schwer, an die Lauterkeit und edlen Absicht zu glauben, die Not eines Teiles unseres Volkes nicht für parteipolitische Zwecke zu mißbrauchen. Es muß einmal mit aller Deutlichkeit und Nachdruck ausgesprochen werden: Die Fürsorge und Hilfeleistung an unsere, vor allem ohne eigenes Verschulden in Not geratenen Mitmenschen, soll und kann nicht Sache einer Partei, sondern muß Sache eines ganzen Volkes sein. Was wären wir doch für ein armer, trauriger Staat, wenn wir dieser selbstverständlichen Pflicht nicht mit Einmütigkeit und einer gewissen Entschlossenheit nachkommen würden. Mit einiger Verwunderung haben wir vom VdU bei einer der vorangegangenen Landtagssitzungen zur Kenntnis nehmen müssen, als man über die Heimkehrerfrage debattierte, daß von Seite der SPÖ und ÖVP keineswegs diese grundsätzliche Haltung an den Tag gelegt wird. Wir wurden verdächtigt, die Not unserer Heimkehrer mißbrauchen zu wollen, um das sogenannte rampo- nierte Ansehen des VdU wieder herzustellen, wie es von den Bänken der SPÖ zu hören war. Halten Sie uns doch nicht für so kleinlich! Können Sie sich nicht vorstellen, daß man aus einem Gefühl der Verbundenheit und Schicksalsgemeinschaft, aus dem Gefühl der Kameradschaft heraus diese Frage behandeln kann? Ich war selbst 6 Jahre Soldat und einige Zeit in Kriegsgefangenschaft und habe alle die Not und seelische Belastung am eigenen Leib erfahren müssen. Ich müßte mich daher schämen, wenn ich mich jetzt nur aus Gründen der Zweckmäßigkeit für eine politische Partei, für die nunmehr aus der Gefangenschaft gekommenen Kameraden einsetzen würde.

Wir begrüßen es, daß die beiden Regierungsparteien in dieser Frage ihre Haltung gegenüber den ersten Nachkriegsjahren geändert haben. Allerdings scheint diese Wendung nicht vom Herzen zu kommen. Sie werden sich daran erinnern, daß wir bei der vorhin erwähnten Landtagssitzung einen Antrag auf Spätheimkehrerhilfe eingebracht haben. Dieser Antrag wurde damals nicht positiv behandelt. Er hat zwar eine sehr umfangreiche Debatte ausgelöst, wurde aber mit dem Bemerken abgewiesen, es sei diese Frage eine Sache des Bundes und müßte daher diese Angelegenheit auf der Bundesebene geregelt werden. Man hat dem Hause einen Antrag vorgelegt, wonach die Landesregierung aufgefordert wird, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, diese Sache zu behandeln. Und wie sieht es jetzt aus? Ich habe hier einen Antrag in der Hand, den unsere Kollegen im Nationalrat eingebracht haben, die diese Spätheimkehrerhilfe im Nationalrat forderten. Dieser Antrag umfaßt 9 Punkte, durchwegs angemessene Forderungen, und dieser Antrag wurde von Ihren Kollegen, meine Damen und Herren,

von der ÖVP und SPÖ im Nationalrat niedergestimmt. Das war das Schicksal dieses Antrages und so schaut es nun tatsächlich mit der Spätheimkehrerhilfe aus. Herr Abg. Ebner, Sie sagten, wir würden bestreiten, daß etwas für die Heimkehrer geschehen sei. Oh nein, ich anerkenne sehr wohl und gebe zu, daß etwas gemacht worden ist, und jede Kleinigkeit, die auf diesem Gebiet geschieht, wird von uns begrüßt und unterstützt werden. Das zu diesem Kapitel.

Abschließend möchte ich noch auf die Post 469,70 des vorliegenden Voranschlages zu sprechen kommen: Maßnahmen zur Bekämpfung der Verwahrlosung pflichtschulentlassener Jugendlicher. Gewiß ist bereits eine Besserung auf diesem Gebiete gegenüber den ersten Nachkriegsjahren eingetreten, als der junge Schlurf schlechthin das Großstadtbild beherrschte. Doch auch heute noch, acht Jahre nach dem Krieg, finden wird diese Erscheinung auf vielen Straßen. Es wäre aber ungerecht, würde man die Schuld ausschließlich diesen jungen Menschen anlasten. Schuld daran — und das werden Sie auch zugeben, zumal es eine unbestrittene Tatsache ist — sind die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Jugendarbeitslosigkeit und die Wohnverhältnisse. Das ist eine alte Wahrheit und darüber noch eingehend zu sprechen würde Zeitvergeudung bedeuten. Ich kenne eine Anzahl von jungen Burschen, die herumstreunen, weil sie einfach keine Arbeit bekommen können, obwohl sie gerne arbeiten wollen. Und hier ist wohl der Hebel anzusetzen. Die Verwahrlosung der Jugendlichen hört mit dem Augenblick auf, wenn Lehr- und Arbeitsplätze zugewiesen werden können. Wenn der junge Mensch schon frühzeitig in einen Pflichtenkreis eingeführt wird, wenn er mit den Aufgaben vertraut gemacht wird, die er seinem Volk gegenüber zu erfüllen hat. Meine Damen und Herren, Sie wissen genau so wie ich, daß die Jugend nicht von Haus aus schlecht ist, sondern lediglich durch die ungünstigen Verhältnisse dazu gemacht wird oder gemacht werden kann. Über die Wohnungsnot in diesem Zusammenhang noch zu sprechen, erübrigt sich. Sie ist ebenfalls eine der bekannten Hauptursachen dieser bedauerlichen Erscheinung. Wir sind gerne bereit, alle positiven Vorschläge zur Bekämpfung der Jugendverwahrlosung und der Jugendarbeitslosigkeit, die in diesem Hohen Haus zur Behandlung kommen, zu unterstützen und hoffen, daß auf diesem Gebiet in naher Zukunft entscheidende Maßnahmen getroffen werden. (Beifall, Händeklatschen beim WdU.)

Abg. Wurm: Hohes Haus! Ich halte es für notwendig, daß der steirische Landtag sich ernstlich mit dem Jugendproblem beschäftigt und versucht, der arbeitslosen Jugend zu helfen. Wir hatten im Vorjahr 20.000 14jährige, die die Schule verließen, von denen aber nur 5000 untergebracht werden konnten. Die Vorschau für das Jahr 1954 ergibt, daß wieder 23.500 Jugendliche die Schule verlassen. Wenn wir die Hälfte davon abrechnen, die im Haushalt verbleiben oder

weiterhin eine höhere Schule besuchen, sind noch immer 12.200 im Produktionsprozeß einzugliedern. Am vorigen Dienstag hat unter dem Vorsitz des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Udier der Bauausschuß getagt, der sich mit dem Winternotstandsprogramm für den heurigen Winter beschäftigte. Zugleich wurde auch besprochen, welche Vorarbeiten wir treffen müssen, um die Jugendlichen mit Arbeitsplätzen zu versorgen. Von Herrn Dozent Birzele wurde ein Vorschlag unterbreitet, aus dem zu ersehen war, daß nur insgesamt 6600 Jugendliche in Arbeit zu bringen seien, daher 4600 ohne Arbeit verbleiben. Mit der Einrichtung „Jugend am Werk“ wurden vorübergehend Ausweichstellen geschaffen. Diese Ausweichstellen reichen aber nicht aus, um die Jugendlichen zu beschäftigen. Die Zahl der Schulentlassenen wird noch bis zum Jahre 1958 ansteigen. Wir werden also noch drei Jahre lang ansteigende Ziffern zu vermerken haben, dann erst wird sich der Geburtenrückgang, verursacht durch den Krieg, auswirken, und dann wird es erst möglich sein, einen Ausgleich zu schaffen.

Bezüglich des von den Herren Abgeordneten der ÖVP eingebrachten Antrages, man solle einen Landesarbeitsdienst oder einen Arbeitsdienst einführen, glaube ich, daß der steirische Landtag hierfür nicht zuständig ist, sondern die Zuständigkeit beim Nationalrat läge und er nur darüber Beschluß fassen könnte. Wir Sozialisten erklären aber, daß wir unter keinen Umständen dulden werden, daß man mit Zwang junge Menschen zu einer Dienstleistung verpflichtet. Ich glaube, wir können überhaupt keinen Arbeitsdienst einführen, da wir durch internationale Verpflichtungen gebunden sind. Auch die Herren Abgeordneten der ÖVP müßten sich dieser internationalen Vereinbarung fügen. Wir sind verpflichtet, die gemeinsam gefaßten Beschlüsse des Int. Arbeitsamtes einzuhalten. Daher ist der Antrag auf Einführung eines Landesarbeitsdienstes nur ein demonstrativer. Ich bin viel unter Jugendlichen und bei allen Gesprächen wehren sie sich, ihnen Zwang anzutun.

Wir hatten in Österreich bereits einen freiwilligen Arbeitsdienst. Dieser freiwillige Arbeitsdienst hat uns finanziell mehr gekostet, als wenn wir den Jugendlichen eine Arbeitslosenunterstützung ausgefolgt hätten.

Die Gesäusestraße wurde mit dem freiwilligen Arbeitsdienst gebaut. Es wurden Baracken erbaut, Küchen für die Verpflegung errichtet und außerdem erhielt der Jugendliche ein tägliches Taschengeld von 50 Groschen. Bei der Bauabrechnung hatte es sich ergeben, daß die Arbeit mit dem freiwilligen Arbeitsdienst wesentlich teurer zu stehen kam, als wenn diese Arbeit einer Baufirma übertragen worden wäre.

Wir haben hier im Hause schon öfters Vorschläge unterbreitet, wie es möglich sein könnte, die Jugendlichen in Arbeit zu bringen. Wir halten diese Vorschläge restlos aufrecht. In Graz, in der Petersgasse steht ein Gebäude. Die Jugendlichen-Bauarbeiter haben dieses Gebäude

erbaut. Die Jugendlichen-Zimmerer haben den Dachstuhl gesetzt, die Lehrlinge verschiedener Berufsgruppen die Räume eingerichtet und die Stadtgemeinde Graz finanzierte das Bauvorhaben. Wir stellten damals den Antrag, das Land möge einen Teil der Kosten übernehmen, doch der ehemalige Landesrat und jetzige Bundesminister Herr Dr. Illig hat diesen Vorschlag abgelehnt. Wir waren der Meinung, daß die Bauarbeiterlehrlinge ein Objekt nach dem andern erbauen, daß diese Räume mit Maschinen versorgt werden und daß dadurch eine Lehrwerkstätte als Übergangsstudium, eine Art neuntes Schuljahr, durch diese Vorschulung erzielt werden könnte. Die Kosten, die damals in Vorschlag gebracht wurden, hätten 100.000 S betragen, also viel weniger, als jetzt Eibiswald jährlich kostet. Eibiswald hat bis jetzt dem Lande 850.000 S gekostet. Ein weiterer Betrag wird beantragt, 600.000 S für Renovierungsarbeiten und 400.000 S für Maschinen zur Ausstattung der Lehrwerkstätte. Im Protokoll über die Errichtung der Landesberufsschule Eibiswald stand zu lesen, daß ein Großteil dieser Kosten der Hauseigentümer, die Landesinnungen der Gewerbesektionen und den Rest das Land zu bezahlen hätte.

Wir Sozialisten versuchen soweit es möglich ist, den Jugendlichen zu helfen. In Kärnten betreibt der Gewerkschaftsbund eine Lehrwerkstätte, nur in der Steiermark ist es nicht möglich, da hierfür das notwendige Geld nicht zur Verfügung steht. Der Herr Abgeordnete Stöffler erklärte, mit der Errichtung von Lehrwerkstätten stören wir das Gewerbe, es sei unmöglich, daß Lehrlinge selbst bauen, dazu seien die Gewerbetreibenden da, um solche Arbeiten durchzuführen.

Ich glaube, wir dürfen uns nicht von den Gefühlen leiten lassen, wir müssen den Ernst sehen und müssen vereint einen Weg finden, um der arbeitslosen Jugend zu helfen. Wenn wir jetzt die finanziellen Mittel nicht aufbringen können, dann werden wir sie später zur Verfügung stellen müssen, um die verwahrloste Jugend zu versorgen. Für diese verwahrloste Jugend werden wir dann mehr Mittel aufbringen müssen, als jetzt zur Erziehung der Jugendlichen notwendig wäre. (Beifall und Bravorufe bei SPÖ.)

**Abg. Lendl:** Hohes Haus! Infolge Erhöhung des Lebensalters reichen die heute bestehenden Landes-Fürsorgeheime nicht mehr aus, um alle Menschen zu erfassen, die infolge vorgeschrittenen Alters oder Krankheit nicht mehr in der Lage sind, den Haushalt selbst zu besorgen. Die Altersheime, die von den Gemeinden geführt werden, sind überfüllt und wir wissen, daß für jedes Heim unzählige Anmeldungen vorliegen, die nicht berücksichtigt werden können. Es wird aber auch nicht möglich sein, daß die Gemeinden auf die Dauer Heime aufrechterhalten, das heißt, daß die derzeitigen Heime so ausgebaut werden, daß sie dem Zweck entsprechen und sich der heutigen Zeit anpassen. Es kommt aber

auch vor, daß in kleinen Gemeinden Leute nicht so befürsorgt werden, wie sie es nach einem harten arbeitsreichen Leben verdienen würden. Sie werden oft von den Mitmenschen als unnötige Esser und als Nichtsteuer hingestellt, ja, es ist sogar vorgekommen, daß man diese alten Leute als Vagabunden beschimpft hat. Es ist notwendig, daß Heime geschaffen werden, um alle die Menschen erfassen zu können, die auf Einweisung in Altersheime warten. Aus Erfahrung weiß ich aus dem Bezirk Mürzschlag, daß im Bezirks-Altersheim Mürzschlag nicht nur Anmeldungen aus allen Gegenden der Steiermark, sondern sogar aus den Bundesländern vorliegen, die nicht berücksichtigt werden können, weil dieses Heim wohl 90 Betten faßt, für den eigenen Bezirk aber bereits zu klein ist. Aber nicht nur die befürsorgten Personen wollen in dieses Heim aufgenommen werden, heute bestreitet bereits ein Drittel der Pflinglinge selbst die vollen Verpflegskosten aus ihren Renten oder Pensionen. Ein Beweis dafür, wie notwendig es ist, Altersheime zu errichten, damit die in Zukunft immer stärker anfallende Zahl von Pensionisten und Rentnern aufgenommen werden kann.

Mit der Schaffung von Altersheimen wird auch erreicht, daß in vielen Familien Alt und Jung getrennt werden können. Oft sind die Großeltern, die Eltern, gezwungen, mit den jungen Menschen zusammenzuleben. Vielfach kommt es dann zu Reibereien innerhalb der Familienmitglieder. Wenn eine Trennung von Jung und Alt möglich würde, wenn wir diese Menschen in Altersheime einweisen könnten, dann würde auch eine Erleichterung auf dem Wohnungsmarkt eintreten. Leerstehende Wohnungen könnten dann jungen Ehepaaren zur Verfügung gestellt werden. Es soll die Bitte an den Landtag gerichtet werden, den Plan zu verwirklichen, daß die Landes-Fürsorgeheime in der nächsten Zukunft gebaut werden. Das Land soll aber auch trachten, den Bau von Bezirks-Altersheimen zu fördern und finanzielle Mittel weitgehend zur Verfügung stellen. (Beifall bei SPÖ und WdU.)

**Abg. Ertl:** Hohes Haus! Zu den Ausführungen des Herrn Abg. Sebastian darf ich kurz entgegen, daß die Bauernschaft seit eh und je berufen war, den schwersten Existenzkampf zu führen. Ehemals war die Bauernschaft in unseren Nachbarstaaten noch frei und hat uns infolge ihrer günstigen wirtschaftlichen und klimatischen Lage immer bedroht, Produkte in unser Land zu Preisen einzuführen, denen wir nach unseren wirtschaftlichen Verhältnissen nicht standhalten konnten. Es war die Sorge der bäuerlichen Vertreter, auf dem Wege der Zölle die Existenz der österreichischen Bauernschaft zu sichern.

Die Verhältnisse haben sich grundlegend geändert. Wenn der Herr Abg. Sebastian meint, es sollte unmöglich sein, daß Bauernsöhne und Bauerntöchter zur Industrie und in die Stadt

abwandern, so müssen wir alle, die wir hier sitzen, uns eine gewisse Schuld daran beimessen. Die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze haben sich derart entwickelt, daß das Leben auf dem Lande zu hart empfunden wird. Ich will nur ein Beispiel anführen: Wie kann man es einer Bauerntochter, die tagtäglich sieht, wie ihre Mutter von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends unermüdlich tätig ist, den Haushalt führt, die Familie betreut und an keinen Urlaub denken kann, verargen, daß sie sich denkt und auch berechtigt fühlt, zu sagen: Ich muß unter allen Umständen einen anderen Weg beschreiten, damit ich ein angenehmeres und besseres Dasein führen kann als meine Mutter.

Ich bin besonders erfreut, daß erstmalig im Landesbudget ein Ansatz gegeben ist, mitzuhelfen, auch die Lebensverhältnisse auf dem Lande zu bessern und zu erleichtern. Die Landflucht ist für uns alle und nicht nur für die Bauernschaft eine ernste Sorge und es ist eine große Aufgabe, sie zu beheben. Wir dürfen nicht vergessen, wenn in den letzten 20 Jahren rund 100.000 Familien vom Lande abgewandert sind in die Stadt und in die Industrieorte, daß die Landwirtschaft diesen Arbeitskräfte-Abgang zum großen Teil wettgemacht hat durch die Motorisierung und Mechanisierung. Aber ein Großteil dieser 100.000 Familien hat auf der anderen Seite das Landes- und Bundesbudget insofern belastet, als sie zum Teil die Arbeitslosenzahl erhöht, die Sozialinstitute belastet und auch das Wohnungselend vergrößert und vermehrt haben. Auch hier ist es unsere vordringliche Aufgabe, einen Weg zu beschreiten, daß endlich einmal dieser Landflucht Einhalt geboten wird und diese Menschen auf dem Lande denen der Industrie gleichgeschaltet und angeglichen werden.

Betreffend des Einsatzes der schulentlassenen Jugend bin ich mir voll bewußt, daß dies für uns alle eine große und vordringliche Aufgabe ist. Aber ich kann auch versichern, der Einsatz der Jugend in landwirtschaftlichen Lehrhöfen hat erfreuliche Erfolge gezeitigt. Während im Vorjahr noch 340 Lehrlinge auf den Lehrhöfen eingestellt waren, hat sich die Zahl nun auf 680 Lehrlinge erhöht. (Abg. Rösch: „Alles ohne Arbeitsdienst!“) Es ist wirklich erfreulich, wenn man draußen in den Wirtschaftshöfen sieht, wie sich diese jungen Menschen dort wohlfühlen, wie sie sich einleben in die Wirtschaftsverhältnisse, wie sie sich die Unterlagen schaffen, auch in der Landwirtschaft eine Existenz und ein Auskommen zu finden. Das ist eine wahre Freude und ich kann nur die Anregung geben, diese Sache mit Tatkraft zu unterstützen. Ich darf erwähnen, daß vielleicht die Jugend am Land unseren Anstrengungen und Bemühungen schon voraus eilt. Die Jugend am Land steht auf dem Standpunkt, aus ihren Existenzsorgen kein Politikum machen zu lassen. Die ländliche Jugend hat sich ohne Unterschied des Standes und der Parteizugehörigkeit zusammen gefunden, auch indirekt zu

einem freiwilligen Arbeitsdienst. Ich kann Ihnen nachweisen, auch die Jugend aus nicht landwirtschaftlichen Berufsgruppen geht freiwillig mit der bäuerlichen Jugend hinaus in den Wald, macht freiwillig Dienst bei der Entforstung und die Bauernschaft kommt ihr entgegen in der Weise, daß das Ertragnis, dieses Entforstungsholz, der Landjugend zur Verfügung gestellt wird. In diesem bescheidenen Rahmen bemüht sich die landwirtschaftliche Jugend Geld flüssig zu machen, um einmal eine Fahrt nach Klagenfurt oder auf den Glockner oder sonst wohin zu machen. Es ist erhebend, diese Bemühungen zu betrachten und beobachten zu können, wie sich über unsere Köpfe hinweg die Jugend selbst hilft und vorbereitet für die Aufgaben der Zukunft. (Abg. Rösch: „Ohne Uniform!“) Eine Uniform brauchen wir nicht dabei. Wenn ich ein ganz objektives Wort über den Landdienst bringen darf, so bin ich der inneren Überzeugung, daß ein Jahr Arbeitsdienst die Entwicklung der Jugend berufsmäßig in keiner Weise behindert und ihr nur Vorteile bringt. Sie finden sich in einer Gemeinschaft zusammen, lernen Ordnung und Pünktlichkeit, lernen die Grundlagen, die ein anständiger Mensch zur Lebensführung braucht. Der Hauptwert liegt auch im gemeinschaftlichen Zusammenleben und Zusammenarbeiten und ich würde es daher als das wärmste begrüßen, wenn hier das Land bzw. der Bund sich doch schlüssig werden könnten, ein solches Landdienstjahr einzuführen.

Nun zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Pözl. Man kann sich nur an den Kopf greifen, was sich dieser Herr in diesem Hohen Haus zu verzapfen traut (Gelächter.) Es dient nicht dem Ansehen und der Würde des Hohen Hauses. Wenn er schon so Angst hat vor der Uniformierung und Bewaffnung, so möchte ich ihn daran erinnern — er ist ja sicher auch öfter nach Wien gefahren —, daß man vor kurzem noch am Semmering 17- und 18jährige Russenbuben mit MP in der Hand stehen sah. Wo haben denn diese ihre Ausbildung genossen und wo haben denn die das Zeug her? Ich bin der Meinung, daß die Ausführungen künftighin einer eingehenden Erwiderung oder Entgegnung gar nicht würdig sind. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Scheer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die gestern durch eine kurze Äußerung von mir ausgelöste Debatte bezüglich des Arbeitsdienstes, wozu auch heute wieder gesprochen wird, zwingt mich dazu, von Seiten des VdU eine Erklärung abzugeben. Es ist von uns aus zweifellos nie daran gedacht worden, einen Arbeitsdienst in der Form, wie sich ihn der erste Redner der ÖVP vorstellt, einführen zu wollen. Wir haben bei diesem Vorschlag zur Einführung eines neuen Arbeitsdienstes tatsächlich nicht an eine neue Uniformierung, ein neues Exerzierreglement mit dem Spaten gedacht. Wir haben bei diesem Arbeitsdienstjahr nur an eine Hilfe für die Landwirtschaft gedacht und haben uns, wie ja auch seitens der Landwirte vorge-

schlagen wurde, vorgestellt, daß man dem Bauer in seinen hauptsächlichsten Arbeitszeiten, wie zum Beispiel in der Erntezeit und in der Anbauzeit, irgendwie eine Möglichkeit schafft, daß er Arbeitskräfte, die sonst in keiner Weise in einen Arbeitsprozeß eingebaut werden konnten, zu seiner Unterstützung und Hilfe kurzfristig zur Verfügung gestellt bekommt. Das ist unser Gedanke. Der Hauptgedanke ist bei diesem Arbeitsdienst und kann es nur sein, daß man die Arbeitskräfte, die sich auf keinen Fall in einen Arbeitsprozeß einordnen lassen, daß man solche Arbeitskräfte zu irgend einer positiven Leistung im Staat anhält oder verhalten soll. Es ist ja auch bezeichnend, daß eigentlich der Arbeitsdienst an sich immer nur dann diskutiert wird, und zwar vor allem der unformierte Arbeitsdienst, wenn sich ein Staat bemüsstigt fühlt, einen 100prozentigen Arbeitseinsatz unbedingt zu erreichen. Ich weiß nicht, Herr Kollege (zu Abg. Ebner II), ob ihre Ausführungen heute mit Ihrer Fraktion übereinstimmen. Ich möchte es füglich bezweifeln, weil das, was Sie gebracht haben, wirklich finsterste Vergangenheit ist, die zweifellos einen guten Gedanken verfälscht hat. Wir wünschen aber diese Verfälschung in der heutigen Zeit nicht mehr. Es hat ein mir sehr gut bekannter Vertreter der SPÖ, der aus meinem Ort ist, der Kollege Hofbauer, der 7 Jahre lang den Arbeitsdienst mitgemacht hat, und zwar in der Form, wie Sie ihn propagieren, gesagt, daß er es nicht mehr für richtig hielt, in dieser Form einen Arbeitsdienst aufzubauen. Glauben wir doch endlich denen, die beim Fach waren, haben wir doch den Mut, irgend etwas was als falsch erkannt ist, auch zu ändern und in eine Form zu bringen, die in die neue Zeit, in die jetzige Zeit paßt. Das ist das entscheidende dabei, daß wir den Mut aufbringen, solche Dinge in die jetzige demokratische Form zu bringen und uns nicht verlieren in etwas, was nicht in die heutige Zeit paßt.

Den Herrn Abg. Pölzl regt immer wieder — das war auch gestern der Fall — am meisten auf, daß ich gesagt habe, er sei der einzige Nichtdemokrat hier. All das, was er sich auf die Fahne schreibt und hier vorbringt, ist ja in seinem von ihm so sehr idealisierten Land gerade mit den entgegengesetzten Vorzeichen vorhanden. Der Reichsarbeitsdienst, wie er im Dritten Reich bestand, ist in einer übersteigerten Form in Rußland lebendig und er behauptet hier, daß dies das größte Unglück, das Unmöglichste und Ungeheuerlichste sei. Und der bereits zitierte Film hat gezeigt, daß im heutigen Ostdeutschland Mädchen und Jugendliche zu Diensten nicht nur mit dem Spaten, sondern auch mit der Waffe in der Hand herangezogen werden. Kollege Pölzl, die Tatsachen sprechen eine andere Sprache, als die, die Sie hier im Hause führen. Das ist das, was mir immer wieder hier als ein erschütterndes Merkmal Ihrer zweifellos rhetorisch gut aufgebauten Reden auffällt. Es ist uns einfach unbegreiflich, daß Sie es verstehen, mit einer Selbstverständlichkeit irgend etwas zu behaupten, obwohl Sie

selbst innerlich überzeugt sind, daß das Gegenteil davon wahr ist. Das ist immerhin eine Leistung, dazu gehört etwas.

Ich glaube, in kurzen Worten dargestellt zu haben, daß wir uns seinerzeit bei Begründung unseres Antrages eine andere Art des Arbeitsdienstes vorgestellt haben, als sie vom Sprecher der ÖVP hier interpretiert wurde. (Beifall, Händeklatschen beim WdU.)

**Abg. Dr. Rainer:** Hoher Landtag! Es wurde heute hier von einigen Rednern, von Abg. Wurm und in Zwischenrufen die hier anwesende Jugend zitiert und angesprochen, das Problem der Jugend erörtert. Wenn wir das Resümee aus den Reden ziehen wollen, werden wir finden, daß wir wirklich alle beseelt sind, der Jugend zu helfen, für sie Arbeitsplätze und Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Trotzdem finden wir aber in der Praxis, daß die Jugend an unserem Staate, an unseren politischen Parteien und ihren Bestrebungen sehr wenig Anteil nimmt. Das muß uns eigentlich verwundern. Ich will vielleicht doch hier die eine oder andere Seite dieser Frage beleuchten, um festzustellen, wo vielleicht eine Schuld liegt bzw. wo die Möglichkeit der Abhilfe besteht. Wenn der gute Wille — und ich setze das voraus nach den bisherigen Ausführungen und glaube, daß die jungen Freunde hier auch dieses Gefühl haben — besteht, so bin ich überzeugt, wird eine Möglichkeit zur Lösung des Problems gegeben sein.

Es ist nicht alles so gut und in Ordnung, wie wir glauben. Ich hatte vor kurzem Gelegenheit, mit 2 Studenten, Mitgliedern des Bundes sozialistischer Akademiker, nach einer Sitzung des Bundes zu sprechen. Sie waren beide ziemlich ungehalten, sie haben den Abend als verloren bezeichnet, sie wären lieber ins Kino gegangen. Warum sie dort waren? „Was wollen wir machen“, sagten sie, „ich bin Mediziner, der zweite ist Techniker, wir wollen einmal einen Posten und dazu ist es notwendig, daß wir irgendwo dabei sind, deshalb sind wir beim Bund sozialistischer Akademiker.“ Nun und die anderen sagen, es sind ja nicht alle beim Bund sozialistischer Akademiker? „Die anderen sind beim C. V. oder in ähnlichen Vereinigungen. Dort ist es genau dasselbe, sie sind auch dabei, weil sie einen Posten haben wollen. Es gibt einzelne, die davon begeistert und überzeugt sind, aber nur wenige.“ Sie sagten mir weiters, daß in Steiermark 170 junge Ärzte auf eine Anstellung warten, daß bei der Landesregierung x Akademiker warten und nun glauben sie, daß ohne Protektion, ohne Einflußnahme der Parteien, die Erlangung einer Stelle unmöglich ist. (Abg. Sebastian: „Auf Intervention Ihres Parteisekretärs!“) (Abg. Wegart: „Was machen denn Eure Parteisekretäre?“) Herr Abg. Sebastian, Sie haben die Rede vom Präsidenten Gorbach nicht gelesen. Auf meine weitere Frage, was wählt Ihr eigentlich, das würde mich interessieren, sagten sie: „Am liebsten gar nicht. Das interessiert uns nicht,

dieser Staat müßte uns die Lebensmöglichkeiten schaffen, dann sind wir bereit, uns dafür mehr zu interessieren. Nur damit wir bei dieser Postenjägererei ernst genommen werden, müssen wir am Anfang einer Partei beitreten, uns irgendwie verkaufen.“ Das sind die Ursachen. Wir alle wissen genau, wie die Möglichkeit einer Abhilfe gegeben ist: Durch eine Änderung unserer geistigen Einstellung. Das, was die Jugend braucht, sind neben Chancen offene Grenzen, daß sie hinaus kann, sie will nicht eingepfercht sein. Unser Staat hat noch nicht die Möglichkeiten, die sich die Jugend ersehnt und erwartet. Wir werden aber in der Lage sein, mit der Gesundung unserer Wirtschaft ihr diese Möglichkeiten in Zukunft zu bieten. Es braucht daher die Jugend, die in die Schule geht, keine Besorgnis hegen; in einigen Jahren, wenn sich die wirtschaftliche Lage soweit konsolidiert hat, wird jeder, der arbeiten will und arbeiten kann, dazu die Möglichkeit haben.

Noch etwas zur Heimkehrerfrage: Sie gehört seit 2 oder 3 Monaten zum festen Bestand des Hauses. Ich glaube, daß auf diesem Sektor in den entsprechenden Posten im Budget sowohl für Heimkehrer als auch für die Kriegsgefangenen vorgesorgt ist. Im heurigen Jahre sind über 100 zurückgekehrt und ich glaube, es ist auch vorgesorgt, um jenen zu helfen, die noch in Rußland, in Sibirien sind und unsere Hilfe brauchen und sie auch tatsächlich erhalten.

(Beifall und Bravorufe bei ÖVP.)

**Abg. Pölzl:** Hoher Landtag! Abg. Sebastian hat sich bemüsstigt gefühlt, als einer der jüngsten Arbeitervertreter der sozialistischen Partei seine Kritik gegen Ostdeutschland und die dortigen Erziehungsmethoden zu leiten. (Abg. Sebastian: „Aber das ist die letzte Kugel!“) Er hat geglaubt, ich habe mein Pulver schon verschossen. Aber Du irrst Dich. Die Verhältnisse in Ostdeutschland, wie sie Kollege Sebastian geschildert hat, sind nicht so. Ich bin in der Lage, ihn aufzuklären. (Abg. Wegart: „Er hat sie ja nur im Bilde gesehen.“) Der Kollege Sebastian ist ein lebhafter junger Mann, der die Möglichkeit hat, von der Nähe anzuschauen, was für die Jugend in den Volkdemokratien, wenn Sie wollen in der Sowjetunion, tatsächlich geschieht. (Abg. Sebastian: „Ich war in Sibirien gefangen und habe unmittelbar einiges gesehen, wie die Jugend mit der Puschka umhergezogen ist!“) (Abg. Wegart: „Das heißt ja dort Friedensgerät!“) (Heiterkeit!) Herr Kollege Sebastian bildet sich ein, alles erfahren und gesehen zu haben. Er ist scheinbar der Meinung, daß er schon sehr viel weiß als junger Arbeitervertreter. Ich möchte ihm eines nahelegen, der ich selbst aus der sozialistischen Bewegung hervorgegangen bin und eigentlich in der sozialistischen Bewegung schon gelernt habe, allerdings bei dem Mißfallen der damaligen Führung, mich auf dem Standpunkt meiner Klasse zu stellen, der Arbeiterklasse. So sehen wir die

Verhältnisse in der Sowjetunion, in den Volkdemokratien und in Ostdeutschland. Wenn in Ostdeutschland die Jugend zum Studium herangezogen wird, wenn Zehntausende von jungen Arbeitern das Hochschulstudium erschlossen wird und wenn diese jungen Menschen ganz sicher wissen, daß sie nach Abschluß ihres Studiums einen ordentlichen Beruf ergreifen können und nach diesem Studium wirklich als vollwertige Menschen in den Arbeitsprozeß eintreten werden, möchte ich ein anderes Land der Welt sehen, wo jungen Arbeitern in gleichem Maße diese Wege eröffnet werden.

Ich habe voriges Jahr Gelegenheit gehabt, auf Grund einer Einladung des Gewerkschaftsbundes in Ostdeutschland einige Wochen zu verbringen. Und ich muß Ihnen sagen, ich habe mich vor allem für die Verhältnisse in der Landwirtschaft interessiert. (Abg. Ertl: „Davon sollen Sie nicht reden!“) Ich war auch in einer Maschinenausleihstation. Ich habe in dieser Station eine größere Anzahl junger Menschen gesehen, ich habe etwas gesehen, was bei uns auf dem Land vollkommen undenkbar wäre. Ich habe mit einem jungen Agronomen gesprochen, der 24 oder 25 Jahre alt gewesen sein mag, den habe ich gefragt, wie und wo er seine agrarischen Studien durchgeführt habe und wie er dazu gekommen sei, Agronom zu werden. Er erzählte mir, daß er ursprünglich Maschinenschlosser gewesen war, daß er aber eine solche Liebe zur Landwirtschaft gehabt habe, daß er unbedingt Agronom werden wollte, weil er je das Gefühl gehabt hat, es stünden der Jugend alle Möglichkeiten offen. Er wollte lieber auf dem Lande arbeiten. (Abg. Dr. Hueber: „Ja, weil sie hungrig sind!“) So hat er zuerst seine Lehre und ein paar kurze Praxisjahre als Maschinenschlosser abgeschlossen, ist dann aber anschließend in eine landwirtschaftliche Schule gegangen, wurde dort zum Agronom ausgebildet und hat mit Begeisterung zu mir von seiner Arbeit in der Landwirtschaft gesprochen. Meine Damen und Herren, wo sehen wir bei uns draußen auf dem Land einen ähnlichen Fall? Erleben wir es, daß die Menschen massenhaft von der Stadt zurück auf das Land gehen? Und warum ist das dort möglich? Die Menschen gehen dort zurück auf das Land, weil eben auch draußen auf dem Lande solche Lebens- und Arbeitsbedingungen geschaffen wurden, daß auch der Mensch, der früher in der Stadt gelebt hat, der in der Stadt verwurzelt war, den Beruf am Land dem in der Stadt vorzieht.

Nun noch ein Wort zu der Frage Spaten und Gewehr und marschierende Jugend. Ja, Herr Abg. Sebastian, in Ostdeutschland wird die Jugend auch dazu erzogen, den Frieden zu verteidigen. (Gelächter.) Für Sie ist das natürlich nicht angenehm zu hören. Ich weiß auch, daß Sie der Arbeiterschaft, vor allem der sozialistischen Arbeiterschaft einreden, Gewehr ist Gewehr und Soldat ist Soldat. (Abg. Sebastian: „Jawohl! Und Schnaps ist Schnaps.“) Und die wahren Zusammenhänge, die verschleiern Sie, weil Sie es nicht verstehen wollen

und können, daß die Arbeiterschaft das Recht hat, sich auf den Standpunkt ihrer großen Klasse zu stellen und diesen Standpunkt auch zu verteidigen. Kennen Sie den Arbeitsdienst? Nein, Sie kennen ihn nicht! Sie sagen auf der einen Seite „wir sind für die freie Wirtschaft.“ Aber worin besteht denn diese? Sie besteht vor allem in einem eminenten Konkurrenzkampf aller gegen alle. Die Produktionsverhältnisse, die wir in den kapitalistischen Ländern haben, sind eben kapitalistische Produktionsverhältnisse, das Privateigentum ist der Motor des gesamten wirtschaftlichen Lebens und das Profitstreben. Was ist das dann, wenn der Herr Abg. Scheer zum Beispiel vorschlägt, man solle die Jugend heranziehen zu unentgeltlichen Arbeitsleistungen auf dem Land während der Erntezeit? Wem kommt diese unentgeltlich geleistete Arbeit zugute? Selbstverständlich nicht dem ganzen Volk, nicht unserem Wirtschaftsleben, sondern nur jenen Privatbesitzern, für die diese Arbeit geleistet wird. Ich kann aber nicht gemeinschaftliche Leistungen von der Jugend verlangen, wenn diese gemeinschaftliche Leistungen nicht auch der Gemeinschaft zugute kommen. Sehen Sie, Herr Abg. Sebastian, wenn auch zwei scheinbar dasselbe tun, so muß es noch lange nicht dasselbe sein.

Ich möchte nun noch sagen, daß der Abgeordnete der ÖVP sich bemüsstigt gefühlt hat, in sehr ausfälliger Weise zu versuchen, einen Gegensatz zwischen Stadt und Land aufzureißen. Bei ihm besteht das Problem der Landflucht nicht darin, daß, solange es eine moderne Entwicklung in der Industrie gibt, ununterbrochen Menschen vom Lande in die Stadt abwandern, um hier in Industrie und Gewerbe zu arbeiten. Das ist aber ein ganz natürlicher Prozeß. Wir alle, die wir hier sitzen, vielleicht mit ganz wenigen Ausnahmen, können noch sehr deutlich verfolgen, wann unsere Vorfahren draußen auf dem Lande gearbeitet haben. Ich für meine Person fühle mich noch sehr stark mit der Landwirtschaft verbunden, denn meine Großeltern haben noch als arme Winzerläute draußen auf dem Lande gearbeitet und meine Eltern mußten dann in die Stadt gehen, weil das Stück Brot in den großen Familien, in denen sie gelebt haben und in denen es meist 12 bis 14 Kinder gab, nicht groß genug für alle war, so daß sie nicht auf dem Lande verbleiben konnten und gezwungen waren, in die Stadt zu gehen. So bin ich ein Stadtkind geworden, bin ein Industriearbeiter geworden. Wir können ja alle noch feststellen, wann unsere Vorfahren vom Lande in die Stadt gekommen sind. Das ist, wie gesagt, eine natürliche Entwicklung. Es ist ja ganz klar, daß mit zunehmender Entwicklung der Produktion in der Landwirtschaft und mit zunehmender Technisierung noch weit mehr Kräfte in die Stadt abwandern werden gemäß dem Produktivitätsindex der Landwirtschaft in Österreich. Das ist nicht nur unvermeidlich sondern auch vollkommen gesund und die Technisierung in der Landwirtschaft wird

unzweifelhaft dazu führen, daß noch weitere Arbeitskräfte am Lande frei werden und für die dann in der Stadt, in Industrie und Gewerbe Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Aber glauben Sie nicht, daß es bei diesem natürlichen Prozeß unbedingt notwendig ist, einen Gegensatz zwischen Stadt und Land daraus zu konstruieren. Es ist richtig, es wäre erfreulich, wenn auch jeder Mensch in der Stadt einen wirklichen Begriff von der Arbeit der Menschen auf dem Lande hätte. Aber auch umgekehrt, meine Damen und Herren, wäre es genau so zweckmäßig, wenn jeder Bauer, jeder Landarbeiter eine klare Vorstellung davon hätte, was es bedeutet, am Schreibtisch oder am Schraubstock zu arbeiten. Es kommt auch gar nicht darauf an, die verschiedenen Berufsprobleme der einzelnen Staatsbürger gegeneinander auszuspielen, sondern es kommt darauf an, durch ein Zusammenwirken aller arbeitenden Menschen in Österreich bessere Verhältnisse zu schaffen. Aber der Abgeordnete der ÖVP hat das so dargestellt, als ob jeder Arbeiter in der Stadt ein Feind des Landbewohners sein müßte. Ich muß sagen, ich habe einen Buben, der 18 Jahre alt ist und in die Mittelschule geht. Die letzten zwei Jahre hat er in den Ferien in der Fabrik praktiziert. Dieses Jahr sagte ich ihm: „Geh' einmal hinaus aufs Land, verdiene Dir etwas als Landarbeiter und es wird Dir außerdem gut tun!“ Er hat diesen Gedanken begeistert aufgegriffen und sich während der Ferien als Landarbeiter Arbeit gesucht zu seiner und seines Dienstgebers Zufriedenheit. Ich kann mir vorstellen, daß man unserer studierenden Jugend nahelegt, daß es für sie sehr zweckmäßig wäre, zu erfahren, unter welchen Bedingungen und Verhältnissen draußen auf dem Land gearbeitet wird, um dann später im Berufsleben die ehrliche Arbeit aller anderen Berufsgruppen besser würdigen zu können.

Der VdU spielt sich hier im Landtag als der große Fürsprecher der Heimkehrer auf. Er sollte nicht vergessen, daß ein wesentlicher Teil der heutigen VdU-Führer dafür verantwortlich oder mindestens mitverantwortlich ist, daß es überhaupt Heimkehrer gibt. (Zwischenruf: „Eine alte Walze!“) Aber, meine Herren, sei es wie immer. Ich habe schon einmal erklärt, jede Notlage, die es gibt, müsse die Gemeinschaft dazu verpflichten, dieser Notlage entgegenzuwirken. Reden wir nicht von Heimkehrerhilfe in der Form, als ob es keine andere Aufgabe gäbe, als den Heimkehrern Unterstützungen und finanzielle Hilfe, die leicht in den Geruch von Almosen kommt, zu gewähren. Das Dringendste, was es für die Heimkehrer zu tun gibt, ist, daß man sie als Menschen, die keine Arbeit haben, in den Arbeitsprozeß bringt und ihnen die Möglichkeit gibt, sich in ihrem Beruf ihr Leben neu aufzubauen. Das ist das Entscheidende und nicht ununterbrochene Demagogie in einer so ernstesten und so bedeutenden Frage.

Abg. Sebastian: Hohes Haus! Verzeihen Sie, wenn ich mich in dieser Sache noch einmal zum

Worte melde. Die Ausführungen des Herrn Kollegen Pölzl können nicht unwidersprochen bleiben. (Abg. Pölzl: „Auf einmal wirst Du es nicht erfassen!“) (Heiterkeit.) Ich habe vorher schon festgestellt, es gehört wirklich eine Portion Brutalität und Unverfrorenheit dazu, hier davon zu reden, wie die Jugend erzogen werden muß, wenn man die Möglichkeit hat festzustellen, wie die Jugend dort erzogen wird, wo Ihre Parteigänger die Macht und den Einfluß haben. Das, was Sie haben, ist das alte, wiedererweckte Rezept der Diktatur. Nicht Ihr Ausflug nach Ostdeutschland ist für mich entscheidend, sondern die Tatsache, daß ich Gelegenheit hatte, in Sibirien, wo Sie noch nicht waren, aus nächster Nähe kennen zu lernen, was dort mit der Jugend geschieht und wie die Jugend erzogen wird. (Abg. Wegart: „Dorthin kommt er noch!“) Glauben Sie nicht, daß wir jemals die Zustimmung geben, daß die Zerlegung einer Maschinenpistole in den Pflichtunterricht einer Volksschule aufgenommen wird. (Abg. Pölzl: „Das hast Du in Sibirien gesehen! Geh, mach' Dich nicht lächerlich!“) Ihr immer wiederkehrendes Rezept der Diktatur, ihre Strafgefangenenlager, die die Menschen vernichten, ihr Militärdienst, das Pressen in den Arbeitseinsatz, da ist es kein Kunststück für die unwissende Jugend, frei werdende Arbeitsplätze zu schaffen, aber im freien Spiel der Auseinandersetzung, der demokratischen Arbeit dort für die Jugend das zu tun, was für die Jugend notwendig ist, das können Sie uns nicht lehren. Wir wissen, welcher Weg beschritten werden muß und werden ihn beschreiten, um abzuwehren, was der Jugend von rechts und Ihrer Seite droht. (Beifall, Bravorufe bei SPÖ.)

Landesrat **Maria Matzner**: Hoher Landtag! Sie entschuldigen, daß ich mich zum Schluß gemeldet habe. Ich sehe darin ein vereinfachtes Verfahren der Verwaltungsreform. Ich möchte auf einiges zurückkommen, was die verschiedenen Diskussionsredner zum Einzelplan 4 erklärt haben.

Abg. Pölzl hat davon gesprochen, daß die Richtsätze für die Fürsorge erhöht werden müßten und den Anspruch auf die 13. Monatsrente angemeldet. Auch gestern schon bei der großen Zeugnisverteilung für den Referenten des Kapitels „Fürsorge“ hat er darauf hingewiesen, daß ich ein nichtgenügend bekomme für das, was im Voranschlag vorgesehen ist, im Gegensatz zum Abg. Stöffler, der die gleiche Arbeit oder den gleichen Gegenstand mit „sehr gut“ klassifiziert hat. (Abg. Pölzl: „Wenn Abg. Stöffler ‚gut‘ sagt, ist es bestimmt schlecht!“) Gut, daß die Sozialisten der Auffassung sind, daß die Noten der Zeugnisse kein wahres Bild über die Leistung des Schülers ergeben. Die Sozialisten wehren sich gegen eine solche Zeugnisverteilung, noch dazu, wenn unvernünftige Eltern da sind, die diese Zeugnisse nicht richtig einzuschätzen wissen.

Er hat in Angelegenheit der Richtsätze gesprochen und neuerdings über die Frage wider

besseres Wissen gesprochen; ich habe im vergangenen Jahre erklärt, daß die Richtsätze nicht zwingend sind, sondern schon im Worte begründet ist, daß sie nur einen Richtsatz für die Gewährung der Fürsorge darstellen. Die Gemeinde- und Bezirksfürsorgeverbände können selbstverständlich je nach dem einzelnen Fürsorgefall entscheiden über die tatsächliche Höhe und die Art der Fürsorgeleistung. Aber ich möchte sagen, das Nichtgenügend des Herrn Abg. Pölzl hat mich deshalb nicht getroffen. Vor mir liegt eine Auslassung eines Landtagskandidaten der Volksopposition und Gemeinderates von Frohnleiten, der vor wenigen Wochen in Form eines Flugblattes der Volksopposition die Auffassung vertrat, es sei eine 50prozentige Kürzung der Gemeindeverbandsumlage vorzunehmen. Die dient dazu, um die Fürsorgeleistungen von Gemeinde- und Bezirksfürsorgeverbänden zu erfüllen. (Rufe: „Hört, hört!“) Wenn in einem Wahlkampf die Kandidaten des Landtages solche Forderungen stellen, so bedeutet das nicht eine Erhöhung der Richtsätze sondern praktisch eine 50prozentige Verringerung der Fürsorgeleistungen. Da ist es doch besser, man bleibt bei der Frau Landesrat Matzner als Fürsorgereferentin des Landes Steiermark als bei einem Vertreter der Volksopposition.

Vielleicht darf ich noch etwas sagen, was sehr symptomatisch ist, daß dort, wo man frisch und fröhlich über solche Dinge spricht, es gerne vergessen lassen möchte, daß in den Ländern, in denen man allein herrscht, ich muß notwendigerweise wieder auf die Volksdemokratien kommen, man in der Frage der Fürsorge sich nicht scheut, alte und hilfsbedürftige Menschen aus ihren Wohnungen und jenen Orten auszusiedeln, in denen sie ihr ganzes Leben verbracht haben. Fürsorge ist nicht etwas, was in Geld ausgedrückt werden kann, Fürsorge ist nicht nur etwas, was im Einzelplan 4 untergebracht ist, Fürsorge ist etwas Umfassenderes.

Ich darf wohl nicht sagen, daß wir nicht alle Aufgaben erfüllt haben. Der Zuschußbedarf für die Fürsorge ist von 1946 bis 1954 ununterbrochen im Ansteigen begriffen gewesen. Die Sorge Abg. Pölzls um die Erhöhung der Richtsätze und Verbesserung der Fürsorge ist nicht ganz, sagen wir, auf Wahrheit beruhend, denn sonst müßte man dort, wo man selbst die Macht in der Hand hat und über alle Mittel verfügt, weitaus Besseres leisten, vor allem nicht wenige Wochen vor dem Wahlkampf ein solches Flugblatt wie das erwähnte herausgeben.

In dieser Diskussion ist auch darüber gesprochen worden, daß der Jugend mehr Arbeitsmöglichkeit geboten werden müsse. Hier möchte ich einiges, was Abg. Koch gestern hinsichtlich „Jugend am Werk“ gesagt hat, richtigstellen. Gewisse Unkenntnis der Verhältnisse hat Herrn Abg. Koch zur Auffassung verleitet, daß „Jugend am Werk“ eine Fehlleitung von Fürsorgemitteln ist.

Wie immer wir die Dinge betrachten, fest steht die Tatsache, daß wir wesentlich mehr

junge Menschen haben als Arbeitsplätze vorhanden sind. Was wir vor allem in der praktischen Fürsorgearbeit für die Jugend feststellen, ist, daß ein Großteil der Jugend deshalb verwahrlost, weil sie keine entsprechende Beschäftigung hat. Wenn einerseits zu wenig Arbeitsmöglichkeiten da sind und andererseits die Jugend oft nicht die Eignung oder die finanziellen Mittel hat, um eine weitere Schulbildung zu genießen, so haben wir, wenn wir vorbeugende Fürsorgearbeit leisten wollen, zu bedenken, was sparsamer ist vom Standpunkt der finanziellen Mittel und dem des jungen Menschen selbst, entweder ihm die Möglichkeit einer Beschäftigung in der Gemeinschaft zu geben und ihn dadurch von der Straße fernzuhalten, vor der Verwahrlosung zu bewahren und ihn dabei zugleich auf einen späteren Beruf vorzubereiten oder aber später die wesentlich höheren Kosten für die Unterbringung und Erziehung in irgendeiner Anstalt zu tragen und damit gleichzeitig Menschen zu haben, die das Bewußtsein, bereits einmal einen schwereren Fehltritt begangen zu haben, oft niemals mehr ganz überwinden können. „Jugend am Werk“ hat keine andere Aufgabe, soll auch keine andere haben, als in erster Linie die jungen Menschen vor der Verwahrlosung zu beschützen. Die Unterbringung auf Lehrplätzen und eine geeignete Arbeitsplatzbeschaffung ist auch im Kapitel 3 vorgesehen und da müssen wir sagen, daß hier Steiermark, gleichgültig, ob es sich um „Jugend am Werk“ handelt oder um die Beschaffung von Lehr- und Arbeitsplätzen, vor allen anderen Bundesländern an der Spitze marschiert. Wie wichtig „Jugend am Werk“ ist, möchte ich erhärten dadurch, daß auch andere Bundesländer sich bemühen, ebenfalls diese gleiche Einrichtung zu schaffen. Wenn Sie die jungen Menschen sehen, die nicht immer eine abgeschlossene Hauptschulbildung haben, die körperlich oft wie 12jährig aussehen und von einem Lehrherrn gar nicht genommen werden könnten, weil sie körperlich — von geistig will ich gar nicht reden — die Voraussetzungen nicht haben, um den Anforderungen, die eine solche Lehrausbildung mit sich bringt, zu genügen, so sieht man ein, daß hier eine Überbrückung geschaffen werden muß. Wenn man gleichzeitig weiß, daß besonders für die jungen Mädchen eine Unterbringung auf Lehrplätzen besonders schwierig ist, dann kann ich nicht verstehen, wie man hier von einer Fehlleitung der Mittel sprechen kann. Ich glaube daher, daß alles, was auf freiwilliger Basis und selbstverständlich in der Richtung auf Berufs- und Lebensvorbereitung geschehen kann, und was die Jugend vor Verwahrlosung schützt, vom Lande aus gefördert und unterstützt werden muß.

Wenn ich auf dem Gebiet der Jugendwohlfahrt weiter fortfahre, so möchte ich sagen, es ist wirklich zu wenig dafür auch noch in diesem Voranschlag vorgesehen, denn noch immer beschränken wir uns im wesentlichen darauf, bestehende Mängel zu heilen und nichts zu tun, um Mängel überhaupt zu beseitigen. Manche

Diskussionsredner sind der Auffassung, daß wir uns mit den derzeit bestehenden gesetzlichen Aufgaben begnügen sollten und daß wir nicht noch neue Wege suchen sollten, um mehr noch auf dem Gebiet der Vorbeugung zu tun. Ich darf hier sagen, daß fast 100 % der Aufwendungen im Einzelplan 4, also der Jugendfürsorge und Wohlfahrtspflege, gesetzliche Aufwendungen sind. Ich möchte das einmal ausdrücklich feststellen, weil im Zusammenhang mit der Zeugnisnote des Herrn Abg. Stöffler „sehr gut“ doch auch zum Ausdruck kommt, daß man hier sparsam verwalten muß. Ich wehre mich selbstverständlich dagegen, daß diese Sparsamkeit darin besteht, daß man nur die gesetzlichen Aufgaben erfüllt. Ich möchte hier etwas sagen, was ich bereits an anderer Stelle und auch im Finanzausschuß erklärt habe, daß wir dringend ein neues Fürsorgeheim benötigen, ein Mittelding zwischen einem Krankenhaus und den derzeit bestehenden überfüllten Fürsorgeheimen des Landes Steiermark. Da wir noch nicht in der Lage sind, ein Heim für Mutter und Kind in der Steiermark zu haben, und zwar in einer Zeit, in der soviel von Familie und Jugend gesprochen wird, bin ich der Ansicht, daß es eine unerläßliche Aufgabe des Landes ist, hier ein solches Heim zu schaffen, in dem junge Mütter untergebracht werden können, die kein Heim haben und auch noch keinen Pflegeplatz, um ihr Kind unterzubringen. (Allgemeiner Beifall und Bravorufe.) Vielleicht würde mancher Kindesmord, der auch in der Steiermark zu verzeichnen ist, unterbleiben, wenn wir schon in der Lage wären, ein solches Heim in der Steiermark zu haben. (Erneuter Beifall.)

Ich möchte sagen, daß wir auch auf dem Gebiet der Geisteskranken und der Körper- und Sinnesbehinderten einen großen Aufwand haben, daß wir uns aber auch hier leider noch immer beschränken müssen auf das, wozu wir nach dem Gesetz verpflichtet sind. Es gehört vielleicht gerade zu meinem Steckenpferd, gerade in der Frage der Körper- und Sinnesbehinderten mehr vom Land zu verlangen als gesetzlich gerechtfertigt ist. Wie Sie wissen, ist die Fürsorge für die Körper- und Sinnesbehinderten bzw. die Errichtung von Anstalten eine Pflichtaufgabe des Landes und als solche gesetzlich verankert und hier, da möchte ich dem einen Redner der ÖVP zustimmen, sind wir bestrebt, bei den Taubstummen und bei der Ausbildungsanstalt für Körperbehinderte Verbesserungen zu erzielen. Aber mit Sparsamkeit, die sich hier in den Budgetziffern auswirkt, werden wir das nicht erreichen. Was wir anzustreben haben in allernächster Zeit ist, Möglichkeiten zu schaffen, um Geistesschwache, Körper- und Sinnesbehinderte so auszubilden, daß sie sich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können und damit auf Lebenszeit gesehen, die Fürsorge entlasten. Und hier bedarf es noch einer Wandlung in der Einstellung von uns allen, vielleicht daß wir auf diesem Gebiet mehr tun, mehr in die Zukunft schauen und die Erfahrungen, die auch in an-

deren Ländern in dieser Hinsicht gesammelt worden sind, anwenden müßten. Ich weiß, daß es nicht das gleiche ist, wenn man das Ausland als Beispiel heranzieht, wenn wir von der Arbeitsmöglichkeit für Körperbehinderte in unserem Land sprechen. Denn Länder mit großem Arbeitermangel können natürlich nicht voll Einsatzfähige leichter unterbringen, als Österreich, das ja seine voll arbeitsfähigen Arbeitskräfte nicht einsetzen kann. Aber wenn Fürsorge richtig verstanden werden soll, dann muß auch für einen solchen Menschen ein Arbeitsplatz in der Gemeinschaft gesichert werden. Was uns Sozialisten betrifft, werden wir in dieser Richtung fürsorgerisch weiter arbeiten.

Ich möchte auch noch auf einiges eingehen, was hier im Zusammenhang mit der Frage der Jugendfürsorge besprochen worden ist, und zwar zunächst nocheinmal auf die Verwahrlosung der Jugend. Bei der Gleichfeier unserer Übernahmestelle Rosenhof hat sich einer der Teilnehmer darüber gewundert, was für nette Kinder das doch sind. Ja, hat man sich denn vorgestellt, daß wirklich nur Verbrecher dort untergebracht werden? Das sind ja fast durchwegs Kinder, die infolge des Milieus und der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Familie vom Gericht in das Heim eingewiesen worden sind. Gewiß, es sind vielleicht kleine Diebe darunter, doch ist dies aus dem Milieu heraus bedingt. Ich möchte hier noch sagen, daß wir die Fälle untersucht haben, die von 1946 bis 1950 in eine der Erziehungsanstalten der Steiermark eingewiesen wurden. Wir haben dabei festgestellt, daß der überwiegende Teil der Kinder infolge schlechter sozialer Verhältnisse in das Erziehungsheim eingewiesen wurde und der überwiegende Teil dieser Kinder sogar eheliche Kinder sind und nicht uneheliche. Allerdings stammen sie vielfach aus zerstörten Ehen oder aus Ehen, wo ein Elternteil gestorben ist. Wir sollten uns, wenn die Frage der Fürsorgeerziehung und der Verwahrlosung der Jugend und aller Maßnahmen, die das Land und andere öffentliche Körperschaften im Interesse der Jugend zu treffen haben, besprochen werden, auch mit den Ursachen beschäftigen und nicht immer nur an der Oberfläche ein bisschen herumkratzen und dann meinen, nun habe unser Herz für die Fürsorge schon genug geschlagen und genug getan.

Und nun komme ich zu dem, was in der Generaldebatte der Herr Abg. Stöffler vor allem ausgeführt hat und wozu ich einmal nicht schweigen kann, weil es mir schon lange irgendwie sonderbar vorkommt, daß man der Auffassung ist, es genüge, darüber zu reden, wenn da oder dort einmal Fürsorgemaßnahmen ergriffen werden, man aber nicht begreift, daß die Fürsorge als ein Gesamtkomplex von der Familie her gesehen betrachtet werden muß. Was hilft es, wenn Sie bei einem tuberkulösen Vater das Kind von der Familie wegnehmen, statt dafür zu sorgen, daß eine gesunde Wohnung geschaffen wird, statt dafür zu sorgen, daß der

Familienerhalter wenigstens soweit gesund und umgeschult wird, daß er eine andere Arbeit ergreifen kann, die ihn zum großen Teile befähigt, seine Familie selbst zu erhalten.

Auch auf das Wohnungsproblem im Zusammenhang mit der Fürsorge hinzuweisen, fühle ich mich berufen. Ich rede nicht nur von den Mitteln allein, die notwendig wären, um Wohnungen zu bauen, sondern auch davon, daß wir in verschiedenen Gemeinden leerstehende Wohnungen haben, die Hilfsbedürftigen und Wohnungsbedürftigen einfach nicht zur Verfügung gestellt werden können, weil es an rechtlichen Grundlagen fehlt, diese Wohnungen für Fürsorgefamilien zu beschlagnahmen. Vor wenigen Tagen ist mir erst zur Kenntnis gelangt, daß in einer Umgebungsgemeinde von Graz eine Frau einen Selbstmordversuch unternommen hat, weil sie mit 4 Kindern und ihrem alten Mann aus dem Preßhaus delogiert werden soll, in dem sie notdürftig untergebracht war, das sie nicht einmal heizen konnte. Als ich versucht habe, Einfluß zu nehmen, daß eine in der Gemeinde seit drei Jahren leerstehende Wohnung dieser Familie zugewiesen wird, erklärte man darauf: Wir haben keinen Einfluß, kein Gesetz, das uns die Möglichkeit gibt, hier nach den Rechten zu sehen und dieser Familie ein ordentliches Dach über den Kopf zu geben. Vor ungefähr drei Jahren ist auf Grund eines Eigenbedarfsantrages des betreffenden Hauseigentümers ihm diese Wohnung zugesprochen worden, er hat sie aber niemals benützt, nur mit Möbeln vollgestellt. Habe ich also ein Herz für die Fürsorge, wie Abg. Stöffler gesagt hat, dann brauche ich dazu auch leider die rechtlichen Voraussetzungen, damit diesem Herz ein wenig Nachdruck verliehen wird dort, wo es nicht richtig schlägt für die wirklich Hilfsbedürftigen. Ich habe einen Fall aus vielen herausgegriffen. Wir haben auch der Fürsorgeerziehung Kinder übergeben müssen, die verwahrlost waren, weil die Wohnungsverhältnisse so ungeheuer schlecht waren und, obwohl freie Wohnungen in der gleichen Gemeinde vorhanden sind, die Einweisung dieser Familie in eine freie Wohnung und die Trennung von Vater und Stieftochter, die Trennung minderjähriger Kinder von ihrem Vater oder den Eltern überhaupt, so notwendig sie wäre, nicht durchgeführt werden kann. Man soll nicht reden vom Sparen! Man könnte einsparen auch in der Fürsorge, wenn wir imstande sind, hier wirklich die Familie als eine Einheit zu betrachten und alles zu tun, damit von der Arbeit bis zur Wohnung die Umwelt gesichert ist, eine gesunde Umwelt. Erst dann kann man davon reden, welche Sondermaßnahmen für die Erziehung der Kinder notwendig sind. (Beifall bei SPÖ.)

Wenn gesprochen wird vom Rückgang der Geburten und Abg. Dr. Rainer in einem Leitartikel zitiert, den er in der „Tagespost“ über die Geburtensabotage der Sozialisten nicht nur in Österreich sondern in der ganzen Welt geschrieben hat, dann muß ich sagen, daß der Geburtenrückgang nicht nur in den sozialisti-

schen Ehen zu verzeichnen ist. Der Geburtenrückgang ist vorgemacht worden in den Ein- und Zweikinderehen der Bürgerlichen, der Besitzenden. (Starker Beifall und Händeklatschen bei SPÖ.) Dort, wo die vielen Kinder gewesen sind, das waren die armen Haushalte und heute können wir nur noch feststellen, wenn ich mir die Geburtenstatistik von Graz ansehe, daß der überwiegende Teil von Geburten aus Berufsgruppen kommt, die Arbeiter und Angestellte sind und keineswegs aus Haushalten, die sich das Kind leisten könnten, wo es gälte, das Privateigentum zwischen 4 oder 5 Kindern zu teilen. Wir verkennen nicht die Probleme, die in der Bauernschaft verbunden sind mit einer großen Kinderzahl, aber so billig, meine Herren von der ÖVP, dürfen Sie es sich nicht machen: Die Roten sind schuld, daß so wenig Kinder auf die Welt kommen. Wir stimmen zu, daß die Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse — und das ist in der Diskussion schon zum Ausdruck gekommen — die politische Unsicherheit, die wirtschaftliche Unsicherheit mit die Ursachen sind und daß viele Dinge zusammenspielen, daß der Geburtenrückgang in der Form, wie er uns alle sicherlich beängstigt, so groß geworden ist. Aber nicht nur in Österreich, wo die Sozialisten, wie Sie angeben, für die Abschaffung des § 144 sind, ist es so, auch in Belgien, England und der Schweiz ist der Geburtenrückgang zu verzeichnen und keineswegs steht Österreich hier an letzter Stelle. Man soll sich die Dinge ansehen, man soll das nicht vom Standpunkt der billigen Parteipropaganda aus betrachten, sondern versuchen; ernst und würdig, von der Verantwortung öffentlicher Mandatäre getragen, die Dinge zu betrachten.

Es wurde noch ein anderes Argument angeführt, und zwar die Schwangerschaftsunterbrechungen, an denen auch die Roten schuld seien. Abg. Stöffler hat gesagt, wir seien für die Abschaffung des § 144. Ich weiß nicht, woher er das hat. Weder die Sozialdemokraten noch die Sozialistische Partei hat jemals die Abschaffung dieses Paragraphen verlangt. Was wir verlangt haben und heute noch fordern, ist die soziale und medizinische Indikation. (Abg. Pittermann: „Eine kleine Umschreibung, Frau Landesrat!“) Das ist ganz etwas anderes. Wir stehen auf dem Standpunkte, wenn heute diese 300.000 Abtreibungen durchgeführt werden, wenn nicht erreicht werden kann, daß mehr Kinder zur Welt kommen, muß vorgesorgt werden, daß in jenen Familien, in denen heute schon 10 bis 12 Kinder da sind, in denen die Frau physisch nicht mehr in der Lage ist, ein neues Kind zur Welt zu bringen, die Möglichkeit besteht, vorzubeugen und, wenn die Vorbeugung nutzlos ist, von den Ärzten, von einem Ärztekonsilium her eine Schwangerschaftsunterbrechung durchzuführen. Das sind die einschränkenden Forderungen, die die Sozialisten erheben. Wenn Sie nicht imstande sind als ÖVP zu verhindern, daß sich die Frauen der Reichen im Sanatorium oder im Ausland die Schwangerschaft unterbrechen lassen (Rufe: „Sehr richtig“

bei SPÖ), tausende von Schillingen dafür hinlegen, werden wir als Sozialisten nicht davon abgehen, die soziale und medizinische Indikation zu fordern für die Frauen der Arbeiter und kleinen Angestellten. Wir werden außerdem dafür sorgen, daß mehr als bisher in den Gemeinden für die werdenden Mütter und die Mutter selbst geschieht. Man kann schön reden, die Frauen sollen Kinder auf die Welt bringen. In Steiermark haben wir nur 200 Mütterberatungsstellen bei fast 900 Gemeinden. Sorgen Sie dafür, daß die Menschen aufgeklärt werden und verantwortungsbewußt allen Problemen auf diesem Gebiete gegenüberstehen. Unsere Jugend-erziehung muß darauf eingestellt sein! Was sehen wir heute? Daß die jungen Leute nicht einmal wissen, wo die Kinder herkommen. (Gegenrufe bei ÖVP.) Das ist unsere Grundauffassung, daß wir nicht im Altertum stecken bleiben, sondern daß hier Eheberatungsstellen eine dringende Notwendigkeit sind, und zwar vor allem Eheberatungsstellen.

Wenn ich nun auf die Heimkehrerfrage zu sprechen komme, so möchte ich sagen, daß ich wiederholt festgestellt habe, wie notwendig Eheberatungsstellen auch für die zurückgekehrten Heimkehrer wären.

Ich darf, was im Zusammenhang mit der Frage der Bevölkerungspolitik gesagt wurde — nicht hier im Hause, aber sonst —, daß die Berufsarbeit der Frauen es ist, die mit daran schuld sei, daß die Ehen zerfallen, die Kinder verwahrlosen und weniger Kinder zur Welt kommen, darauf hinweisen, daß von 1.550.000 verheirateten Frauen in Österreich ungefähr 500.000 Frauen, also ein Drittel, berufstätig sind. Von diesem Drittel sind 273.000 Frauen in bäuerlichen Haushalten beschäftigt, also überhaupt nicht außerhalb der eigenen Familie tätig, sondern im eigenen Haushalt. Wenn hier der Standpunkt in Österreich vertreten wird, daß die Berufstätigkeit der Frau einen so großen Geburtenrückgang verursacht, so darf ich sagen, daß die Geburtenzahl auch in Ehen von berufstätigen Frauen keineswegs wesentlich anders ist als von Frauen, die im eigenen Haushalt arbeiten. Ich will nur eines der Argumente, die immer wieder auftauchen, entkräften. Ich darf aber auch etwas sagen, was keiner der Redner, der über Bevölkerungspolitik gesprochen oder jemals geschrieben hat, erwähnt hat, daß man nämlich die Bevölkerungszahl heben kann nicht nur durch neue Geburten, sondern auch durch Bekämpfung der Sterblichkeit bei den Säuglingen. Da hätte man etwas zu tun, besonders auch in den Bezirken, in denen die ÖVP absolut dominierend ist. Ich habe mir aus der Statistik der Steiermark für das erste Halbjahr 1952 die Ziffer geben lassen über die Säuglingssterblichkeit, die bis zu diesem Zeitpunkt noch immer 5-9% betragen hat. Wir wissen, daß es absolut möglich wäre, die Säuglingssterblichkeit mindestens auf 3% herabzusetzen. Wir haben sogar Bezirke, in denen die Säuglingssterblichkeit, wie zum Beispiel im Leobner Be-

zirk, 9,4% beträgt, wir haben in Feldbach eine Säuglingssterblichkeit von 7,5%, in Fürstenfeld eine solche von 7,3%, in Weiz von 7,4% und in Hartberg eine Säuglingssterblichkeit von 6,5%. Hier, glaube ich, ist es auch eine Aufgabe der Vorsorge, dort wo Leben schon vorhanden ist, die Mittel bereit zu stellen, um die Säuglingssterblichkeit entsprechend zu bekämpfen, besonders in der Mütter- und Schwangerenberatung mehr vorzusorgen, damit dieses zur Welt kommende Kind auch einen Platz hat, an dem es wohl geborgen und untergebracht ist.

Abschließend zu diesem Kapitel, daß ich zu verwalten habe, stelle ich fest, daß es wohl möglich gewesen ist, manche der Forderungen zu erfüllen, die auf fürsorgerischem Gebiet vorhanden sind, daß aber nicht alle Aufgaben erfüllt werden konnten. So möchte ich danken dafür, daß in der Landesregierung den Wünschen auf fürsorgerischem Gebiet so viel Verständnis entgegengebracht worden ist. Kriegs- und Nachkriegszeit und vielleicht auch noch falsche Auffassungen darüber, was man unter Fürsorge zu verstehen hat, haben es mit sich gebracht, daß nicht mit jener Schnelligkeit große Fehler und große Lücken ausgemerzt werden konnten, die wir da und dort noch feststellen können, wir, die wir mit der Fürsorgearbeit vertraut sind. Ich bitte nun die Mitglieder des Hohen Hauses mitzuhelfen, daß auch im Jahre 1955 für die noch fehlenden fürsorglichen Einrichtungen des Landes Steiermark die Mittel vorhanden sind. Aber auch noch im Jahre 1954 möge es gelingen, vor allem in den Bezirken draußen, an vorbeugender Fürsorge, an Aufklärungsarbeit mehr als bisher zu leisten, gleichgültig ob an Erziehungsarbeit oder in Eheberatungsstellen, damit auf der einen Seite die Jugend körperlich und seelisch gesund heranwächst und auf der anderen Seite die Familie als das Fundament einer gesunden Gesellschaft wirklich aufgebaut werden kann. (Anhaltender lebhafter Beifall bei SPÖ.)

**Präsident:** Die Rednerliste ist erschöpft, das Schlußwort hat der Berichterstatter.

Berichterstatter **Abg. Hofmann:** Ich kann mich, glaube ich, sehr kurz fassen, weil die einzelnen Debattenredner zu den verschiedenen Abschnitten außerordentlich positiv gesprochen haben. Ich beantrage deshalb, der Gruppe 4 mit den Abänderungsanträgen, die im Beilagenheft verzeichnet sind, gemäß dem Beschluß des Finanzausschusses die Zustimmung zu geben.

**2. Präsident Operschall:** Wer der Gruppe 4 zustimmt, den bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Gruppe 4 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 5, Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung. Berichterstatter ist **Abg. Sebastian.** Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter **Abg. Sebastian:** Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Das vom Herrn Hauptberichterstatter ausgesprochene Wort,

daß nicht allen berechtigten Wünschen, sosehr begründet sie auch waren, bei der Erstellung diese Budgets Rechnung getragen werden konnte, trifft auch für die Gruppe 5 zu. Die Gruppe 5 umfaßt die Gesundheitspflege, die Einrichtungen des Gesundheitswesens und die körperliche Ertüchtigung sowie die allgemeine Jugendförderung. Es sind zu dieser Gruppe von fast allen Abgeordneten aus allen Teilen des Landes, wo immer sie auch tätig sind, Anträge und berechtigte Wünsche vorgebracht worden im Bezug auf die Aus- und Umgestaltung der in ihrem Wahlkreis befindlichen Landeskrankenhäuser oder Heil- und Pflegeanstalten. Wenn man das Budget betrachtet, so macht sicherlich die Gruppe 5 einen sehr wesentlichen Betrag aus. Es waren in der ursprünglichen Vorlage des Budgets für 1954 vorgesehen in dieser Gruppe Gesamtausgaben von 135,368.700 S und Einnahmen von 128,775.700 S. Bei den Verhandlungen im Finanzausschuß wurden Erhöhungsanträge gestellt, weil berechtigte Wünsche vorgelegen sind im Bezug auf den Ausbau von Krankenhäusern, insbesondere der Landeskrankenhäuser in Leoben, Bruck, Kapfenberg, Judenburg, Wagna usw. Es war möglich, von diesen Anträgen im Finanzausschuß noch 22 Anträge positiv zu erledigen. Diese 22 gestellten Abänderungsanträge belaufen sich auf insgesamt 3,555.800 S, so daß nunmehr die Einnahmen und Ausgaben des Voranschlags 1954 für die Gruppe 5 folgendes vorsehen: Einnahmen 128,775.700 S, Ausgaben 138,924.500 S.

Hervorheben möchte ich noch, daß trotz des großen Volumens, das die Gruppe 5 im Budget ausmacht, lediglich 40 Millionen Schilling tatsächlich aus Steuermitteln verwendet werden, weil der übrige Betrag aus den Verpflegungsgebühren hereingebracht wird. Diese 40 Millionen Schilling sind gerechtfertigt und notwendig deshalb, weil sie fast ausschließlich dazu verwendet werden, an Verbesserungen nachzuholen, was durch Jahre vernachlässigt wurde.

Ich bitte Sie im Namen des Finanzausschusses, dieser Gruppe 5 Ihre Zustimmung zu erteilen.

**Abg. Bammer:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Eine der vornehmsten Aufgaben des Landes ist die Führung und die Erhaltung der Landeskrankenanstalten. Es ist sowohl im Finanz- und Budgetausschuß als auch in der Generaldebatte darauf hingewiesen worden, daß die Differenz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben in diesem Kapitel sich von Jahr zu Jahr erhöht hat.

Es ist auch in diesem Zusammenhang festgestellt worden, daß eben die Führung von Krankenanstalten kein Geschäft sein kann. Wir Sozialisten sind der Meinung, daß es wirklich so ist, daß man mit Krankenhäusern — und das ist bewiesen durch die Führung aller öffentlichen Krankenhäuser — kein Geschäft machen kann. Ich glaube aber, daß die Vorteile, die sich zwar nicht auf der Einnahmenseite zeigen, wohl von allen Einrichtungen, Körperschaften, Ge-

meinschaften und Gesellschaften ausgenützt werden und in nüchternen Ziffern nicht immer feststellbar sind. In den letzten Jahren — und das darf mit Befriedigung festgestellt werden — wurde in den einzelnen Landeskrankenanstalten sehr viel wiederaufgebaut, sehr viel an Neuerungen, Renovierungen und Erweiterungen vorgenommen und es ist erfreulich, daß sich sowohl der Herr Finanzreferent als auch der Finanzausschuß den sehr ernstesten Argumenten des zuständigen Referenten aus sozialen Notwendigkeiten nicht verschlossen und zusätzlich zu den zuerst vorgesehenen Krediten neuerlich Beträge eingesetzt und dem Landtage zur Beschlußfassung zugemittelt hat. Darf ich nun im einzelnen bezüglich der sehr stark frequentierten Anstalten der Obersteiermark folgendes sagen:

Alle sind befriedigt, daß für Bruck der Zubau und die Erweiterung der gynäkologischen Abteilung vorgesehen ist und wir hoffen, daß das Versprechen, das im vorjährigen Budget bereits enthalten war, in die Wirklichkeit umgesetzt wird. Bezüglich des Krankenhauses Leoben, das rein äußerlich in der Kritik der Bevölkerung nicht nur von Leoben, sondern aller, die auf der Bahn vorbeifahren, schlecht abgeschnitten hat, haben wir mit Befriedigung festgestellt, daß es gelungen ist, einen Betrag von 700.000 S für die Fassadierung in diesem Budget unterzubringen.

Ich darf als Knittelfelder erfreulicherweise feststellen, daß auch dieses Krankenhaus, das im Innern noch wesentliche Verbesserungen und Erweiterungen nötig hat, nicht zu kurz gekommen ist. Es wird, als eine sanitäre Notwendigkeit, die Zufahrt von beiden Seiten zu diesem Krankenhaus staubfrei gemacht werden. Es ist dies ein Erfordernis, dem sich all jene, die sich mit der Frage der Führung einer Krankenanstalt beschäftigen, nicht verschließen können.

Im außerordentlichen Voranschlag ist ein Betrag von 3,3 Millionen Schilling für die Erbauung eines Personalhauses in diesem Krankenhaus unbedeckt vorgesehen. Der Zustand, unter dem das Personal in diesem Krankenhaus zu wohnen gezwungen ist, ist auf die Dauer unerträglich. Darüber hinaus besteht ausgesprochene Gefahr und sind die Angestellten sowohl im Keller als auch am Dachboden feuergefährdet. Vom Dachboden führt eine Art Hühnerstiege herunter. Im Falle eines Dachstuhlbrandes ist es unmöglich, daß die Bediensteten dieses Krankenhauses sich rechtzeitig in Sicherheit bringen können. Gerade in Knittelfeld ist es aber schwierig, Personal des Landeskrankenhauses im Stadtgebiet unterzubringen. Die Stadt hat, das ist jedem Abgeordneten des Hohen Hauses bekannt, sehr stark unter den Bombenangriffen gelitten. Sie war mit Erfolg bemüht, die Wohnungsnot zu bekämpfen, konnte aber in der letzten Zeit schwere Rückschläge, die mit der Abänderung des Wohnungsanforderungsgesetzes im Nationalrate verbunden waren, nicht verhindern. Durch diese Novellierung des Wohnungsanfor-

derungsgesetzes, die im wesentlichen auf die Bemühungen und auf die starre Haltung der ÖVP in der obersten gesetzgebenden Körperschaft zurückzuführen ist, ist es nunmehr den Industriegemeinden unmöglich, auch nur eine Wohnung aus dem Privatbesitz einem wirklich bedürftigen Wohnungssuchenden zuzuführen. Es tritt mit jeder Woche und jedem Monat stärker zu Tage, daß nur mehr derjenige, der in der Lage ist, 10- bis 15.000 S dem Hausherrn hinzulegen, sich eine Wohnung erwerben kann. Es wird nicht mehr dem Bedürftigen eine Wohnung zugewiesen, es spielt bei der Erreichung eines Hausherrnvorschlages nur mehr das Geld eine Rolle. Schon aus diesen Gründen ist es unmöglich, daß Bedienstete des Landeskrankenhauses in Privatwohnungen im Stadtgebiete untergebracht werden können und ist daher die Errichtung eines Personalwohnhauses für diese Anstalt unbedingt erforderlich.

Mit größter Befriedigung hat die Bevölkerung des oberen Murtales die Eröffnung der Kinderheilstätte Stolzalpe vernommen. Die Bevölkerung hat wirklich innerlich bewegt daran teilgenommen und es ist sehr erfreulich, daß die Fürsorge- und Heilmöglichkeiten auf diesem Gebiet einen so hohen Stand erreicht haben. Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht verhehlen, daß die Möglichkeiten, Erwachsene auf der Stolzalpe unterzubringen, noch immer nicht in jenem Ausmaße gegeben sind, als es notwendig wäre. Monatelang sind die Menschen, die eine ärztliche Einweisung in der Hand haben, gezwungen zu warten und sehr häufig kommt es erst zu einem Zeitpunkte zur Aufnahme in die Heilstätte Stolzalpe, wo der Heilprozeß dann viele Wochen mehr in Anspruch nimmt, als er bei rechtzeitiger Aufnahme in Anspruch genommen haben würde. In diesem Zusammenhang sei festgestellt, daß es Aufgabe der Zukunft sein wird, auf der Stolzalpe die Unterkunftsmöglichkeit für erwachsene Kranke durch Erweiterungen und Erneuerungen zu verbessern.

Im allgemeinen darf ich feststellen, daß die Beiträge für die Krankenanstalten ein erfreuliches Mindestmaß erfüllen, daß aber darüber hinaus natürlich weitgehende Wünsche für die Zukunft noch vorhanden sind.

Erlauben Sie mir, daß ich kurz noch auf ein Kapitel zu sprechen komme, das als Vorbeugung für die Aufnahme in Krankenanstalten zu gelten hat. Es ist die Sorge um die körperliche Erhaltung, die Förderung des Sportwesens in unserem Lande. Wir haben im September dieses Jahres das Landes-Sportgesetz verabschiedet und ich möchte in diesem Zusammenhang den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Udir als den zuständigen Referenten ernstlich im Namen der Sportvereine ersuchen, endlich die in diesem Gesetz vorgesehenen Institutionen und Körperschaften einzurichten.

Es ist die Errichtung des Landes-Sportrates vorgesehen. Seit September erfolgten durch die sozialistischen Vertreter in der Landesregierung

mehrfach Interventionen, um diesem Zustand zu steuern. Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier als zuständiger Referent hat bisher in dieser Richtung nichts unternommen. Es würde also, wenn diesem Zustand nicht abgeholfen wird, die eingesetzte Post für das Landessportsekretariat, für dessen Personalaufwand das Land zu sorgen hat, umsonst eingesetzt werden und es könnte, wenn der Landes-Sportrat nicht konstituiert wird, auch ein Landessportsekretariat nicht errichtet werden.

Wir wissen schon, daß es sich auf dem Gebiete des Sports, da es sich ja um junge Menschen handelt, nie um starre, festgefügte Formen und Organisationen handeln kann. Wir glauben aber, daß gerade der Sport, so wie er sich in den letzten Jahren entwickelt hat, auf breiten Gebieten eine Kontrolle und eine gewisse Lenkung erfordert. Ich möchte nicht auf verschiedene Gerichtssaalspalten und in der Zeitung geschilderte Vorkommnisse eingehen und möchte feststellen, daß es natürlich Aufgabe des Landes nur sein kann, jene sportlerische Tätigkeit und jene Sportausübung zu fördern, die wirklich aus dem idealen Gedanken des Körpersports und der Körperertüchtigung kommt. Wir wissen es und auch der Herr Abg. Hofmann-Wellenhof hat gestern schon auf die Kommerzialisierung des Sportes hingewiesen, der bei gewissen Sportzweigen ein Ausmaß erreicht hat, daß zu viele junge Menschen männlichen und weiblichen Geschlechts wohl bereit sind, an den Sonntag-Nachmittagen zu Tausenden und Zehntausenden die Zuschauertribünen einer Sportveranstaltung zu füllen, daß sie aber nicht bereit sind, was für sie alle viel notwendiger und für die Gemeinschaft viel wichtiger wäre, sich selbst sportlerisch zu betätigen. Ich möchte in diesem Zusammenhang mit Freude darauf hinweisen, daß in diesem Budget auch ein gewisser Betrag für die Vorbereitung des ASKÖ-Bundessportfestes 1955 in Graz eingesetzt ist. Und ich bitte den Hohen Landtag, sich auch dazu bereit zu finden, im Jahre 1955 dies im gleichen oder in einem höheren Ausmaß zu tun. Die Arbeitersportbewegung hat es in der Steiermark und auch im ganzen Bundesgebiet am besten verstanden, aus ihren Reihen den kommerziellen Sport fern zu halten. Ich weiß, daß in dem gleichen Bestreben die Union ebenfalls wertvolle Erfolge für die Gemeinschaft und für die Gesamtheit erzielen konnte und daß es gar keine politische Frage ist, jene Sportverbände und jene Sparten dieser Sportverbände, die eine wirkliche körperliche Ertüchtigung betreiben, wie zum Beispiel Turnen, Leichtathletik, Schwimmen, Skifahren und noch die verschiedensten gesunden Sportarten, zu fördern. Ich weiß aber auch, daß sich die Abgeordneten dieses Hauses einig sind, wenn ich darauf hinweise, daß die Förderung des Geschäftssportes, des kommerziellen Sportes, in keiner Weise Ziel und Aufgabe des Kapitels „Körperliche Ertüchtigung“ sein kann. Wenn also in diesem Jahr zum ersten Mal ein Betrag für das ASKÖ-Bundessportfest 1955 in Graz eingesetzt ist, so

sind wir Sozialisten froh darüber, weil wir wissen, daß mit dieser Veranstaltung auch in der steirischen Landeshauptstadt ein wertvoller Einblick in die Tätigkeit der Arbeitersportbewegung Österreichs gegeben wird und damit auch eine gewisse Werbekraft für die schönen körperlichen Übungen und die körperliche Ertüchtigung auf die hier anwesende Jugend von Graz und darüber hinaus in der Steiermark ausgeübt werden kann. (Beifall und Bravorufe bei SPÖ.)

**Abg. Dr. Pittermann:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn in der Gruppe 4 das prophylaktische Gesundheitswesen erörtert wurde, so stellt die Gruppe 5 die kurative Seite des Gesundheitswesens dar. Auch wir sind der Auffassung, daß hier Abgänge nicht jene Rolle spielen, wie etwa bei reinen erwerbsmäßigen Unternehmen. Denn sowohl für die Prophylaxe als auch für die Behandlung müssen in einem modernen sozialen Staat selbstverständlich auch die besten Mittel gerade noch gut genug sein.

Aber gestatten Sie mir, bevor ich auf die Aufgaben der Gruppe 5 eingehe, noch eine kurze Abschweifung zu den Ausführungen der sehr geehrten Frau Landesrat Matzner und des Herrn Abg. Bammer. Frau Landesrat Matzner hat sich in bewegten Worten darüber ausgelassen, daß es unmöglich ist, heute frei stehende Wohnungen in jenen Gemeinden zu belegen, die nicht dem Wohnungsanforderungsgesetz unterliegen. Ich bin selbst Bürgermeister einer Gemeinde und ich kenne die Schmerzlichkeit dieser Tatsache und muß sie daher bestätigen. Aber ich gebe zu bedenken, meine Damen und Herren von der SPÖ, ob Sie nicht an dieser Entwicklung, die unser Wohnhausbau genommen hat, einen Großteil Schuld tragen, indem Sie sich immer wieder einer vernünftigen Regelung des Mieterschutzes bisher widersetzt haben. Ich gebe zu, daß die SPÖ seit dem ersten Weltkrieg im kommunalen Wohnhausbau richtunggebend war, muß aber auf der anderen Seite feststellen, daß die sozialdemokratische Partei von damals und die SPÖ von heute in ihren kommunalen Wohnbauten wohl einen Zins zu verlangen vermögen, den sie auf der anderen Seite den alten Hausbesitzern nicht zubilligen. Die Verhältnisse sind derart krasse, daß Sie immer wieder hervorgehoben werden müssen. Ich bitte Sie daher, an die eigene Brust zu klopfen und darauf Rücksicht zu nehmen, daß es heute Gemeinden gibt, die Neubauten aufrichten, die Familienwohnungen erbauen, daß aber in der gleichen Gegend so und so viele Wohnungen in alten Häusern zerfallen, weil der Eigentümer nicht imstande ist, dieses alte Häuserl herzurichten bei einem Mietzins von 10, 15 oder 20 S. Dies zur Rehabilitierung und zur Kenntnisnahme, daß nicht die böse ÖVP daran schuld ist, daß nicht alle sozialen Errungenschaften auch bei uns schon eingeführt werden. Ich möchte der Frau Landesrat zu bedenken

geben, daß sie sehr leicht in den Verdacht kommen könnte, politisch zu reden, wenn sie stets nur die Verdienste der eigenen Partei und der eigenen Anschauungen und Methoden herausstreicht und dabei vergißt, daß bei allen diesen Maßnahmen es auch eine ÖVP gegeben hat, die ihre Zustimmung und ihre Mitwirkung und ihre Beratung in positiver Form zum Ausdruck gebracht hat.

Meine Damen und Herren! Ich habe mich namens meiner Fraktion und auch nach meiner eigenen Auffassung selbstverständlich auf die Meinung eingestellt, daß die Abgänge der Gruppe 5 nur zum Teil gerechtfertigt sind, weil — wie ich schon gesagt habe — das Gesundheitswesen eine Angelegenheit des Volksganzen ist und hier einige Millionen keine besondere Rolle spielen. Die Öffentlichkeit hat das Recht zu erfahren, daß dieser Abgang 5% des gesamten Aufwandes unseres Budgets darstellt und daß davon etwas über 3% allein an Rabatt an die Krankenkassen gegeben werden. Ich nehme gleich vorweg, daß ich nicht die Absicht habe, gegen diese Rabatte der Krankenkassen zu polemisieren, aber ich möchte doch, weil das Thema Krankenkasse unmittelbar mit der Forderung der Ärzteschaft in der öffentlichen Diskussion aktuell wird, einmal darauf hinweisen, daß wir auf dem Standpunkt stehen, daß die sozialen Einrichtungen, wie Krankenkassen und Sozialversicherungsanstalten, bei Erfüllung ihrer Aufgaben nicht glauben sollen, von der öffentlichen Hand allein erhalten zu werden, sondern, daß wir der Ansicht sind, daß diese Selbstverwaltungskörper ihrem eigenen Zweck entsprechend vorerst selbst jene Wege zu beschreiten haben, um eine Gesundung ihrer Institute herbeizuführen. Wir sind auch der Auffassung, daß es nicht richtig ist, wenn die Sozialistische Partei, das ist eine Tatsache, die diskutiert wird, der Auffassung ist, daß die Gebietskrankenkasse eine Parteidomäne darstellt, ein großes Plateau für die Versorgung von Gesinnungsfreunden darstellt und andererseits Millionenbeträge einem Institut zugewiesen werden, das in gewisser Beziehung zur Partei steht. Ich möchte auf dieses System hinweisen und die Frage stellen: Wieso ist es eigentlich möglich, daß man an der Tatsache — und das ist keine Neuerscheinung, sondern zieht sich wie ein roter Faden durch die Jahre hin —, daß weder die Kasse noch die Ärzte, noch die Versicherten zufrieden sind, vorübergeht und nicht versucht, neue Mittel und Wege zu gehen, um eine befriedigende Lösung im Sinne aller 3 Beteiligten zu finden? Entweder, meine Herren, will man es nicht oder kann man es nicht. Wenn man letzteres annehmen will, dann sollte man wenigstens brauchbare Beispiele auf diesem Gebiete in unseren Nachbarländern nachahmen.

Es ist nun nicht so, daß man so vorbehaltlos und ohne Kommentar zu den Abgängen einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Es gibt einige Momente, bei denen unter Umständen

versucht werden kann, Abgänge zu reduzieren. Ich denke da an die landwirtschaftlichen Betriebe der Krankenanstalten. Bei Durchsicht des Voranschlages ergibt sich, daß die Erfolgsziffer für 1952 einen Gesamtabgang von 3 Millionen Schilling ausweist, wobei bemerkt werden muß, daß diese Erfolgsrechnung nicht mit Sicherheit als richtig angenommen werden kann, weil die errechneten Einnahmen nur auf bloßen Bewertungsgrundlagen beruhen. Bei den landwirtschaftlichen Betrieben werden merkwürdigerweise, wie es sonst üblich ist, keine Aufzeichnungen über die Erträge geführt, so daß es ohne weiteres der Fall sein könnte, daß hier Erträge in Kanäle verschwinden, statt den Zwecken zugeführt zu werden, für die sie bestimmt sind. Man könnte erwägen, alle landwirtschaftlichen Betriebe bei unseren Landeskrankenanstalten soweit einzuschränken, daß für sie keine nennenswerten Ausgaben mehr zu verzeichnen sind.

Es fällt mir weiter auf, daß die Ausgaben für Medikamente nicht als Sonderposten aufscheinen, sondern vielmehr bei Arzneierfordernissen verrechnet werden, bei Verbandsmaterial, Instrumenten usw. Es wird Ihnen jeder Fachmann bestätigen, daß auf dem Gebiete der Medikamentenerzeugung aus rein geschäftsmäßigen Erwägungen heraus unsere chemischen Fabriken eine Unzahl von Präparaten, welche unter anderen Namen mehr oder weniger daselbe sind, auswerfen und hier sehr wohl ein unrationeller Verbrauch eintreten kann. Es soll damit nicht gesagt werden, daß diese neuen Medikamente nicht einer entsprechenden Erprobung unterzogen werden können, da unsere Krankenanstalten, insbesondere das Landeskrankenhaus Graz, als Forschungs- und Unterrichtsstätten angesehen werden müssen und hier ein Abgang auch eine gewisse Berechtigung findet.

Mit Befriedigung habe ich zur Kenntnis genommen, daß der Landtag das Distriktsärztegesetz verabschiedet hat und einer kleinen Gruppe von Ärzten die rechtliche Untermauerung für ihren Lebensabend gegeben hat.

Gestatten Sie mir noch einige kritische Bemerkungen zum Betrieb des Landeskrankenhauses Graz. Wenn wir die einzelnen Krankenanstalten durchgehen, treten 2 Dinge augenfällig in Erscheinung, einmal die Tatsache, daß die beiden Kliniken, die interne und die chirurgische — die meisten Rot-Kreuz-Fahrer wissen ein Lied davon zu singen, wenn sie mit ihren Kranken hausieren gehen müssen, wenn bis zur Aufnahme statt Minuten Stunden vergehen, bis ein Bett für den betreffenden Kranken gefunden wird —, daß diese beiden Kliniken einen ständigen Überbelag aufweisen, die Kranken im Gange liegen und man über Krankenbetten steigen muß. Empört sich nicht Ihr soziales Empfinden bei dieser Tatsache? Wenn man aber 20 bis 30 Schritte weiter geht, sieht man einen Mammutbau, das Zentralröntgeninstitut, ich möchte es das Haus mit

den 1000 Denkfehlern nennen. Ich bitte, sich von der Richtigkeit meiner Ausführungen selbst zu überzeugen. Aber hier in diesem Mammutbau sind nur 40 Betten untergebracht, dagegen auf der internen, auf der chirurgischen Abteilung einige 100 und dazu kommt noch die Tatsache, daß Kranke oft nicht Unterkunft finden können.

Die Unterkunftsverhältnisse der Schwesternschaft sind besonders, was die Caritasschwestern anbelangt, beschämend. Diese müssen sich zu viert und fünft in Kellerräumen aufhalten und man kann bei dieser Unterkunftsöglichkeit nicht sagen, daß die Arbeit des Personals dadurch psychologisch und rationell ausgewertet wird. Wie soll sich das Personal erholen, wenn in den Unterkunftsräumen ein Tisch gerade im Wege ist, wenn 2 oder 3 aus den herumstehenden Betten heraussteigen. Es ist begrüßenswert, daß wir wenigstens hier uns verpflichten, für den Zinsendienst eines von der Schwesternschaft aufzunehmenden Kredites die Ausfallhaftung zu übernehmen. Ich kann auf Grund meiner Beobachtungen, auf Grund der Feststellungen, die gemacht worden sind, auf die unterschiedliche Behandlung des geistlichen Pflegepersonals im Landeskrankenhaus und der weltlichen Schwestern hinweisen. Wenn man zum Beispiel von der betreffenden Abteilung den geistlichen Schwestern die Anschaffung eines Bodenbelages verwehrt, auf der anderen Seite aber den weltlichen Schwestern Brokatüberzüge für ihre Betten gewährt, so ist hierin eine gewisse Tendenz ersichtlich, die nicht im Interesse der Angelegenheit liegt.

Ich möchte noch auf eine Begebenheit zurückkommen, die durch eine Zeitungsmeldung der letzten Tage ausgelöst worden ist, nämlich die Meldung des Montagsblattes, daß der Röntgenzug des Landes, der von der Unicef gegeben worden ist, bisher nicht benützt wurde, weil angeblich der Wohnwagen nicht in Ordnung sei und daß jedenfalls zu befürchten sei, dieser Röntgenzug könne vom Sozialministerium wieder zurückverlangt werden. Das Interessante an dieser Zeitungsmeldung aber ist die Feststellung, daß der Landesamtsdirektor trotz verschiedener Interventionen nur sagte, er sei dienstlich überbürdet und habe nicht Zeit, aufzuklären, warum dieser Röntgenzug noch nicht eingesetzt werde. Wie ist es aber mit seiner angeblichen Überbürdung vereinbar, wenn festgestellt wurde, daß der Herr Landesamtsdirektor wohl Zeit hat, täglich von 2 bis 4 Uhr seine private zahnärztliche Praxis durchzuführen. Ich nehme den Standpunkt ein, daß es eine merkwürdige Dienstauffassung eines leitenden Beamten ist, innerhalb der Dienststunden, die jeder Beamte einzuhalten hat, eine Privatpraxis zu machen, die ihm ja während seiner dienstfreien Zeit unbenommen sein soll. Daß er sie selbstverständlich für alle Kassen hat sei am Rande vermerkt.

Daher kommt es auch, daß der Herr Landesamtsdirektor sich so wenig um die Verhält-

nisse in Wagna gekümmert hat, auf die ich auch noch eingehend zurückkommen muß. Meine Fraktion hat im Finanzausschuß als eine ihrer unabdingbaren Forderungen das Verlangen gestellt, endlich an die Ausgestaltung des Krankenhauses Wagna zu schreiten. Diese Forderung ist keine neue, sie zieht sich wie ein roter Faden durch die letzten Jahre, wurde aber bisher ständig übergangen. Man könnte eigentlich zu dem Eindruck gelangen, als herrsche hier eine vorgefaßte Meinung, die sich geradezu entgegengesetzt zu den Intentionen verhält, deren sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter sonst immer befleißigt hat. Spitalsbauten sind im gewissen Sinne immer ein Zeichen des modernen Fortschritts. Aber wenn die Verhältnisse so sind, daß man über Tatsachen hinweg sieht, die beinahe einen medizinischen Skandal darstellen, dann liegen die Dinge so, daß man sie der Öffentlichkeit nicht länger vorenthalten darf und ich muß vorwegnehmen, daß mit Befriedigung festgestellt werden kann, daß auf Grund der Verhältnisse nun der Finanzausschuß wenigstens im außerordentlichen Haushalt — Gott sei Dank bedeckt — einen Betrag von 2,050.000 S eingesetzt hat. Und ich ersuche die Landesregierung, mit allen Mitteln energisch an den Ausbau des Krankenhauses Wagna zu schreiten. Denn, Hohes Haus, wir sind vor einigen Wochen an einer großen Katastrophe vorüber gegangen. Ich glaube nicht, daß der Lebensabend des sehr geehrten Herrn Landeshauptmannstellvertreters Machold als den zuständigen Referenten durch Eintritt dieser Katastrophe ein sehr erfreulicher gewesen wäre. Ich jedenfalls hätte ihm als Mensch diese seelische Erschütterung nicht gewünscht, die er sicher gehabt hätte, wenn der Brand, der vor einigen Wochen in einer der alten Baracken von Wagna ausgebrochen ist, auf eine oder zwei noch mit Kranken belegten Baracken übergreifen hätte. Dem Personal, das unten tätig ist, wäre es bei aller Aufopferung nicht möglich gewesen, diese Kranken bei dem schnellen Umsichgreifen des Feuers aus den Baracken heraus zu bringen. Ich brauche Ihnen die Panik einer derartigen Katastrophe erst gar nicht vor Augen zu führen. Ich danke dem gütigen Geschick, daß es dem Land und seinen verantwortlichen Männern erspart hat, öffentlich als verantwortungslos oder nicht handlungsfähig hingestellt zu werden.

Wie sind die Verhältnisse da unten? Seit dem Jahre 1916, also über 30 Jahre lang, bestehen diese Baracken, die ursprünglich als Auffanglager für Kriegsgefangene erbaut worden sind und sie bestehen heute noch in der gleichen Fassung wie sie damals erbaut worden sind, nur daß sie jetzt auch noch außerordentlich ramponiert sind. Es weist zum Beispiel die chirurgische Abteilung in Wagna bei der Barackenlängswand eine Ausbauchung auf, die dazu geführt hat, daß man sie mit Eisenstreben vor dem Auseinanderfallen stützen mußte. Das sind Verhältnisse, die dem Gesundheitswesen des

Landes Steiermark nicht zur Ehre gereichen. Ich muß auch die Ursache bekanntgeben, weswegen es zu diesem Brande gekommen ist. Wie es bei Barackenbauten üblich ist, hat man die Träme der Baracken unmittelbar an die Kamin-schläuche gelegt, ohne daß man Isolierungs-material verwendet hätte. Das ist ein Bauweise, die früher einmal üblich war. Es muß anerkannt werden, daß sofort nach diesem Brand in allen Teilen der Krankenanstalt in Wagna, in denen keine Kranken untergebracht worden sind, sofort mit der Behebung dieses Übelstandes begonnen worden ist. Man konnte aber diesen Übelstand nicht beheben in jenen Teilen der Krankenanstalt, die belegt sind. So hängt das Damoklesschwert des Verbrennungstodes über diesen armen Kranken, die dort untergebracht sind, aber auch über jene Bewohner der Bezirke Leibnitz, Radkersburg und Deutschlandsberg, die gezwungen sind, Wagna als Pflingling aufzusuchen.

Hohes Haus, ich appelliere dringendst an alle verantwortlichen Stellen, diesem Zustand unverzüglich ein Ende zu bereiten. Ich glaube, daß die Angaben des sehr geehrten Herrn Landesrates Horvatek, der von einem Kostenpunkt von 30 Millionen Schilling gesprochen hat, etwas zu hoch gegriffen sind, denn es fordert niemand in Leibnitz, etwa so einen Mammutbau von der Art des Zentralröntgeninstitutes zu setzen, der auch bloß 16 Millionen Schilling gekostet haben soll. Ich möchte aber auch der Tatsache Ausdruck geben, daß ein wesentlicher Faktor eines Bauvorhabens, nämlich Kanalisation, Wasserversorgung, Strom und Fundamentierung, der bestimmt 40% der Bausumme ausmacht, ja schon vorhanden ist. Daher wird von einer Bausumme von 30 Millionen Schilling nicht die Rede sein können. Jedenfalls müßten entsprechend dem Wunsch der Grenzbevölkerung diese Baracken endlich aus dem Weichbild der Untersteiermark verschwinden.

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete wird nicht wegen seiner politischen Haltung in der Öffentlichkeit Dank und Anerkennung finden, er wird nur dann Dank finden, wenn er sich für die wirtschaftlichen Probleme und für alle Probleme, die die Öffentlichkeit angehen, kämpferisch und arbeitsmäßig einsetzt. (Lebhafter Beifal und Bravorufe bei ÖVP.)

**Abg. Hegenbarth:** Hoher Steirischer Landtag! Neben der Erhaltung der Freiheit gehört die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit zu den höchsten Gütern der Menschheit. Aus den Worten meiner Vorredner haben Sie schon einen kleinen Überblick bekommen über die Leistungen des Landes Steiermark auf dem Gebiet der Gesundheitspflege. Gestatten Sie mir, daß ich mich ein bißchen verallgemeinere über eine andere Gruppe von Krankenanstalten, nämlich über die große Gruppe der Privatkrankeanstalten in Steiermark, die auch einen höchst beachtlichen Umfang haben. Noch dazu sind diese Krankenanstalten, die zumeist im

Besitz von Ordensgemeinschaften sind, in einer Zeit geschaffen worden, wo es noch keiner kommunalen Behörde eingefallen wäre, sich um die Gesundheit der Untertanen zu kümmern.

Bereits im Jahre 1612, also in dem angeblich so finsternen 17. Jahrhundert, gründeten die Barmherzigen Brüder in der Annenstraße ihr erstes Krankenhaus. Zu Beginn dieses Jahrhunderts folgten zwei weitere Anstalten in Eggenberg und in Kainach. Insgesamt sind in diesen drei Anstalten der Barmherzigen Brüder in Graz ständig über 600 Kranke untergebracht und im vorigen Jahr waren über 216.000 Verpflegstage zu verzeichnen. Der Unterschied zwischen Krankenanstalten des Landes und den Krankenanstalten, die im privaten Besitz sind, besteht im wesentlichen darin, daß sich diese privaten Krankenanstalten selbst erhalten müssen, während bei den Landeskrankenhäusern das Defizit — und es ist immer eines da — von der Öffentlichkeit getragen werden muß.

Nun, auch wir von der Volkspartei sehen selbstverständlich ein, daß sich mit den Krankenhäusern, mit der Volksgesundheit kein Geschäft machen läßt. Aber wir behalten uns vor, im kommenden Jahr das Kapitel Landeskrankenhäuser etwas näher zu untersuchen nach der Richtung, ob es nicht doch durch organisatorische Maßnahmen möglich sein wird, dieses Defizit wenigstens zum Teil abzubauen. Ich habe mir erlaubt, im Finanzausschuß den Antrag zu stellen, dem Krankenhaus der Barmherzigen Brüder einen Landesbeitrag von 300.000 S zum Ausbau bzw. zur Wiederherstellung des Operationssaales zu geben. Diese Barmherzigen Brüder, die niemals etwas bekommen und niemals etwas verlangt haben von der Öffentlichkeit, sind durch die Kriegsverhältnisse und Nachkriegsverhältnisse schwer getroffen worden. Sie haben die Kriegsschäden aus eigener Kraft halbwegs wieder gutgemacht und jetzt stehen sie vor der Situation, daß ihr großer Operationssaal nicht mehr den Anforderungen entspricht, die man heute an einen Operationssaal stellt. Es besteht die Gefahr, daß ein übereifriger Hofrat des Sozialministeriums kommt und die Schließung dieses Operationssaales verfügt. Dadurch würde eine katastrophale Situation entstehen. Ich muß mit Bedauern feststellen, daß es dem Herrn Landesfinanzreferenten trotz des oftmals betonten guten Herzens nicht möglich war, diese 300.000 S zu bedecken. Es mutet mich das ein wenig sonderbar an, da es ihm möglich war, ohne mit der Wimper zu zucken, den 27 Millionen Schilling bei den Landeskrankenhäusern zuzustimmen. Ich bin fest überzeugt, daß dieser Betrag von 300.000 S im außerordentlichen Voranschlag im Laufe des kommenden Jahres doch noch seine Deckung finden wird. Ich bin überzeugt, daß keines von allen Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung den Mut haben würde, nein zu sagen, wenn die Spitalsvorstehung vor der Wahl stünde, ent-

weder das Spital zu sperren oder vom Lande die Auszahlung dieses Betrages, der für die Wiederherstellung des Operationssaales dringend notwendig ist, zu fordern. (Zwischenruf Landesrat Horvatek: „Eine Streikdrohung!“) Sie brauchen nur „Ja“ zu sagen. (Landesrat Horvatek: „Wenn Sie mir das Geld wegnehmen für andere Zwecke, dann habe ich es nicht!“) Es macht nur 1% aus.

Eine zweite Anstalt ist die Heilanstalt „Am Feldhof“. In der Heilanstalt „Am Feldhof“, die sich mit nervengestörten Menschen befaßt und 1430 Kranke aufzuweisen hat, sind nur 16 Ärzte stationiert. Die Arbeit, die Dienstleistung als Arzt „Am Feldhof“ ist keineswegs eine leichte, dieser Dienst nimmt auch die Nerven der gesunden Leute her. Es ist kein Wunder, daß von diesen 16 Ärzten durch Urlaub, Krankheit, Exkursionen, Kurse durchschnittlich 3 nicht im Dienste sind, so daß praktisch nur 13 Ärzte für 1430 Kranke zur Verfügung stehen, das ist ein Arzt auf 110 Kranke. Das kommt auch den Laien verdammt wenig vor. Es hat sich in der Einstufung und Bewertung des Geisteskranken im Laufe der Jahre eine große Änderung vollzogen. Um die Jahrhundertwende hielt man die Leute für Narren, für arme Teufel, die nicht in die allgemeine menschliche Gesellschaft hineinpassen, gemeingefährlich geworden sind und die hinter verriegelten Türen und vergitterten Fenstern untergebracht werden müssen, damit sie draußen kein Unheil und keinen Schaden anstellen können. Später ist man durch die medizinische Forschung daraufgekommen, daß man solche Leute soweit heilen kann oder doch wenigstens bessern kann, daß sie in ihr berufliches oder Privatleben zurückkehren können. Das erfordert natürlich eine entsprechende Zahl von Fachärzten, die diese Behandlungen, diese therapeutischen Kuren überwachen und durchführen. Da ist auf jeden Fall ein Arzt auf 110 Leute zu wenig. Ich habe mir immer wieder von Leuten, die sehr guten Einblick haben, erzählen lassen, daß Kranke dort eingeliefert werden, die wochen- und monatelang so richtig als Pensionäre gehalten werden, bis sie endlich an die Reihe kommen und ärztlich behandelt werden können. Das verschlingt ungeheure Summen an Landesgeldern, Beträge, die von den Gemeinden und betroffenen Angehörigen bezahlt werden müssen.

Zum Schluß noch etwas zu dieser Gruppe, was einer gewissen Heiterkeit nicht entbehrt. Vor etwa sechs Wochen ereignete sich im Krankenhaus Leoben der Fall, daß der dortige Nachtportier auf Knall und Fall entlassen werden mußte, weil dieser Spitzbub seine Funktion dazu mißbrauchte, den Ärzten das Rezeptbuch zu klauen und Rezepte zu schreiben, die auf Suchtgift lauteten. Er wurde sofort entlassen. Nun vollzog sich etwas Wunderbares. Wie ein indischer Verwandlungskünstler, 1, 2, 3, hat er sich in einen Gastarzt verwandelt und ist in einer anderen obersteirischen Krankenanstalt untergeschlüpft, hat sich dort als Gastarzt in-

stalliert und nahm eifrig an Visiten teil, trug die Injektionsspritze bei sich und verabreichte den bedauernswerten Kranken verschiedene Injektionen. Hoffen wir wenigstens, daß er unschädliche Präparate verwendet hat. Nur durch Zufall ist diese Köpenikiade aufgefliegen und wurde der ärztlichen Laufbahn dieses Allweltskerls ein jähes Ende gesetzt.

Wir Österreicher haben auf dem Gebiete der Gesundheitspflege ein großes und hohes Erbe zu verwalten, Namen wie Eiselsberg, Wagner-Jauregg, Billroth sind Namen, die in der gesamten ärztlichen Welt noch mit größter Hochachtung genannt werden. An uns liegt es, diese Tradition der Wiener medizinischen Schule hochzuhalten. (Lebhafter Beifall bei ÖVP.)

Landesrat **Dr. Stephan**: Hoher Landtag! Es ist mir eine Freude, namens meiner Fraktion feststellen zu können, daß seit 1945 auf dem Gebiete des Gesundheitswesens, insbesondere was den Wiederausbau unserer Krankenanstalten betrifft, Gutes berichtet werden kann. Ich muß natürlich mit anderen sagen, daß noch viele Wünsche offen sind. Aus Judenburg wird berichtet, daß in der Anstalt viele Betten fehlen, die dort in dem Industriegebiete notwendig gebraucht würden. Die Zustände in Wagna sind von Abg. Dr. Pittermann gerade geschildert worden. Es geht uns nicht nur in Bezug auf die Krankenanstalten so. Frau Landesrat Matzner hat auf die verschiedenen dringenden Bedürfnisse auf dem Gebiete der Fürsorge hingewiesen und auch auf vielen anderen Gebieten, im Straßenreferate usw. bestehen natürlich wirklich berechtigte Forderungen. Es ist aber auf allen Gebieten einiges geschehen und man darf damit zufrieden sein. Vorschläge werden ja weiter gemacht werden und auch in Bezug auf Wagna sind solche bei den Ausschußsitzungen und in der Landesregierung schon gemacht worden. Es wäre ja z. B. in Wagna nicht unbedingte Notwendigkeit, alles auf einmal zu bauen und die umstrittenen 30 Millionen Schilling auf einmal auszugeben. Es müßte ja möglich sein, den Ausbau in Etappen vorzunehmen. Es wird im übrigen im kommenden Jahr ein Operationssal dort gebaut werden. Was die Krankenanstalt, was die Gebäude und die Einrichtung betrifft, besteht ja keine Klage, weil das was möglich war, geschehen ist.

Was immer wieder von dieser Stelle hier, auch in der letzten Periode des Landtages, bekritelt wurde, ist aber die Personalpolitik. Sie haben in der „Neuen Zeit“ von gestern, also vom 17. Dezember, bewegte Klage darüber lesen können, daß bei der Besetzung von Ärzteposten ausschließlich nach dem Proporz bzw. nach Parteigesichtspunkten vorgegangen würde. Sie haben auf der anderen Seite beim Landesparteitag der ÖVP aus dem Munde des Herrn Landesparteiobmannes bewegte Klage über den Proporz schlechthin hören können. Und doch ist beispielsweise am vergangenen Dienstag eine Besetzung von Primariaten im Landeskrankenhaus

vorgenommen worden, die sehr, sehr lange auf sich haben warten lassen, und zwar auch aus Gründen des Proporz, deshalb, weil sich die beiden großen Parteien nicht haben einigen können, wer mit diesen Stellen zu betrauen ist. Als sie endlich bestellt waren, ist das wieder genau nach dem Proporz geschehen. Ich weiß nicht, warum auf der einen Seite die Klagen in der gestrigen „Neuen Zeit“ und warum auf der anderen Seite die Klage des Landesparteiobmannes Gorbach beim Landesparteitag der ÖVP. Es besteht natürlich auch bei den Distriktsärzten ein ganz bestimmter Schlüssel, nach dem diese Stellen aufgeteilt werden. Man könnte schon fast sagen, daß in jedem Ort ein erblicher Parteiposten für einen Distriktsarzt geschaffen wurde, stirbt ein Roter, kommt wieder ein Roter, stirbt ein Schwarzer, kommt ein Schwarzer. (LR. Fritz Matzner: „Stirbt ein Brauner, kommt wieder ein Brauner!“) (Heiterkeit.) Solche haben wir nicht. Ich frage mich verzweifelt, was macht ein Arzt, der tüchtig und anständig ist und der weder der SPÖ noch der ÖVP angehört und auch ganz gerne Distriktsarzt werden möchte und die fachlichen und charakterlichen Voraussetzungen dafür hätte? Er muß das tun, was der Herr Abg. Dr. Rainer früher gesagt hat, er muß, ob er will oder nicht, ob er überzeugt ist oder nicht, ob er innerlich dabei ist oder nicht, entweder zum BSA oder zum CV gehen, dann wird er auch eine Möglichkeit haben. (LHStV. Dipl. Ing. Udier: „Sie als Akademiker und Burschenschaftler müßten wissen, daß BSA und CV nicht nebeneinander zu stellen sind. Das sind zwei verschiedene Organisationen!“) Der Akademiker wird dann halt zur ÖVP-Ärztenschaft gehen oder wie immer sie heißt. Was ich meinte, wird sicher jeder verstanden haben. Aber es ist eine Tatsache, daß dem so ist. Mein Fraktionskollege Hafner hat auf denselben Umstand schon bei der Lehrerschaft hingewiesen. Ich habe mit wirklicher Befriedigung in der gestrigen „Neuen Zeit“ und auch in der „Tagespost“, die damals gedruckt wurde als der Landesparteitag der ÖVP abgehalten wurde, gelesen, daß man auch bei den großen Parteien beginnt, sich darüber Gedanken zu machen, den Proporz abzuschaffen. Es ist nur das eine, ich glaube nicht daran. Das gilt auch in Bezug auf die Kassenärzte und überhaupt auf die Besetzung von allen möglichen und unmöglichen Stellen. Sie werden sagen, ich rede so, weil unser Verband beim Proporz nur zum geringsten Teil in einigen einsichtigen Städten, meistens gar nicht beteiligt ist. Ich muß Ihnen sagen, daß wir darauf in dem Falle keinen Wert legen. Wir würden uns nur freuen, wenn dieses Uding Proporz überhaupt abgeschafft und nur nach rein sachlichen Gesichtspunkten die Besetzung jedes Postens vorgenommen werden würde. Es kommt so und so oft vor — ich komme darauf noch einmal zu sprechen —, daß bei der Besetzung irgend eines Postens, weil man sich solange nicht einigen kann, bis endlich ein geeignetes Kompensationsobjekt auf der anderen

Seite gefunden wurde, die Stelle lieber unbesetzt bleibt, weil man sich sagt, ich kann diese Stelle nicht vergeben, bis der andere auch eine Stelle zu vergeben hat. Und wenn da gerade keine frei ist, muß der Stellenwerber warten und das kann Monate dauern.

Was nun die Krankenkassen an und für sich anbelangt, ist auch hier vor zwei, drei und vier Jahren schon einigemal ein Vorschlag gemacht worden — und jetzt bei den Reformplänen für das Sozialversicherungswesen wäre es an der Zeit, wieder daran zu denken, hier einen wirklichen Wandel zu schaffen. Es ist doch heute so, daß auch der gesunde Mensch so gut abgerichtet ist, — nämlich der krankenversicherte — daß er seinen Zettel zum Arzt trägt, damit nur um Gottes Willen das Geld nicht verfällt. Er bedenkt aber dabei nicht, daß er dadurch die Krankenkassenleistungen hinauftreibt und seine eigenen Beiträge hinaufschraubt. Es ist mit 21. Dezember 1950 erstmals von Herrn Landtagsabg. Kandutsch und im Jahre 1952 von Herrn Abg. Scheer der Vorschlag gemacht worden, man solle doch einmal darüber nachdenken, ob es nicht möglich wäre, Prämien für diejenigen auszusetzen, die den Kassenarzt nicht beanspruchen. Es ist nämlich bedauerlich genug, wenn jemand, der krank wird, ihn dann sowieso beanspruchen muß. Aber heute ist es Mode geworden, den Arztzettel ja auf keinen Fall verfallen zu lassen und damit kommt die Hypertrophie des ganzen Krankenkassenwesens erst recht zum Ausdruck.

Ich möchte in dem Zusammenhang auch auf die Gefährlichkeit eines anderen Experimentes hinweisen, das bei der Novellierung der Invalidenversicherung für die Land- und Forstarbeiter aufgetaucht ist, nämlich die ungleiche Aufteilung des Schlüssels für die Beiträge. Es müssen dort die Arbeitgeber derzeit 7% bezahlen und der Arbeitnehmer 5%, weil insgesamt aus dringender Not, die einzusehen war, 12% erhoben werden müssen. Ich habe seinerzeit, als mir die Gelegenheit dazu geboten wurde, davor gewarnt, ich weiß daher nicht, wie es möglich war, daß diese Regelung in Wien trotzdem durchgegangen ist. Ob das auch wieder so ein Kompensationsobjekt war?

Ich komme nun noch ganz kurz auf den Sport zu sprechen. Der Kollege Bammer hat gefragt, wo denn das Landespartei sekretariat und der Landessportsekretär bleibe. Das Gesetz ist damals durchgepeitscht worden und es hat geheißen, es sei schon so ungeheuer dringend; nun ist das Gesetz schon einige Monate in Kraft, aber noch immer nicht durchgeführt. Auch hier scheint mir wieder der Proporz eine gewisse Rolle zu spielen. Es ist mir ferner nicht ganz klar, daß neben dem ASVÖ, dem ASKÖ und der Union nicht auch der Turnerbund in diesem Gesetz einen Platz gefunden hat. Wenn das nicht der Fall ist, wenn bei dem Dachverband für Turnen eine andere Gepflogenheit herrscht als bei anderen Dachverbänden — es ist so, daß die Turnvereine nicht als Einzelmitglieder dieses

Dachverbandes gelten können wie es beim Fußballdachverband der Fall ist —, so wird damit eine ganz bestimmte Gruppe der Verbände und Vereine vor allen Dingen jener, die in der vergangenen Zeit einer ganz bestimmten weltanschaulichen Richtung angehört haben, bewußt ausgeschaltet. Ich glaube aber nicht, daß das ein demokratisches Verhalten ist. Und nicht nur allein wir müssen hier feststellen, daß wir wünschen, daß in allen Fällen nach demokratischen Gesichtspunkten vorgegangen wird. Das gilt sowohl in Bezug auf die Besetzung der Arztstellen als auch des Sportsekretärs. Ich will nicht hineingezogen werden in den Handel zwischen den Parteien, auch nicht zwischen 3 und 4 Parteien, wenn auch heute dieser Handel im Großen und Ganzen nur zwischen 2 Parteien stattfindet. Ich bitte die verantwortlichen Stellen, dafür zu sorgen, daß das, was im Landes-Sportgesetz vorgesehen ist, tatsächlich zur Durchführung gelangt. Dann können wir sagen, wir haben das Sportgesetz nach bestem Wissen und Gewissen gemacht. Erst, wenn es einige Zeit tatsächlich in Ausübung war, können wir sagen, ob es einen Mangel hat und wie wir die Mängel beheben können. (Beifall und Bravo-rufe beim WdU.)

**Abg. Hofmann:** Hohes Haus! Das Landeskrankenhaus in Feldbach ist bis 1945 kein Landeskrankenhaus sondern ein sogenanntes Landes-Siechenhaus gewesen. Die traurigen Ereignisse des Krieges und die ungeheuren Zerstörungen, die in dieser Gegend nicht allein Gebäude, Felder und Wälder sondern noch mehr den einzelnen Menschen betroffen haben, machen es notwendig, für den erhöhten Anfall an Kranken und Verletzten zusätzlich eine Heilstätte auszubauen. Man hat daher dieses Landes-Siechenhaus zu einem Krankenhaus umgestaltet, allerdings mit der Absicht, diese Anstalt später wieder in ein Landes-Siechenhaus zurückzuverwandeln, hat aber dann feststellen müssen, daß der Normalbelag so stark ist, daß man nicht in der Lage war, das Krankenhaus aufzulassen. Diese Anstalt ist zweifellos dank der Initiative der verantwortlichen Abteilung der Landesregierung wirklich entsprechend ausgestaltet worden. Es wurde hier zwei moderne Operationssäle eingerichtet und auch sonst baulich manches verändert. Es fehlt aber noch sehr viel, doch ist es leider nicht möglich gewesen, im Budget 1954 das unterzubringen, was zweifellos notwendig und nützlich gewesen wäre. Man hat sich vorerst auf einen kleinen Teil beschränken müssen und darum möchte ich als Abgeordneter dieser Gegend bitten, daß im nächstjährigen Budget auf die Ausgestaltung des Krankenhauses Feldbach mehr Rücksicht genommen wird, als dies in diesem Budget möglich war. Ebenso dringlich wie anderswo ist die Staubfreimachung der Umfahrung des Krankenhauses. Eines ist noch notwendig: Die Wohnverhältnisse in der Stadt Feldbach selbst und in der Umgebung sind für die Bediensteten des Krankenhauses katastrophal zu nennen. Es

wird sich die Landesregierung mit dem Plan befassen müssen, für die Angestellten und die Ärzte entsprechende Unterkunftsräume zu schaffen. Ich weiß, daß der Primararzt der internen Abteilung des Krankenhauses mit Frau und zwei Kindern in einer Mansarde wohnt. Der Primararzt der chirurgischen Abteilung hat überhaupt keine Möglichkeit, in Feldbach zu wohnen, nicht etwa deshalb, weil kein Wohnraum in Feldbach zu finden wäre. Ich könnte Ihnen vom Fleck weg einige große Wohnungen in Feldbach nennen, die Jahr und Tag leer stehen, nicht belegt werden, die der Primararzt nicht mieten kann, weil es der Hausbesitzer nicht notwendig hat, einige hundert Schilling einzunehmen. „In mein Haus kommt keine Partei mit Kindern hinein!“ Dieser Ausspruch ist sehr bezeichnend für manche Kreise, die groß von Familiengründung und sozialem Verständnis reden. Solange die Bürgermeister nicht ihre Polizeigewalt in Anspruch nehmen und in solchen Fällen den Notstand erklären und die Leute einweisen sondern sich auf die sogenannte gesetzliche Regelung berufen, die oft großes Unrecht beinhaltet, wird es solche Zustände nicht nur in Feldbach sondern auch anderswo geben.

Landesrat Dr. Stephan hat vom Proporz gesprochen. Das Landeskrankenhaus in Feldbach hat vor ungefähr  $1\frac{1}{2}$  Jahren einen mehr oder weniger großen Unterbelag gehabt, es war besonders auf ärztlichem Gebiet nicht richtig, wie es wünschenswert gewesen wäre. Es war eben ein Provisorium auch in personeller Hinsicht und der Durchschnittsbelag als Folge weit unter den Durchschnittsbelag in anderen Spitälern gesunken. Der Referent der Landessanitätsanstalten hat sich nun in dankenswerter Weise entschlossen, einen äußerst tüchtigen Primararzt dort definitiv zu ernennen nicht nach Proporz, sondern, wie Sie zugeben müssen, auf Grund seiner Fähigkeiten, und diesem Primarius ist es gelungen, innerhalb von  $1\frac{1}{2}$  Jahren den Durchschnittsbelag von 90 auf 165 zu erhöhen. Wenn Sie nun glauben, daß alle Kreise zufrieden gewesen wären mit der Ernennung, irren Sie sich. Man hat in verschiedenen Zeitungen und bei verschiedenen Organisationen protestiert, daß er Primarius geworden ist und hat sich nicht entblödet, zu erklären: „Man hat einen Ausländer zum Primarius in einem österreichischen Spital ernannt“, obwohl dieser Primarius österreichischer Staatsbürger ist. Er war vor einem Jahrzehnt nicht österreichischer Staatsbürger, wie sehr viele aus unserer Bevölkerung Staatsbürger erst vor Jahren geworden sind. Es ist also nicht immer so, wie Landesrat Dr. Stephan meint. Besonders auf diesem Sektor der Verwaltung, das werden Sie mir bestätigen, ist primär die Eignung das wichtigste, wichtiger als alles andere. Daran hat man sich gehalten.

Ich möchte zum Schluß im Namen der Bevölkerung von Feldbach für die Ausgestaltung des Krankenhauses Feldbach danken und meiner Hoffnung und Erwartung Ausdruck geben, daß

im nächstjährigen Budget etwas besser für die Interessen dieses Gebietes vorgesorgt wird. (Beifall und Bravorufe bei SPÖ.)

**Abg. Pölzl:** Hoher Landtag! Für die körperliche Ertüchtigung und Förderung des Sportwesens waren 300.000 S vorgesehen, die Erhöhung auf 365.000 S ist durchaus erfreulich. Aber, meine Herren, gemessen an der Finanzkraft eines ähnlich starken Bundeslandes wie Oberösterreich ist das, was der steirische Landtag für die Sportförderung tut, äußerst wenig. Ich möchte Sie aufmerksam machen, daß der oberösterreichische Landtag 900.000 S für die Sportförderung ausgibt. Weiters möchte ich sagen, daß die Subventionierung des Jugendherbergsverbandes zwar in Ordnung, daß es aber nicht in Ordnung ist, daß zum Jugendherbergsverband nicht alle Jugendorganisationen zugelassen sind. Es ist nicht demokratisch, daß ein bestimmter Druck ausgeübt wird auf die Jugendlichen, bestimmten, politisch genehmen Verbänden anzugehören, um in den Jugendbeherbergungsverbänden mitreden zu können. Weiters hätte ich zu kritisieren, daß die Subventionen für Jugendverbände außerordentlich niedrig gehalten sind. Die demokratischen Jugendverbände haben eine große Bedeutung auch im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Verwahrlosung der Jugend. Die Jugend drängt zur Gemeinschaft und man soll diesen Drang zur Gemeinschaft unterstützen.

Bezüglich des Krankenhausbaues in Wagna möchte ich auf einige interessante Äußerungen im Finanzausschuß zurückkommen. Ich kann nicht recht verstehen, warum sich die sozialistische Fraktion gegen den Bau eines Krankenhauses in Wagna wehrt, jedenfalls keinen Enthusiasmus für diesen Bau zeigt. Nach den Äußerungen des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Machold wären eigentlich die sachlichen Voraussetzungen für den Bau eines Krankenhauses in Wagna gegeben. Die notwendige Bettenzahl entspricht nach seinen eigenen Äußerungen im Finanzausschuß dem wirtschaftlich besten Grad eines Krankenhauses überhaupt. Herr Landeshauptmann Machold äußerte sich im Finanzausschuß, daß Untersuchungen nicht nur in Österreich sondern auch in anderen Ländern ergeben haben, daß am wirtschaftlichsten und zweckmäßigsten Krankenanstalten arbeiten, die eine Bettenanzahl von ungefähr 200 Betten aufweisen. Nach den Informationen, die im Finanzausschuß gegeben worden sind, würde das ungefähr die Bettenanzahl sein, die in Wagna notwendig wäre. Tatsache ist, daß die Bevölkerung von Leibnitz und den umliegenden Gebieten sehr heftig ein Krankenhaus fordert, was nahe liegt, und ich glaube, daß die Notwendigkeit des Krankenhausbaues für Wagna aus allgemein sachlichen Gründen nicht bestritten werden kann. Es werden zwar alle Jahre Beträge eingesetzt, sozusagen um der Bevölkerung dieser Gebiete zu zeigen „wir tun etwas“, in Wirklichkeit aber geschieht nichts Konkretes. Ich glaube, man sollte die Anregung des Herrn

Landeshauptmannstellvertreters aufgreifen und wirklich alles daransetzen, damit wenigstens etappenweise aus dem Barackenspital Wagna ein ordentliches Krankenhaus wird.

**Präsident:** Bevor ich die Sitzung unterbreche, verlaublich ist, daß der Finanzausschuß zur Beratung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 94, betreffend das Ansuchen der Speditionsfirma Schellander, heute um ¼3 Uhr im Zimmer 18, neben dem Bibliothekszimmer, zusammentreffen wird. Ich ersuche daher die Mitglieder des Finanzausschusses, sich um ¼3 Uhr im Beratungszimmer einzufinden. Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

Unterbrechung um 12.35 Uhr.

Die Sitzung wird um 15 Uhr 5 Minuten wieder aufgenommen.

1. **Präsident Wallner:** Ich nehme die zu Mittag unterbrochene Landtagssitzung wieder auf und gebe bekannt, daß der Gemeinde- und Verfassungsausschuß die Beratungen über das Benützungsgesetz und das Auslieferungsbegehren des Bezirksgerichtes für Strafsachen in Graz gegen den Landtagsabgeordneten Bürgermeister Dr. Eduard Speck gestern abgeschlossen hat.

Außerdem hat der Finanzausschuß während der heutigen Mittagspause die Vorberatungen über die Regierungsvorlage Einl.-Zl. 94, betreffend das Ansuchen der Speditionsfirma Schellander um Gewährung einer Ausfallhaftung durchgeführt.

Weiters verlaublich ist, daß im Laufe des Vormittags der Landtagspräsidialkanzlei eine dringende Regierungsvorlage zugekommen ist, über die noch in diesem Jahre Beschluß gefaßt werden soll, und zwar Einl.-Zl. 95, betreffend die summarische Erklärung der in dem vom Landesbauamt vorgelegten Verzeichnis mit dem Stand vom 1. Jänner 1953 näher bezeichneten 302 Straßen mit einer Gesamtlänge von 2.823.026 km als Landesstraßen gemäß § 8 Abs. 1 des Landesstraßenverwaltungsgesetzes, LGBl. Nr. 20/1938.

Die Behandlung dieser Vorlage ist deshalb dringend, weil das in der Vorlage enthaltene Landes-Straßenverzeichnis die Grundlage für die Bemessung des Anteiles des Landes an der Mineralölsteuer für die Zeit ab 1. Jänner 1953 bilden soll. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit habe ich diese Vorlage auflegen lassen. Ich weise sie dem verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusse zu.

Ich nehme die Zustimmung an, wenn kein Einwand erhoben wird. (Nach einer Pause.) Es wird kein Einwand erhoben.

Außerdem schlage ich vor, die Verhandlung über diese Vorlage als letzten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, wenn der verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuß in einer Pause der Landtagssitzung die vorgeschlagene Beratung durchführt und dem Landtage berichten kann.

Ich ersuche die Abgeordneten, die damit einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschlecht.) Der Vorschlag ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Wir setzen nun die Debatte zum Landesvoranschlag, und zwar zur Gruppe 5, Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung, fort.

Abg. Lackner: Hoher Landtag! Der Zustand der Krankenhäuser ist mit ein Gradmesser über die kulturelle Höhe oder über den kulturellen Tiefstand eines Landes. Was wir heute über die Krankenhäuser gehört haben, klingt einerseits ermutigend und andererseits auch traurig. Es ist das etwas übertrieben, wenn man in Erwägung zieht, wie sehr die Krankenhäuser genau so wie die Betriebe durch den Krieg und die Nachkriegszeit und durch die hereinströmende Militärbesatzung gelitten haben. Es ist natürlich notwendig, eine Rangordnung zu schaffen, in welcher Reihenfolge man an die Arbeit geht und was zuerst zu beseitigen und zu beheben ist. Es ist unbestritten, daß in erster Linie in der Landeshauptstadt Graz das Landeskrankenhaus mit seinen Spezialabteilungen in Arbeit genommen werden mußte. Dann erst folgen jene Krankenhäuser, die durch die Kriegseinwirkung gelitten haben.

Im Zuge der Dezentralisierung während des Krieges wurde auch das so oft erörterte Barackenspital Wagna geschaffen und wo einmal etwas ist, will natürlich die Bevölkerung darauf nicht verzichten, sie will nichts abtreten oder in die Versenkung verschwinden sehen. Für uns Sozialisten ist es von vorneherein immer klar gewesen, daß auch Wagna ein anständiges Spital bekommen und auch dort der Aufbau einsetzen muß, sobald man soweit ist, daß in erster Linie Graz und die übrigen Krankenhäuser der dicht besiedelten Gebiete wieder hergestellt sind. Es sind dafür die Beträge eingesetzt, aber man darf nicht glauben, daß Wagna allein jenes Krankenhaus ist, daß einer Renovierung bedarf. Ich möchte auf das Krankenhaus Judenburg zurückkommen, daß der Herr Landesrat Dr. Stephan bereits erwähnt hat. Das Krankenhaus Judenburg mit seinen über 200 Betten ist für das Oberland das letzte Krankenhaus in diesem Gebiet. Bei einer Bezirks-Einwohnerzahl von 50.000 hat es gemessen an den übrigen Krankenhäusern prozentuell einen höheren Durchschnittsbelag als alle übrigen. Die Bevölkerung, die sich in diesem Krankenhaus einer Behandlung unterziehen muß, stammt durchaus nicht allein aus der Industrie, auch das obersteirische Hinterland mit seinen Land- und Forstarbeitern und der bäuerlichen Bevölkerung nimmt dieses Krankenhaus in Anspruch. Es ist auch für Judenburg, wenn auch nur im außerordentlichen Haushalt ein Betrag von 2,6 Millionen, der leider noch nicht bedeckt ist, vorgesehen. Das Bauprogramm für Judenburg wäre ein Erweiterungsbau, der jene Räume schaffen soll, über die ich noch später sprechen will. Nun wird daran gedacht, den Betrag von 7½ Millionen Schilling, der erforderlich wäre, herabzusetzen

und an Stelle des Zubaues nur die Schließung der Baulücke zu vollziehen. Das Krankenhaus Judenburg hat im Grundriß die Form eines E in Blockschrift. Diese offene Seite soll nun geschlossen werden, was bedeuten würde, daß das Krankenhaus, welches bekanntlich Licht, Luft und Sonne braucht, finster wie eine Kaserne und die Gänge vollkommen unbelichtet sein würden. Ich möchte daher das Hohe Haus bitten, dahin zu wirken, daß man von diesem Vorhaben abkommt und doch der Erweiterungsbau mit 7½ Millionen Schilling ins Auge gefaßt wird. Durch die Schließung der E-Lücke würde gewiß mancher Raum gewonnen werden, ein Behandlungsraum, ein Vorstandszimmer, ein Dienstzimmer für den Turnusarzt und ein Raum für den Elektrokardiograph und den Umsatz-Apparat. Es ist das aber viel zu wenig, da Judenburg in der letzten Zeit zu stark in den Hintergrund getreten ist. Die chirurgische Abteilung soll nur einen Vorraum zum septischen Operationssaal, einen Sterilisationsraum und ein Dienstzimmer für den Turnusarzt gewinnen. Mit diesen Räumen wäre dem Krankenhaus Judenburg noch nicht geholfen. Es würden sich Schwierigkeiten ergeben im Anschluß an das bestehende Dach und wäre nur als eine Reparatur zu werten, die verhältnismäßig sehr viel Geld kostet, weshalb schon aus technischen Gründen abzulehnen wäre, dieses Bauvorhaben als Flickwerk aufzuführen, das mindestens 2½ Millionen Schilling erfordert, wobei letzten Endes der Effekt wieder gleich Null wäre. Ich ersuche daher noch einmal, das geplante Bauvorhaben zurückzustellen und doch einen entsprechenden Erweiterungsbau ins Auge zu fassen.

Die Begründung für die Notwendigkeit des Zubaues ist leicht gefunden. In der medizinischen Abteilung gibt es ebenso wie in der chirurgischen Abteilung keine Kinderzimmer. Die kranken Kinder müssen unter den Erwachsenen liegen und Sie können sich vorstellen bei der Neugierde der Kinder, was sie da oft mit ansehen müssen bei irgendwelcher Behandlung, die eben im Bett erforderlich ist. Es gibt auch kein Krankenzimmer für unruhige Kranke, auch diese Gruppe muß unter den übrigen Kranken untergebracht werden. An ein Sterbezimmer ist ebenfalls nicht zu denken. Und jeder, der leider das Krankenhaus nicht mehr gesund verlassen kann, muß unter den übrigen Kranken sterben und Sie können sich vorstellen, welchen Eindruck das auf die Genesenden, die daneben liegen, machen muß. Auch kein Laboratorium ist zur Verfügung. Das Ärztezimmer, das zugleich Behandlungszimmer, Schreibzimmer und der Raum für Stuhl- und Harnuntersuchungen ist, hat ein Ausmaß von nur 4 × 6 m. Daraus ersehen Sie, wie weit diese Anstalt zurück ist und daß in nächster Zeit daran geschritten werden muß, diesen Übelstand zu beheben. Unbedingt erforderlich sind ein Zimmer für den Vorstand der medizinischen Abteilung und ein Röntgenzimmer mit den entsprechenden Vorräumen. Zur Zeit ist das Röntgenzimmer ohne

Vorraum, die Patienten, die dort stundenlang warten müssen, warten im Hausflur, vor der Hauseingangstür, wo durch das ewige Kommen und Gehen für die Patienten noch die Gefahr weiterer Erkrankung durch Verkühlung gegeben ist. Es ist weiters notwendig, in jeder der Abteilungen, in der chirurgischen wie in der medizinischen, je ein Kinderzimmer mit 6 Betten einzurichten und auch Zimmer für Schwerkranke und für Patienten mit ansteckenden Krankheiten. Es wurden von der Anstaltsverwaltung in Judenburg Dachzimmer ausgebaut. In diese muß man mühselig über eine Hühnerleiter mit einer Tragbahre die Kranken und Schwerkranken hinauf und hinuntertragen. Man wird sich fragen, wieso ist es früher gegangen? Man darf aber nicht vergessen, daß infolge der höheren Zahl an Beschäftigten mehr Versicherte sind, die Krankenhäuser in Anspruch nehmen und andererseits, daß das Lebensalter heute wesentlich höher geworden ist und gerade die alten und schwachen Leute für Krankheiten anfälliger sind, wodurch auch der Bedarf an Betten im Krankenhaus größer geworden ist.

In Judenburg, das schon vor dem Krieg ein Wintersportzentrum der Obersteiermark war, hat man heute schon wieder jeden Winter etwas mehr als 300 Sportunfälle. Dabei gibt es in diesem Krankenhaus kein Gipszimmer und wenn Sportverletzte eingeliefert werden, müssen sie oft stundenlang warten, bis man die Möglichkeit hat, den kleinen Operationsraum frei zu bekommen, um sie dort zu behandeln. Ähnlich ist es auch mit dem Kreiß-Zimmer. Es ist ein Vorraum, wo es untergebracht ist und dient außerdem unter einem als Wöchnerinnenzimmer und Säuglingszimmer. Die Zustände in Judenburg sind wohl einmalig. Nur weil man daran dachte, daß andere Städte, die durch Kriegsschäden gelitten haben, es notwendiger hatten, vorher an der Reihe zu sein, hat man gerne gewartet in der Hoffnung, daß endlich auch Judenburg einmal seinen Platz wird einnehmen können unter jenen Spitälern, die man als vorbildlich bezeichnen darf.

Im allgemeinen ist zum Kapitel 5 wohl zu sagen, daß Vorbildliches schon geleistet wurde, aber noch viel zu leisten ist. Wenn man an das Defizit in diesem Kapitel denkt, ist es auch verständlich, warum man noch nicht an die Modernisierung des Krankenhauses in Judenburg geschritten ist. Wenn aber die Besetzung einmal von uns abzieht und Judenburg wieder die Metropole des Fremdenverkehrs für Obersteiermark werden wird, dann muß man auch daran denken, daß der Fremde, der dorthin kommt, letzten Endes ein Land nicht nur nach seinen Kulturdenkmälern, Theatern, Museen, Konzerten usw. beurteilt, sondern auch darnach, wie er behandelt wird, wenn er das Pech haben sollte, Krankenhilfe in Anspruch nehmen zu müssen. Ich möchte trotz allem, trotz der düsteren Schilderungen eines meiner Vorredner, noch einmal unterstreichen, daß unserem Referenten für die bisher geleistete Arbeit der un-

bedingte Dank gebührt. Danken müssen wir aber auch dem Finanzausschuß für seine verständnisvolle Arbeit und gleichzeitig den Appell an ihn richten, auch in Zukunft in diesem Sinne fortzufahren.

Gestatten Sie mir aber, noch kurz zur Frage der Jugendherbergen Stellung zu nehmen. Die Jugendherbergen sind wohl nicht in dem Ausmaß dotiert, als dies wünschenswert wäre, denn in erster Linie dienen diese Herbergen dazu, unseren Jugendlichen, den Werksstudenten und den arbeitenden Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten, billig die Heimat zu durchwandern und sie und ihre Bevölkerung kennen und lieben zu lernen. In erster Linie kommt ja doch die Heimat und der Jugend muß doch das Hemd näher sein als der Rock und deshalb soll sie die Heimat entsprechend kennen lernen. Dann wird in ihr auch jene Liebe zur Heimat erwachsen, die wir uns immer von der Jugend erträumen und wenn dann die Jugend später einmal doch ins Ausland kommt, wird sie ein hinreichendes Maß an Urteilskraft besitzen, um zu unterscheiden zwischen Heimat und Fremde. In diesem Sinne möchte ich ebenfalls dem Finanzausschuß meinen Dank aussprechen. (Beifall und Bravorufe bei SPÖ.)

Erster Landeshauptmannstellvertreter **Doktor h. c. Machold**: Meine Damen und Herren! Das Kapitel 12, das ich referatsmäßig zu betreuen habe, ist diesmal bei den Voranschlagsberatungen sehr gründlich behandelt worden. Erstens einmal schon in den Sitzungen der Landesregierung selbst, dann im Finanzausschuß und schließlich auch bei den Parteienbesprechungen, die sich ja mit allen aufgeworfenen Fragen zu beschäftigen hatten. Deshalb und unter Hinweis darauf, daß ich ja im Vorjahre über die allgemeine Gesundheitspflege sehr ausreichend und erschöpfend gesprochen habe, kann ich mich heute darauf beschränken, in erster Linie auf einige in der General- und Spezialdebatte aufgeworfenen Fragen, Wünsche, Beschwerden und Kritiken einiges zu sagen und dann in aller Kürze das wesentlichste der Leistungen auf diesem Gebiet im abgelaufenen Jahr und die für das Jahr 1954 vorgesehenen Leistungen in den vielen Landesheil-, Pflege- und Krankenanstalten zu behandeln.

In der Generaldebatte hat der Redner der ÖVP, Herr Abg. Stöffler, zwei Fragen aufgeworfen und eine gewisse Kritik an der Tätigkeit meines Referates geübt. Erstens vermißt er einen Generalplan für die Leitung und den Ausbau der Kranken-Heil- und Pflegeanstalten, zweitens hat er seine Auffassung dahin zum Ausdruck gebracht, daß Ersparungen auf diesem Gebiet — in allererster Linie in wirtschaftlicher Beziehung — notwendig und durchführbar wären. Ich erlaube mir nun ad 1) zu der von ihm aufgeworfenen Frage des Generalplanes folgendes zu sagen:

Die Aufstellung eines Generalplanes, was jetzt und in aller Zukunft auf diesem Gebiete

zu geschehen hat, ist außerordentlich schwer. Man muß alle nur möglichen Faktoren dabei heranziehen; man muß zu Rate ziehen natürlich in erster Linie die Beteiligten selbst, die Primärärzte, die Verwalter, die Fachberater, das Bauamt usw. und muß natürlich auch die Leiter der Abteilungen 12 und 15 hören.

Man kann ruhig sagen, daß es, wenn man einen solchen Vorschlag durchführen wollte, solche Schwierigkeiten gäbe, daß ich nicht glaube, man würde damit in einem Jahr fertig werden. Man muß auch bedenken, daß all diese Faktoren viele gegensätzliche Auffassungen haben, so die Primärärzte im Landeskrankenhaus Graz gegen die Provinzspitäler, aber auch die einzelnen Fachabteilungen gegeneinander. Alle haben ihre Wünsche, alle urteilen da von ihrem Standpunkt aus und sind nicht geneigt, ihre berechtigten Forderungen in einem generellen Plan untergehen zu lassen. Ich glaube, daß das eine Sisyphusarbeit wäre, die nicht zum gewünschten Ziele führen könnte. Aber planlos wird nirgends gehandelt. Im Landeskrankenhaus liegen die Wünsche und Forderungen aller Herren, die dort tätig sind, seit Jahren vor, werden immer wieder behandelt, man spricht mit der Direktion, mit dem Bauamt und kann sie letzten Endes nicht durchführen, weil das Geld nicht zur Verfügung steht und weil die Forderungen vielfach über das hinausgehen, was wir als möglich und zulässig betrachten. Ich muß also feststellen, daß Planlosigkeit auf diesem Gebiet nicht besteht. In den Landeskrankenhäusern am Lande ist es auch so. Alle Forderungen kommen von den zuständigen Stellen, die damit zu tun haben: Von den Primärärzten, vom Personal, der Verwaltung; diese bringen alle ihre Forderungen an uns heran und diese Forderungen werden planmäßig erstellt und planmäßig behandelt. Ich bin überzeugt, daß das jetzige System keine Planlosigkeit in sich birgt, im Gegenteil, es ist der einzig richtige, praktische und rascheste Weg, um vorwärts zu kommen. Dies zur aufgeworfenen Frage der Erstellung eines Generalplanes.

Weiters hält Abg. Stöffler Ersparungen in den Krankenhäusern für möglich. Meine Herren, wenn irgendwie und irgendwo Ersparungen erzielt werden können, so ist es gerade auf diesem Gebiete am schwierigsten. Was belastet vornehmlich einen Spitalsbetrieb? In erster Linie wird der Spitalsbetrieb belastet durch den Personalaufwand. Das Verwaltungs- und andere Personal in den Anstalten, das gewiß fleißig und emsig seiner Arbeit nachkommt, muß entsprechend bezahlt werden. Den Ärzten muß selbstverständlich ein Auskommen gesichert sein. Wenn ich schon die Ärzte anführe, so drängt sich mir die Frage auf den Lippen: Wie kann man überhaupt auf ärztlichem Gebiete sparen? Wir haben natürlich gesetzliche Vorschriften, wir müssen uns auch daran halten, daß auf eine bestimmte Bettanzahl so und so viele Ärzte entfallen. Ich möchte aber den Referenten sehen, der das strenge durchführen

läßt. Die promovierten Ärzte müssen nach dem Ärztegesetz eine dreijährige spitalsärztliche Tätigkeit nachweisen, erst dann können sie eine Praxis ausüben. Wenn ständig über 100 solcher Ärzte, die wir vorgemerkt haben, vorhanden sind, kommt natürlich einer nach dem andern zu mir oder zum beamteten Referenten und verlangt seine eheste Einstellung als Ausbildungsarzt. Wenn er dann darauf verweist, daß er verheiratet ist, Frau und Kinder hat und seine soziale Lage eine triste ist, kann man nicht sagen: „Ich halte mich strikte an die Vorschriften und es darf niemand mehr eingestellt werden!“, sondern man versucht zu helfen. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, hat die Landesregierung über meine Vorschläge verschiedene Ausbildungskategorien geschaffen. Früher hatten wir beispielsweise keine landwirtschaftlichen Assistenten. Diese Kategorie ist vornehmlich eingeführt worden, um mehr Ärzte unterzubringen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, nach dem absolvierten Ausbildungsturnus noch weiter tätig zu sein und sich zum Facharzt auszubilden. Das alles kostet aber Geld und da kann wohl kaum gespart werden. Beim Personalaufwand kann jedenfalls nicht gespart werden.

Was sind die weiteren Belastungen? In der Hauptsache sind es Medikamente, Verbandstoffe, Apparate und Instrumente. Alle die neuen Errungenschaften der Wissenschaft müssen wir den Spitalern dienstbar machen, ob nun im Landeskrankenhaus Graz oder in einem Provinzspital. Nehmen wir an, ich hätte manchmal den Verdacht oder das Gefühl, daß es vielleicht nicht notwendig wäre, gerade dieses oder jenes besonders teure Medikament in den verabreichten Quantitäten zu verwenden. Was könnte ich tun? Gar nichts! Nicht einmal der Fachmann würde es wagen, hier irgendwie einzugreifen und den Primär- und anderen Ärzten zu sagen: „Spart mehr, gebt nicht so viel aus, verwendet dieses teure Medikament nicht!“ Das kann man nicht machen, denn eine solche Verantwortung den Kranken gegenüber zu übernehmen ist von vornherein als ausgeschlossen zu betrachten. Da das aber gerade die Posten sind, die den Spitalsbetrieb am meisten belasten, läßt sich auf diesem Gebiet, also bei Medikamenten, bei den Verbandstoffen und medizinischen Einrichtungen genau so wie beim Personal-Etat auch nicht sparen. Ich halte den Vorschlags Stöfflers nach Ersparungen, so ernst er gemeint sein mag, als für nicht durchführbar.

Was die Wirtschaftlichkeit der Anstalten anlangt, muß ich auch darauf hinweisen, daß der Vorstand der Abteilung 12 ununterbrochen alle Krankenhäuser besucht, sich mit den Verwaltungen ins Einvernehmen setzt und mit den Primären unterhandelt. Damit gespart wird, finden im weiteren Kontrollen durch die Buchhaltung und durch das neugeschaffene Kontrollamt statt. Ich muß sagen, daß diese Kontrollen und Berichte äußerst gewissenhaft erstellt werden. Wenn Sie, meine Damen und

Herren, etwa glauben, daß diese Kontrolleinrichtungen irgendwie ersparend wirken, täuschen Sie sich. — Man sieht also, es ist auf diesem Gebiet nicht mehr zu machen als das, was ohnehin gemacht worden ist. Schließlich und endlich: Genau so, wie die Zuschüsse zur Förderung der Landwirtschaft berechtigt sind und nicht hereingebracht werden können — sie machen ungefähr ebensoviel aus wie die Abgänge bei den Krankenanstalten — beinhaltet das Defizit bei Heilanstalt Posten, bei denen man nicht von Einsparungen reden kann. Ich möchte an den Herrn Abg. Stöffler oder an die Herren Landwirtschaftsvertreter die Gegenfrage stellen: Könnte man nicht die 36 Millionen an Zuwendungen des Landes, die bei Gruppe VII aufscheinen, auch einsparen und zu diesem Zwecke auch irgendwelche Kontrollmaßnahmen durchführen? Ich werde mit hüten, eine solche Forderung zu stellen, denn ich weiß zu gut, daß da nichts zu machen ist, daß es sich um verpflichtende Ausgaben handelt, die sich naturgemäß selbst ergeben und getätigt werden müssen. Jede Absicht, da Ersparungen zu erzielen, muß im Sande verlaufen.

Kollege Landesrat Dr. Stephan hat in der Spezialdebatte über den Proporz bei der Besetzung von Arztstellen gesprochen. Er hat im konkreten Falle die Anstellung des Direktors des Landeskrankenhauses Graz und des Primararztes auf der III. Medizinischen Abteilung im Auge gehabt. Ich möchte Ihnen zu diesen zwei Bestellungen folgendes sagen:

Der neuernannte Direktor war in der nationalsozialistischen Zeit bis 1945 Leiter der Sanitätsabteilung und ihm oblag auch die referatsmäßige Führung der Kranken- und Heilanstalten im Lande. Wenn ich nicht irre, war diesem großen Referat damals auch die Fürsorgeabteilung angeschlossen. Er wurde, als die Engländer einzogen, außer Dienst gestellt. Politisch ist diese Bestellung nicht zu beurteilen und kann nur sachlich beurteilt werden. Die Besetzung des Direktorpostens im Landeskrankenhaus Graz ist diesmal aber auch nach anderen Gesichtspunkten erfolgt als früher. Der Vorgänger war Direktor des Landeskrankenhause und gleichzeitig Primararzt auf der III. Medizinischen Abteilung. Im Laufe meiner Tätigkeit bin ich schon längst zur Überzeugung gekommen, daß die Verbindung beider Posten auf die Dauer nicht haltbar ist. Wenn der Direktor, der sich voll und ganz diesem wichtigen Krankenhausbetrieb widmen soll, auch gleichzeitig noch Primararzt einer großen Abteilung ist, so kann er entweder das eine oder das andere nicht zur Zufriedenheit besorgen. Ich möchte dem verstorbenen Direktor Professor Rößler das Zeugnis ausstellen, daß er eine ganz außergewöhnliche Arbeitskraft war. Er konnte vielleicht den Aufgaben dieser zwei Posten gerecht werden. Aber nicht alle Menschen sind gleich und man findet nicht gleich jemanden, der über so erstaunliche Arbeitskräfte verfügt. Jedenfalls haben sich auch unter

dem Verstorbenen mancherlei Schwierigkeiten ergeben. Wenn der Direktor gleichzeitig auch Primararzt ist, dann ist er Kollege der anderen Primärärzte und wenn er dann für seine Abteilung irgendwelche Dinge durchsetzt oder sie auf Grund seiner Machtvollkommenheit selbst anordnet, dann hat er immer den Vorwurf zu gewärtigen: „Auf seine Abteilung schaut er, aber bei uns geschieht nichts!“. So haben sich doch gewisse Spannungen ergeben, die für den Betrieb nicht zuträglich waren. Die Landesregierung hat nun nach dem Ableben des früheren Direktors den Beschluß gefaßt, dieses System zu ändern und einen eigenen Direktor anzustellen, der sich ausschließlich nur mit diesen Aufgaben, wie Führung der Direktionsgeschäfte und Überwachung dieses ganzen riesigen Komplexes zu beschäftigen hat. Es wurde von der Landesregierung über meinen Antrag beschlossen, das Primariat der III. Medizinischen Abteilung separat auszuschreiben. Mit der Besetzung des Direktorpostens durch Herrn Hofrat Dr. Strenger bin ich überzeugt, daß ein Mann bestellt wurde, der all den vielfältigen Aufgaben vollkommen gewachsen ist. Mit irgend einer politischen Absicht hat diese Berufung gar nichts zu tun und nur sachliche und fachliche Argumente waren entscheidend.

Der zweite Posten ist der des Primariates auf der III. Medizinischen Abteilung. Ich habe mich bei Behandlung des NS-Problems von Anfang an auf einen grundsätzlichen Standpunkt gestellt. Wir mußten ja am Anfang — das weiß jeder — über Anordnung der Russen oder der Engländer oder später nach dem NS-Gesetz eine ganze Reihe von Menschen abbauen, weil sie belastete Nationalsozialisten waren, formell wenigstens, und sie sind aus dem Dienst ausgeschieden. Später setzte sich eine menschlichere Auffassung durch und da habe ich mich bemüht, Leute, die anständig und fachlich gut beschrieben waren, wieder zurückzunehmen und ihnen den Weg in die frühere Existenz zu ebnet. Ich habe mir dabei gesagt: Wenn ein aus dem Dienst ausgeschiedener, ehemals Belasteter es sich irgendwie gerichtet hat, sei es, daß er durch die Entregistrierungskommission in die Kategorie der Minderbelasteten gekommen ist oder sei es, daß er durch einen Gnadenakt des Bundespräsidenten nach § 27 des Nat.-Ges. begnadigt worden ist, oder wenn er unter die Bestimmungen des allgemeinen Amnestiegesetzes gefallen ist und wenn er ein tüchtiger, braver, anständiger, korrekter Mensch war und wenn ein Posten frei ist, so soll er wieder zurückgenommen werden. Diese grundsätzliche Auffassung habe ich ausnahmslos in allen Fällen vertreten und die Landesregierung hat sich dieser Auffassung auch angeschlossen. Und die beiden hier in Frage stehenden Herren, sowohl Dr. Strenger als auch Dr. Peter, sind nach § 27 begnadigt worden. Dr. Strenger war Landes-sanitätschef, der andere war Leiter jener Krankenabteilung, die er jetzt wieder zurückbekommen hat. Er wurde von allen Faktoren als außerordentlich gewissenhafter, braver, ver-

läßlicher und fachlich sehr gut beschriebener Mensch geschildert. Da ist es doch naheliegend, meine Damen und Herren, daß ich mich nicht selbst Lügen strafen konnte und in diesem Fall nicht sagen konnte, „den nehmen wir nicht, wir nehmen einen anderen“. Es war ein Akt der Gerechtigkeit und Korrektheit, daß der Landesregierung ein solcher Antrag vorgelegt worden ist. Sie hat ihn angenommen und es kann niemand daran etwas finden. Es hat das mit dem Proporz nichts zu tun, sondern beide Fälle sind aus der gegebenen Situation heraus gar nicht anders zu behandeln gewesen. Der eine wurde wieder berufen, weil er den Primararztposten früher schon lange inne hatte — ich glaube, er hatte 20 Dienstjahre beim Lande — und der andere, weil er die volle Eignung für die Direktorstelle im Landeskrankenhaus Graz hat.

Unter einem wurde auch die Neubesetzung des freien Primariates auf der Infektionsabteilung miterledigt. Die Infektionsabteilung ist nämlich seit einigen Jahren nicht mehr in der Weise als Infektionsabteilung — so wie es seinerzeit war — geführt worden, sondern sie wurde vom Klinikvorstand der Kinderabteilung geführt, weil die meisten Infektionskranken eben Kinder sind. Früher war eine eigene landschaftliche Infektionsabteilung im Landeskrankenhaus Graz für Erwachsene und für Kinder eingerichtet und die Kinderklinik hatte ihre eigene selbständige Infektionsabteilung. Seit längerer Zeit habe ich mich bemüht, den früheren Zustand zum Teil wieder herzustellen. Erstens einmal, weil es zweckmäßig und gut ist und weil das Land diese eigene Abteilung braucht und zweitens auch deshalb, weil man einen freien Arztposten doch schließlich und endlich auch besetzen soll. Dies gilt besonders in der Steiermark, wo die Ärzte ohnedies so klagen, daß sie schwer unterkommen. Wer ist nun genommen worden als Primarius für diese Infektionsabteilung? Einer der Bewerber um das Primariat für die III. Medizinische Abteilung, ein sehr ambitionierter, von seinem Chef, dem Klinikvorstand sehr gut beschriebener Mann, der auch wissenschaftlich tätig ist. Ich habe mir dabei gedacht: Jetzt erledigen wir alles unter einem, damit kein Vorwurf gemacht werden kann, die Landesregierung tue nicht alles, um den Arztstand zu helfen. Nebenbei bemerkt, ist dieser neue Primararzt der Sohn eines früheren Landesamtsdirektors, der ein außerordentlich tüchtiger Beamter war und dem Lande jahrzehntelang gute und treue Dienste geleistet hat. Ich glaube also, daß man hier von einer Besetzung nach dem Proporz absolut nicht reden kann.

Herr Landesrat Dr. Stephan hat auch die Frage der Distriktsärzte erörtert und den angeblichen Proporz bei diesen Bestellungen einer Kritik unterzogen. Das ist auch nicht so, wie es sich der Herr Kollege Dr. Stephan vorstellt. Die Landesregierung ist bei Bestellung eines Distriktsarztes an einen Terno-Vorschlag der Sanitätsdistriktsausschüsse gebunden. Wenn

also ein Arzt in diesen Terno-Vorschlag nicht hineinkommt, kann ihn die Landesregierung überhaupt nicht ernennen. Natürlich — das entzieht sich aber meiner Kenntnis und Beurteilung — werden diese Distriktsausschüsse, die von den Bürgermeistern repräsentiert werden, ihre eigenen Leute in den Terno-Vorschlag der einzelnen Gemeinden hineinnehmen. Aber einen Bestellungsproporz daraus abzuleiten, wäre abwegig. Wenn ich einen politischen Proporz in meinem Referat hätte einführen wollen oder können, so wie es sich Landesrat Dr. Stephan vorstellt, so müßten die Distriktsärzteposten in Steiermark ganz anders besetzt worden sein. Es werden in Steiermark rund 200 Distriktsärzte sein, aber ich glaube nicht — ich weiß es zwar nicht genau, weil ich mich nie darum gekümmert habe —, daß davon viel mehr als 20 dem BSA. angehören. Alle anderen sind politisch anderswo, wo weiß ich nicht, aber jedenfalls nicht bei uns Sozialisten.

Man kann also auch auf diesem Gebiete von einem politischen Proporz nicht reden. Übrigens möchte ich sagen, daß ich, seitdem ich das Sanitätsreferat — und dies liegt mehr als drei Jahrzehnte zurück — führe, niemals nach politischen Grundsätzen entschieden habe. Denken Sie nur daran, was für ein riesiges Referat und welch riesiges Personal aller Kategorien das Sanitätsreferat hat: In allen Spitälern gehört kaum die Hälfte des Personals der SPÖ an. Da gibt es keinen Proporz und es ist vollkommen unrichtig, wenn man von Proporzentscheidungen redet. Ich habe seit dem Jahre 1920, von welchem Zeitpunkt an ich das Referat führe, bis auf den heutigen Tag auf eine Anstellung nach ausschließlich politischen Gesichtspunkten nicht nur keinen Wert gelegt, sondern solche abgelehnt. Viele Ärzte sind in dieser Zeit zu mir gekommen und haben mir das Parteimitgliedsbuch der SPÖ vorgelegt. Ich habe sie immer gebeten, es wieder einzustecken, denn ich wußte ja nicht, ob sie in der anderen Rocktasche nicht ein anderes bereit haben. Bei mir war nicht das Parteimitgliedsbuch maßgebend, sondern, ob die Bewerber etwas können und ob sie anständige Menschen sind. Nach diesem Gesichtspunkte habe ich die Anstellungen beeinflußt, soweit ich sie zu beeinflussen oder durchzuführen in der Lage war und ich würde das Hohe Haus bitten, diese meine Ausführungen zur Kenntnis zu nehmen.

Abg. Hegenbarth hat über die Notwendigkeit der Subventionierung von Privatspitälern gesprochen. Ich stimme mit ihm darin überein, daß das Barmherzigenhospital in jeder Richtung zu fördern ist, denn es ist eine Einrichtung, die der Allgemeinheit zugute kommt. Aber zu bedenken ist dabei, daß wir bis jetzt Privatspitäler grundsätzlich nicht subventioniert haben. Wir haben in Steiermark eine ganze Reihe solcher Spitäler und wenn die Landesregierung, die selbst eine so große Anzahl leistungsfähiger Spitäler führt, auch noch die Privatspitäler subventionieren soll, so würde das über die finanzielle Leistungsfähigkeit des

Landes hinausgehen. Man müßte dann auf anderen wichtigen Gebieten sparen, die eine Reduzierung aber auch nicht ertragen würden. Die ausnahmsweise im Voranschlag 1954 beantragte Subvention von 300.000 S ist übrigens nicht für das Barmherzigenhospital allein bestimmt. Aus diesem Betrag, der schließlich parteimäßig vereinbart wurde, ist sowohl das Barmherzigenhospital als auch das Spital in Bad Aussee zu beteiligen. Ich muß das deshalb klarstellen, weil die Interpretation des Abg. Hegenbarth den Vereinbarungen, die getroffen worden sind, widerspricht.

Der Herr Abg. Dr. Pittermann hat mich außerordentlich überrascht durch seine Auffassung, daß mit den Zentral-Röntgeninstitut bei uns im Landeskrankenhaus Graz nur ein Monumentalbau, ein Mammutbau aufgeführt wird, der nach seinen Darlegungen gar nicht notwendig wäre. Ich möchte ihn dringend ersuchen, in Hinkunft solche Auffassungen hier im Hause nicht wiederzugeben, ohne sich vorher genauer zu informieren. Ich habe hier im Landtag während der vorigjährigen Budgetberatung und auch im Plenum der Landesregierung die unbedingt notwendige und dringende Errichtung dieses Zentral-Röntgeninstitutes vorgetragen und habe auf Grund des Urteiles der Fachleute nachgewiesen, daß uns nichts anderes übrig bleibt, als diesen wichtigen Neubau zu errichten. Ich würde Abg. Dr. Pittermann einladen, ins Landeskrankenhaus Graz zu gehen und sich selbst zu überzeugen, wie es derzeit in der Röntgenstation aussieht, wo Hunderte von Kranken, speziell die Anstaltspfleglinge selbst, röntgenisiert werden. Heute wird ja kein Patient mehr operiert, bevor nicht eine gründliche Röntgenuntersuchung durchgeführt worden ist. Am Gange steht Bett an Bett, so daß man oft gar nicht durch kann. Daneben unterrichtet der Professor seine Studenten und die Patienten müssen stundenlang warten. Es ist das ein Zustand, der unerträglich ist. Das war der Grund, warum ich der Landesregierung und dem Landtag empfohlen habe, das Zentral-Röntgeninstitut zu bauen. Das Zentral-Röntgeninstitut wird — wenn es vollendet sein wird — nicht nur ein Institut für Graz, sondern für die Bevölkerung des ganzen Landes sein. Es kommen die Patienten vom ganzen Lande und aus allen Krankenhäusern in das Zentral-Röntgeninstitut und lassen sich dort untersuchen. Die Wissenschaft weist nach, daß eine richtige Diagnose nicht gestellt werden kann, wenn der Kranke nicht vorher durchleuchtet wird. Die Anwendung der Röntgenstrahlen ist im letzten Dezennium so überragend für die Krankenbehandlung geworden, daß man darüber gar nicht mehr reden soll und kann, ob ein solches Institut notwendig ist oder nicht. Dabei kommt in Betracht, daß dieses sogenannte Mammutgebäude auch eine andere wichtige Krankenabteilung einschließen muß. Es ist dies die Abteilung für die urologische Behandlung, die derzeit ausschließlich in der I. Chirurgischen Abteilung durch den Klinikvorstand mitgeführt

wird, die aber spezialisiert werden muß. Auf dem Gebiete der Medizin muß eben weiter spezialisiert werden. Diese derzeitige urologische Abteilung mit 40 Betten wird erweitert und kommt auch in das neue Gebäude. Es wird ein ganzes Stockwerk diesem Spezialfach dienen. Dadurch wird in der chirurgischen Abteilung der bestehende Raummangel teilweise beseitigt werden, weil 40 Betten immerhin eine gewisse Rolle spielen. Es ist grundfalsch, diese Maßnahme der Landesregierung infolge unrichtiger oder unvollständiger Information im Landtage zu bekritteln. Der Neubau des Zentral-Röntgeninstitutes ist eine Sache, die unbedingt gemacht werden mußte. Wenn ich Ihnen sage, daß wir im Jahre 1922 im Röntgeninstitut 3200 Durchleuchtungen gehabt haben und diese heute auf 80.000 im Jahr angestiegen sind, so ist daraus allein schon ersichtlich, daß das, was früher halbwegs noch zulänglich war, heute nicht mehr genügen kann. Ich darf noch darauf verweisen, daß drei Viertel aller röntgenologischen Untersuchungen bei Patienten der 3. Verpflegsklasse durchgeführt werden, so daß man wohl sagen kann, daß unser Zentral-Röntgeninstitut im Landeskrankenhaus Graz dem Volke in seiner Gesamtheit dient. Ich bitte, sich bei der Beurteilung nicht von einseitigen und falschen Informationen leiten zu lassen. Professor Dr. Leb, der dieses Institut leitet, gilt in der internationalen medizinischen Welt als bekannter Röntgenfachmann. Er steht an der Spitze der Forschungen auf diesem Gebiete, er ist ein Mann, der bei den internationalen Röntgenkongressen den Vorsitz führt und den Ton angibt, also ein erstklassiger, in jeder Beziehung höchst schätzenswerter Arzt und Mensch. Ihn zu verstimmen und ihm zu sagen, daß das, was er vorgeschlagen hat, nicht notwendig gebraucht wird, wäre ungerecht und völlig verfehlt. Natürlich kostet dieses neue Zentral-Röntgeninstitut — das hoffentlich bald eröffnet werden kann — viel Geld. Ich schätze auf 14 Millionen Schilling samt der Einrichtung. Der Betrieb — der Bau ist völlig fertig — konnte noch nicht eröffnet werden, weil eine Reihe von notwendigen Apparaturen im Ausland bestellt werden mußte. In Österreich werden viele der notwendigen Apparate nicht erzeugt. Auch Zoll- und Lieferschwierigkeiten ergeben sich, weil in der Regel die Lieferzeit nicht unter 6 bis 8 Monate beträgt. Deshalb konnte die Eröffnung noch nicht durchgeführt werden. Ich bin aber überzeugt, daß mit der Eröffnung dieses Institutes im zweiten Halbjahr 1954 gerechnet werden kann.

Ebenso wie der Herr Kollege Dr. Pittermann wegen des Zentral-Röntgeninstitutes falsch informiert war, so ist er es auch wegen der angeblich nicht richtigen Behandlung der geistlichen Schwestern. Den Vorwurf, daß die weltlichen Schwestern besser als die geistlichen Schwestern behandelt würden, muß ich allen Ernstes zurückweisen, denn das war niemals der Fall. Schon nach dem Ersten Weltkrieg wurde

über meinen Antrag für die geistlichen Schwestern ein schönes großes Schwesternhaus errichtet. Es ist also für ihre Unterkunft in der besten Weise vorgesorgt worden. Ich weise darauf hin, daß den geäußerten Wünschen und ihren weltanschaulichen Grundsätzen entsprechend über meinen Antrag eine eigene Kapelle gebaut worden ist, ich weise weiter darauf hin, daß die seinerzeit ungenügende Bezahlung über meinen Antrag so geregelt worden ist, daß sie bei jeder allgemeinen Besserstellung oder bei jeder allgemeinen Höherreihung der anderen Bediensteten, ohne daß sie wie früher ansuchen müssen, automatisch mitpartizipieren. Es trifft also nicht zu, daß die geistlichen Schwestern, wie der Herr Kollege Dr. Pittermann ausgeführt hat, schlecht untergebracht seien im Keller usw. Wir haben mit den geistlichen Schwestern einen Vertrag, demzufolge sie Pflegedienste in den Landeskrankenhäusern zu besorgen haben. Aber sie können das in vollem Umfange nicht mehr tun. Kollege Doktor Pittermann hat den geistlichen Schwestern keinen guten Dienst erwiesen, wenn er dieses Thema hier im Hause aufgerollt hat und mich dadurch zwingt zu sagen, wie die Wirklichkeit ist. Die geistlichen Schwestern sollen nach dem Vertrag und Dienstpostenplan eine bestimmte Anzahl von diplomierten Pflegerinnen stellen. Sie haben aber die notwendige Anzahl nicht. Sie bedienen sich als Ersatz der Caritas-Schwwestern, die keine geistlichen Schwestern sind. Da aber der Vertrag auf Beistellung von Ordens-Schwwestern lautet, hätte ich sofort sagen können, diese Caritas-Schwwestern werden zum Dienste nicht zugelassen. Wenn dem Orden katholische Schwestern nicht zur Verfügung stehen, dann wird die Landesregierung sich mit weltlichen Schwestern behelfen. Das habe ich aber nicht getan. Ich habe es gestattet und habe den Vertrag zu Gunsten der geistlichen Schwestern so interpretiert, daß bis auf weiteres auch die vom Orden herangezogenen Caritas-Schwwestern mit verwendet werden können. Bei der vom Abg. Dr. Pittermann beanstandeten Unterbringung handelt es sich nicht um die diplomierten geistlichen Schwestern, sondern um die Caritas-Schwwestern und Schülerinnen, die in die Krankenpflegerinnenschule gehen. Aber auch hier wird geeignete Abhilfe geschaffen werden, obwohl die Landesregierung hiezu keine Verpflichtung hätte. Tatsache ist, daß der Nachwuchs bei den geistlichen Schwestern nicht mehr so vor sich gehen kann, wie es normal notwendig wäre. Wenn ich mein Referat so führen würde, wie Herr Dr. Pittermann vermutet, hätte ich schon längst verlangen müssen, daß die ungefähr 50 geistlichen Schwestern, die schon über 60 Jahre alt sind und den Dienst nicht mehr voll versehen können — denn wenn man einmal 60 Jahre alt ist, dann kann man den verantwortlichen Krankenpflegedienst nicht mehr verrichten, wie es nötig ist — abzutreten haben und daß dafür jüngeres weltliches Personal eingestellt werde. Weil ich aber überzeugt bin, daß es gut ist,

wenn geistliche und weltliche Schwestern in den Spitälern tätig sind, denn dadurch wird eine gewisse gesunde Konkurrenz auch auf diesem Gebiete geschaffen, haben die geistlichen Schwestern durch mich stets die notwendige Förderung erfahren. Man kann daher nicht sagen, daß sie benachteiligt werden, vielfach wird das Gegenteil behauptet.

Herr Dr. Pittermann hat auch noch einen scharfen Angriff gegen den Landes-Sanitätsdirektor gerichtet, warum, ist mir nicht recht klar. Sachlich ist er gewiß nicht begründet. Ich könnte beinahe annehmen, daß dieser Angriff nur deshalb erfolgt ist, weil der Sanitätsdirektor der ÖVP nicht angehört. Wäre dies der Fall, dann wäre dieser Angriff wahrscheinlich unterblieben. Dr. Pittermann sagt, daß der Sanitätsdirektor schuld daran sei, daß der vom Bundesministerium erworbene Röntgen-Zug noch nicht in Funktion getreten ist. Meine Damen und Herren, was ist der Röntgen-Zug? Wir haben seinerzeit — und es war gerade der Sanitätsdirektor, der mich darauf aufmerksam gemacht hat — in Erfahrung gebracht, daß die Unicef dem österreichischen Staat ein fahrbares Röntgen-Reihenuntersuchungsgerät geschenkt hat. Dieses Röntgen-Reihenuntersuchungsgerät besteht aus zwei monströsen Automobilen mit einem Anhänger. Um dieses Geschenk haben sich die Bundesländer in Österreich gerissen, weil man es notwendig braucht. Wien und Oberösterreich haben schon solche Geräte. Ich habe mich sofort, als mich der Sanitätsdirektor darauf aufmerksam machte, daß unter Umständen diese wertvolle Einrichtung für Steiermark gesichert werden könnte, zuerst schriftlich, und weil das nichts genützt hat, mündlich mit dem Minister für Soziale Verwaltung in Verbindung gesetzt und schließlich haben wir es mit vereinten Kräften erreicht, daß dem Land Steiermark dieses Gerät zur Verfügung gestellt worden ist. Aber, meine Damen und Herren, so etwas Neues sofort in Betrieb zu setzen, das geht nicht von heute auf morgen. Der Sanitätsdirektor trägt an der Verzögerung keine Schuld. Im Gegenteil, er ist herumgelaufen und hat sich redlich bemüht — sowohl beim Herrn Finanzreferenten selbst wie auch beim beamteten Leiter der Finanzabteilung Herrn Hofrat Dr. Pestemer — die Mittel, die man für die Inbetriebsetzung braucht, sicherzustellen. Innerhalb des Jahres ist dies bekanntlich ungemein schwer, denn da heißt es eben: „dafür haben wir nichts vorgesehen im Budget, woher sollen wir das Geld nehmen?“. Das sind die Gründe, Herr Dr. Pittermann, warum der Röntgen-Zug noch nicht eingesetzt worden ist. — Alle anderen Informationen sind unrichtig.

Und wenn Herr Dr. Pittermann ins Persönliche übergeht und dem Sanitätsdirektor vorwirft, daß er eine Privatordination betreibt und dort 1 oder 2 Stunden täglich ordiniert, so ist ein solcher Angriff auch nicht am Platze. Die Landesregierung und ich als Sanitätsreferent

haben bisher nicht darnach gefragt, ob die angestellten Ärzte sich außerhalb ihrer Amtszeit auch privat betätigen. Auch die Amtsärzte können in ihrer freien Zeit privatärztliche Verrichtungen ausüben, so wie alle Primärärzte und die Klinikvorstände das auch machen und wie es auch bei den Distrikts- und Tierärzten selbstverständlich ist. Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß die beim Lande angestellten Ärzte wohl daran tun, wenn sie sich nicht ganz von jeder privatärztlichen Tätigkeit ausschalten, weil sie sonst von ihren Kollegen als Bürokraten, als Leute, die mit dem praktischen Leben wenig mehr zu tun haben, angesehen und nicht voll anerkannt werden. — Das Röntgen-Reihenuntersuchungsgerät, meine Damen und Herren, wird in der nächsten Zeit in Betrieb gesetzt werden. Es ist eine große Erlungenschaft, denn es gibt uns die Möglichkeit, von Graz aus nach jedem Ort und zu jeder Arbeitsstätte hinauszufahren und Reihenuntersuchungen an Ort und Stelle durchzuführen. Der zweite Wagen ist mit einem Laboratorium ausgestattet, so daß auch gleich an Ort und Stelle entwickelt werden kann. Heute kranken die vorbeugenden Maßnahmen besonders daran, daß die nicht unmittelbar Erkrankten nicht zum Arzt hingehen wollen. Man kann ihnen hundertmal predigen: dort ist ein Amtsarzt, laßt euch untersuchen, ob ihr lungenkrank oder sonstwie gesundheitsgefährdet seid. Erst wenn es zu spät ist, konsultieren sie den Arzt. Mit dem Röntgenzug können wir aber an viele Menschen herankommen, die oft gar nicht wissen, daß sie krank sind. Wir können die Betriebe und Gemeinden aufsuchen, wir können bis zu 400 Untersuchungen am Tag machen. Die Ergebnisse werden sofort den zuständigen Ärzten zugemittelt, so daß diese mit der Behandlung rechtzeitig beginnen können. Daß es nun gelungen ist, diesen Röntgen-Zug dem Lande Steiermark zu sichern, ist als besonderer Erfolg der Tätigkeit des Landessanitätsreferates und des ihm vorstehenden Landes-Sanitätsdirektors zu werten.

Nun möchte ich noch ein hier zur Sprache gebrachtes Kapitel behandeln, und zwar das Landeskrankenhaus Wagna. Kollege Pözl und auch die Herren von der ÖVP sind der Meinung, daß ich oder das Krankenhaus-Referat das Hindernis sind, daß in Wagna bis nun kein neues Krankenhaus erbaut wurde. Ich kenne das Krankenhaus in Wagna sehr gut; ich war selbst dabei, wie es nach 1918 vom Land übernommen worden ist. Es handelt sich um ein Barackenspital, das von vornherein dazu bestimmt war, in bestimmter Frist aufgelassen zu werden. Es war nie daran gedacht, in Wagna ein neues Krankenhaus zu errichten. 10 Jahre nach Übernahme hätte es aufgelassen werden sollen, doch dazu ist es nie gekommen. Die Bevölkerung von Leibnitz und Wagna hat mit Recht gesagt: Laßt das Spital da. Wir haben dieses Spital eine zeitlang überhaupt nicht als eigenes Spital geführt, sondern nur als Art Dependance des Landeskrankenhauses Graz und

es ist auch von Graz mitverwaltet worden. Ein Barackenspital ist keine Lösung der Spitalsfrage, denn es ist und bleibt ein Barackenspital mit allen Nachteilen. Von den seinerzeitigen Baracken ist aber nicht viel übrig geblieben. Sie wurden ergänzt und erneuert, denn Holz hält nicht lange. Nun kommt die Frage, was man machen soll? Wenn ich diese Frage rein politisch beurteilen wollte, müßte ich mit Feuer und Schwert dafür eintreten, daß ein neues Krankenhaus in Wagna gebaut wird. Der Dränger und Stürmer sind viel mehr auf unserer Seite als auf der ÖVP-Seite. Wagna ist eine sozialistische Gemeinde und hat eine sozialistische Bürgermeisterin, die immer wieder darauf drängt, daß ein Neubau entsteht. Dasselbe tun die dortigen Arbeiter. Wenn ich nicht so ohne weiteres einen solchen Antrag stellen wollte, so aus rein sachlicher Beurteilung. Es werden derzeit in Wagna vielleicht 80 Patienten untergebracht sein; der höchste Durchschnittsbelag dürfte 100 bis 110 betragen. Es handelt sich also nach fachlicher Auffassung um ein kleines, nicht lebensfähiges Spital. Wir haben in der Nähe die Spitäler in Feldbach und Radkersburg, das Einzugsgebiet für Wagna ist also nicht sehr groß. Es bestehen hierüber natürlich verschiedene Auffassungen. Ich habe auf Grund von Erhebungen festgehalten, daß es nicht sicher ist, daß wir auch nur diese Anzahl von Patienten dort ständig werden zu betreuen haben.

Im Zusammenhang mit dieser wichtigen Frage steht aber eine andere noch wichtigere. Die Klage des Herrn Kollegen Dr. Pittermann über die Unzulänglichkeit des Landeskrankenhauses Graz ist berechtigt. Er hat gesagt, daß sowohl in den chirurgischen als auch in den medizinischen Abteilungen und in der Tuberkulosenabteilung kein Platz sei. Die Ärzte, bzw. das Rote Kreuz, bringen die Patienten nicht unter, weil keine Betten vorhanden sind. Das ist richtig und zutreffend. Im Laufe der Jahre haben wir uns damit geholfen, daß wir dazugebaut, daß wir das Notwendigste angeschafft haben, um Raum zu schaffen. In Graz haben wir nach dem Ersten Weltkrieg drei Spitäler gehabt: das neue Landeskrankenhaus, das große Paulustorspital, — in dem jetzt die Polizeidirektion ist — das damals gänzlich Spitalszwecken gewidmet war, und das Krankenhaus Graz-West in Eggenberg, ein großes Militärspital, das auch für Zwecke der Krankenunterbringung zur Verfügung gestanden ist. Aus finanziellen Erwägungen sind die Spitäler in der Paulustorgasse und in Eggenberg aufgelassen worden. Darunter leiden wir heute außerordentlich. Wir haben 3000 Betten im Landeskrankenhaus, die in der Regel voll belegt sind. Selbstverständlich können gewisse Abteilungen, wie beispielsweise die Infektionsabteilung, nicht dauernd als voll belegt betrachtet werden. Es gibt Zeiten, wo dort die Bettenzahl gänzlich unzulänglich ist und wieder Zeiten, wo nur wenige Betten belegt sind. Freie Betten in der Infek-

tionsabteilung können aber mit anderen Kranken nicht belegt werden. Die derzeitige Situation im Landeskrankenhaus ist so, daß ein Bett neben dem andern steht, daß auch die Gänge schon besetzt sind und daß man mit bestem Willen mehr Kranke nicht unterbringen kann. Was ergibt sich daraus für eine Schlußfolgerung? Entweder muß das Landeskrankenhaus weiter ausgestaltet werden, noch monströser gemacht werden als es ist, oder man muß anderswie der Bettennot beikommen. Ich werde Ihnen gleich sagen, warum ich der Meinung bin, daß ein weiterer Ausbau nicht möglich ist und daß wir uns mit dem Gedanken abfinden werden müssen; früher oder später ein eigenes zweites Spital in Graz zu errichten. Im Südwesten, in der Straßganger Gegend, wäre wahrscheinlich die Erbauung eines solchen weiteren Spitals am besten plaziert. Die Bestrebungen der Klinikvorstände gehen nicht in dieser Richtung. Sie wollen begreiflicherweise das Krankenmaterial auf den Kliniken und Abteilungen auf der derzeitigen Höhe erhalten. Auch aus technischen Gründen wird eine wesentliche Erweiterung des Landeskrankenhauses Graz nicht mehr möglich sein. Es müßten viele Einrichtungen versagen, wie die Heizung, die Wasserleitung, die Kraftanlage, die Wäscherei usw. Alles das kann nicht mehr noch größer gemacht werden, ganz abgesehen davon, daß das Spital in seiner heutigen Größe schon unübersichtlich geworden ist und sich wegen seines Umfangs schon schwer verwalten läßt. Es wird also, wie gesagt, früher oder später notwendig werden, in Graz ein zweites Spital zu erbauen. Wenn das aber dringend notwendig ist, kann man es dann noch verantworten, daß in unmittelbarer Nähe von Graz, 30 km von Graz entfernt, mit einem Aufgebot von rund 30 Millionen Schilling ein neues Spital errichtet wird, das höchstwahrscheinlich doch nur unzulänglich belegt bleiben muß? Ist es nicht logischer, daran zu denken, hier in Graz dieses Spital zu errichten, wo die Möglichkeit besteht, alle Kranken aus der Umgebung und nicht nur von Wagna, hier unterzubringen? Patienten von Graz können wir nicht gut nach Wagna schicken. In Graz bestehen Spezialabteilungen für Augen, Ohren, die gynäkologische Abteilung und viele andere mehr. In der Provinz können wir Spezialabteilungen nur in beschränktem Maße einrichten.

Das waren die Gründe, warum ich mit einem Antrag auf Neubau des Krankenhauses in Wagna bis nun zurückgehalten habe. Es wird Sache der Planung im nächsten Jahr sein, alle diese Fragen zu klären. Ich sage nicht, daß es unbedingt so gemacht werden muß, wie ich es mir vorstelle. Meine Meinung stützt sich auf das Gutachten einsichtsvoller Fachmänner und Berichte aller fachlichen Stellen, die hier mitzuberaten haben. Nehmen Sie zur Kenntnis, daß ich von meinem Standpunkt als Landes-Sanitätsreferent aus grundsätzlich dafür bin, daß überall Spitäler gebaut werden, wo die Möglichkeit hiezu vorhanden ist, denn jedes Spital

ist eine Wohltat für die Bevölkerung. Man braucht die Kranken nicht anderswohin schicken, die Patienten selbst und auch die Verwandten, die die Patienten besuchen, gehen nicht gern anderswohin. Wenn es die finanzielle Situation des Landes gestattet, dann soll auch in Wagna ein neues Spital gebaut werden. Ich würde dies gewiß nur begrüßen. Über die finanzielle Frage habe aber nicht ich zu entscheiden.

Zum Schlusse nur noch ein paar Bemerkungen zu den anderen hier vorgebrachten Fragen:

Beim Kapitel Stolzalpe wurde — und mit Recht — beanständet, daß die Möglichkeit, erwachsene Patienten unterzubringen, zu gering sei. Ich habe schon bei der Eröffnung des neu erbauten Kinderheimes auf der Stolzalpe, bei der die ganze Landesregierung und der Herr Bundespräsident anwesend waren, darauf hingewiesen, daß wir nun für die Kinder Vorsorge getroffen haben und noch weiter dadurch vorsorgen, daß im kommenden Budget ein Betrag von 400.000 S eingestellt ist, um das alte Kinderheim instandzusetzen. Aber für die Erwachsenen ist nicht entsprechend vorgesorgt. Wir haben immer über 200 Vormerkungen, das sind beinahe zwei Drittel des ganzen Belages. Jedermann weiß, daß auf der Stolzalpe die Behandlungsdauer eine sehr lange ist — manchmal dauert sie jahrelang — und deshalb müssen die Vorgemerkten allzulange warten. Ich stehe hier auf dem Standpunkt, wenn irgendwie die Möglichkeit gegeben sein wird, einen weiteren Ausbau durchzuführen, so sollte dies geschehen.

Herr Kollege Hegenbarth hat auch über die Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Am Feldhof“ gesprochen und hat dort den Ärztemangel einer besonderen Kritik unterzogen. Je mehr Ärzte, desto besser, damit bin ich voll einverstanden. Wir haben auch den diesbezüglichen Wünschen der Ärzteschaft weitestgehend beim Stellenplan Rechnung getragen. Mit einem bin ich allerdings nicht einverstanden, was der Herr Abg. Hegenbarth vorgebracht hat. Ich bin nicht dafür, daß „Am Feldhof“ ein klinischer Betrieb eingerichtet wird und die Ärzte glauben, sie müßten dort auch alles das machen, was auf der Nervenlinik im Landeskrankenhaus Graz gemacht wird und zufolge der speziellen Einrichtungen gemacht werden kann. Es sind tüchtige und brauchbare Menschen, diese Ärzte „Am Feldhof“, aber sie gehen fehl, wenn sie glauben, sie können ihre Tätigkeit in derselben Art in Feldhof fortsetzen, wie sie sie als Assistenten auf der Nervenlinik des Landeskrankenhauses entwickelt haben. Das wäre eine Doppelgeleisigkeit, würde viel Geld kosten und daher kann man solchen Wünschen nicht Rechnung tragen.

Beim Krankenhaus in Bruck wurde beanstandet, daß in diesem Krankenhaus die gynäkologische Abteilung noch nicht ausgebaut wurde. Wir haben den Betrag zum Ausbau im vorjährigen Budget unbedeckt vorgesehen gehabt, aber der Herr Landesfinanzreferent war nicht in der Lage, diese Post im Laufe des Jahres

zu bedecken. Der Ausbau der gynäkologischen Abteilung in Bruck ist wirklich sehr notwendig. Die Frequenz dieser derzeit unzulänglichen Abteilung ist so gestiegen, daß heute oft ganz dringende Fälle nicht aufgenommen werden können. Ich bin sehr dafür, daß der im vorliegenden Budget wieder nur unbedeckt vorgesehene Betrag von 1,200.000 S im Laufe des Jahres 1954 flüssig gestellt wird.

Das Landeskrankenhaus in Feldbach hat Kollege Hofmann behandelt. Ich glaube, im Landeskrankenhaus Feldbach haben sich die Verhältnisse sehr zu Gunsten geändert. Seit wir einen anderen Primararzt ins Krankenhaus Feldbach berufen haben, ist der Durchschnittsbelag der medizinischen Abteilung von 112 auf 165 Patienten angestiegen. Das wird eine Reihe von Maßnahmen erfordern, um dem neuen Mann das Arbeiten zu erleichtern. Ich trete entschieden dafür ein, daß die eingestellten Beträge von 560.000 S für verschiedene Bau- und Ausgestaltungsarbeiten im Krankenhaus Feldbach sehr rasch flüssiggestellt werden.

Was das Landeskrankenhaus in Fürstenfeld anbelangt, wurde alles getan, was getan werden konnte. Wir haben dort einen neuen Operationssaaltrakt geschaffen, wir haben den Operationssaal aufs modernste eingerichtet und ausgestattet und das hat rund 4 Millionen Schilling gekostet. Damit ist den Wünschen der Ärzte und der Bevölkerung von Fürstenfeld Genüge getan.

Bezüglich der vorgebrachten Wünsche auf Ausgestaltung des wichtigen Krankenhauses in Knittelfeld stimme ich mit dem überein, was hier ausgeführt wurde. Es soll alles positiv erledigt werden, was begehrt worden ist. Die rascheste Beseitigung der Mängel ist unbedingt notwendig um die Kosten hierfür voll zu rechtfertigen, genau so wie in anderen Krankenhäusern, besonders in Judenburg.

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen nur einen flüchtigen kurzen Umriß über das von mir betreute Referat, das sicher kein angenehmes ist, gegeben. Ich bitte Sie, vor allem überzeugt zu sein und zur Kenntnis zu nehmen, daß die Landesregierung seit dem Jahre 1945 bis jetzt keine Kosten gescheut hat, um die Krankenhäuser des Landes wieder instandzusetzen. Durch viele Jahre ist dies versäumt worden. Nun wurde nachgeholt, was man in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit überhaupt nachholen konnte. Ich schätze, daß weit über 100 Millionen Schilling seit 1945 für diese Zwecke verwendet wurden. Aber, meine Damen und Herren, diese Millionen Schilling wurden nicht nutzlos aufgewendet. Wenn es gilt, kranke Menschen wieder gesund zu machen, so ist dies eine Forderung der Menschlichkeit und keine lediglich finanzielle Frage. Höchste Aktivität auf diesem Gebiete ist aber auch im Interesse des Staates gelegen, denn die erkrankten Staatsbürger werden dadurch wieder rechtzeitig in den Produktionsprozeß eingeführt. Sind die Einrichtungen unserer Krankenhäuser zeitgemäßer

und besser, so verkürzt sich auch die Dauer des Aufenthaltes in den Spitälern. Alles, was wir auf dem Gebiet der Sanitäts- und Gesundheitspflege an Neuerungen und Verbesserungen machen, ist zu verantworten. Die Landesregierung und der Landtag, die bis nun volles Verständnis für diese Bedürfnisse gezeigt und die gestellten Anträge immer angenommen haben, mögen bei dieser ihrer Einstellung auch in aller Zukunft bleiben. Mit diesem Wunsche will ich schließen. (Anhaltender, lebhafter Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Das Schlußwort hat der Bericht-erstatte.

**Berichterstatter Abg. Sebastian:** Die abgeführte Spezialdebatte hat gezeigt, wieviel berechnigte offene Forderungen und Wünsche im Hinblick auf die Gruppe 5 noch von allen Abgeordneten aus allen Teilen des Landes zu behandeln wären. Es hat sich der Finanzausschuß mit dem Budget 1954 bemüht, die vordringlichsten wichtigsten Probleme, soweit die finanziellen Mittel dazu vorhanden waren, in das Budget 1954 aufzunehmen. Ich ersuche Sie daher namens des Finanzausschusses, für den ich diese Gruppe vorzutragen die Ehre hatte, dieser Gruppe Ihre Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Ich ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 5 zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 6, Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen. Berichterstatter ist Abg. Wegart. Ich erteile ihm das Wort.

**Berichterstatter Abg. Wegart:** Hohes Haus! Die Ansätze nach Gruppe 6 haben gegenüber dem ursprünglichen Entwurf keine wesentliche Abänderung erfahren, lediglich bei der Post 62,71 wurde ein Beitrag von 500.000 S an die Siedlungsgenossenschaft „Heimat Österreich“ und an die Bürgschaftsgenossenschaft durch einen gemeinsamen Antrag neu aufgenommen. Mit rund 128 Millionen Schilling werden die Aufgaben für 1954 in dieser Gruppe durch das Land erfüllt. Hierzu kommen die Mittel des Bundes, so daß fast 300 Millionen Schilling im Jahre 1954 im gesamten Bausektor des Landes zur Verbauung gelangen. Drei Aufgabenbereiche, die mir besonders wichtig erscheinen, möchte ich herausgreifen:

1. Das Land hat gegenwärtig 2864 km Landesstraße zu betreuen, 69 km wurden im Jahre 1953 staubfrei gemacht, 555 km, das sind 19,7 %, sind bisher staubfrei, 2269 km, das sind 80,3 %, weisen Schotterdecken auf.

2. Der Bund hat im Land Steiermark 1307 km zu betreuen. Hievon wurden im Jahre 1953 38 km staubfrei gemacht, bisher sind 888 km, das sind 68 %, staubfrei, 419 km, das sind 32 %, haben einen Schotterbelag.

Wenn man die Straßenverhältnisse mit denen des Jahres 1945 und 1946 vergleicht, dann darf

man mit Genugtuung den ungeheuren Fortschritt beim Ausbau und bei der Verbesserung des Straßennetzes feststellen.

3. Der Landes-Wohnungs- und Siedlungsfonds mit 30 Millionen Schilling im Voranschlag gestattet es auch im Jahre 1954 die erfolgreiche Arbeit dieses Fonds auf dem Siedlungsgebiet fortzusetzen. Besonders unterstreichen möchte ich jedoch, daß mit diesen 30 Millionen Schilling an Krediten durch das Land noch sehr beachtliche Mittel der Siedlungswerber zugesprochen werden, so daß damit der Bausektor eine sehr bemerkenswerte Belegung erfährt. Es ist mir ein Bedürfnis, die vorbildliche Arbeit des Landesbauamtes vom Landesbaudirektor bis zum braven Straßenwärter, mit einem herzlichen Dank anzuerkennen. Nicht minder will ich auch die vorzügliche Arbeit im Landes-Wohnungs- und Siedlungsamt bei der Erledigung der Gesuche hervorheben und auch diesen Beamten den herzlichen Dank aussprechen.

Ich stelle nun namens des Finanzausschusses den Antrag, die vorgesehenen Ansätze der Gruppe 6 unter Berücksichtigung der vorliegenden Berichtigung zu beschließen.

Landeshauptmannstellvertr. **Dipl. Ing. Udier:** Hohes Haus! Es ist immer Gepflogenheit, daß ich bei diesem Kapitel einen kurzen Überblick über das abgebe, was in diesem Lande notwendig und was bereits geschehen ist. Wenn ich dazu wiederum das Wort ergreife, so deshalb, weil es mir wesentlich erscheint, daß auch die Mitglieder des Hohen Landtages, wenn auch nur auszugsweise, erfahren, was auf dem Gebiete des Bauwesens im Lande geschieht oder geschehen ist und wofür die beachtlichen Mittel, die in diesem Kapitel aufscheinen, ausgegeben werden.

Sie haben schon eingehend vom Bericht-erstatte vernehmen können, um was es geht. Ich darf mich vorerst auch dem Gebiet des Straßenwesens zuwenden, weil dort die meisten Millionen verschlungen werden und es könnte vielleicht den Eindruck erwecken, als ob des Guten zuviel getan würde. Ich darf bei aller Objektivität, die der Herr Finanzreferent entgegenbringt, weil er für die Straßen Bedeutendes übrig hat, feststellen, daß er mich heuer ein wenig im Stich gelassen hat. Das Budget hat eine Ausweitung um fast 40 Millionen Schilling erfahren, für die Straßen ist davon 1 Million Schilling abgefallen, wohl wenig, wenn man bedenkt, wie unsere Straßen wirklich ausschauen. Wenn man vernommen hat, auch im Finanzausschuß, wie der Zustand mancher unserer Straßenzüge beschaffen ist, wird man zugeben, daß man bei ihnen zu knapp budgetiert hat. Der Herr Finanzreferent hat in großen Zügen in seiner Erklärung zum Budget darauf aufmerksam gemacht, daß er durch die Sonderbelastung der Warenumsatzsteuer und der Benzinsteuern seitens des Bundes 156 Millionen Schilling nicht bekommt vom Finanzminister und hat hier als Hoffnungspost aufgezeigt, wieviele Straßen man bauen könnte, wenn er diese

156 Millionen Schilling bekäme. Nachdem er von 40 Millionen Schilling für die Straßen aber nur 1 Million Schilling gegeben hat, kann ich mir leicht ausrechnen, wieviel ich von den 156 Millionen Schilling bekommen hätte. Da er sie aber nicht hat, ist es nutzlos, zu debattieren.

Der Zustand unserer Straßen hat sich seit 1945 wesentlich gebessert, wie der Herr Bericht-erstatte bekanntgegeben hat. Trotzdem ist aus dem perzentuellen Verhältnis, das hier bekanntgegeben wurde, festzustellen, daß die Straßenverhältnisse nicht den heutigen allgemeinen Erfordernissen entsprechen. Von 2800 km sind nur 20 % staubfrei, ein geringer Prozentsatz, wenn wir wissen, daß auch von den Bundesstraßen, die unser Hauptverkehrsnetz darstellen, noch 32 % Schotterstraßen sind und daher nicht ganz den Erfordernissen entsprechen. Wenn wir wissen, daß die Belastung unserer Straßen sich im vergangenen Jahr um 20% gesteigert hat, sehen wir, wie weit wir zurück sind. Anlässlich einer Straßentagung im heurigen Jahr ist in einem Vortrag festgehalten worden, daß die Belastung unserer Straßen, errechnet aus der Geschwindigkeit der Fahrzeuge, dem Achsen- druck und der Anzahl der Fahrzeuge um 12,4 % gegenüber 1937 gestiegen ist, während die Dotation für die Erhaltung der Straßen beim Bunde nur das 2,4fache ausmacht und im Lande etwas höher gegangen werden kann. Wir haben die Vergleichsziffern aus 1937 und 1938 nicht restlos zur Hand, auf das 5-6fache, wobei wir aber der höheren Belastung entsprechend für die Erhaltung mehr ausgeben mußten. Diese Belastung wird in diesem Jahre weiter steigen. Es wurden in Österreich wiederum um 20 % mehr Motorräder, mehr Zugmaschinen, um 10 % mehr Personenkraftwagen, um 5% mehr Lastkraftwagen angemeldet wie im Vorjahr. Wenn wir von 1937 bis 1953 die freifache Steigerung haben und in diesem Jahre noch mehr Fahrzeuge, die unseren Straßen weiterhin Schaden zufügen, wird es kaum nützen, wenn wir auf der anderen Seite nicht genügend Mittel zur Verfügung haben, um zu einem erträglichen Straßenzustand zu kommen. Von 2800 km Landes-Straßennetz sind rund 2300 km Schotterstraßen, während 1600 bis 1700 km staubfrei sein sollten. Wenn wir das in dem Tempo weiter-treiben, werden wir derzeit nicht allzuviel Gelegenheit haben, uns mit diesem Problem zu befassen, weil es zu lange dauert und zirka 20 Jahre notwendig sind. Wir sind der Meinung, daß wir in Zukunft auf dem Sektor etwas mehr beisteuern müssen, wenn wir den Zustand der Straßen dem Verkehr entsprechend gestalten wollen.

Es ist sicherlich viel geschehen, wir brauchen das nicht zu verschweigen. Sie können, die Sie heute beschließen, diese Mittel vorzusehen, mit uns stolz sein, daß es gelungen ist, soviel auf dem Gebiete dem Besseren zuzuführen. Aber ebensoviel bleibt leider offen. Wenn wir im Vor-jahre davon gesprochen haben, daß wir nach den Hauptzügen auch unser Landesstraßennetz ausbauen und einer Verbesserung zuführen

wollen, so können wir sagen, daß wir ein beachtliches Stück weitergekommen sind. Im Nordosten sind wir über Weiz—Birkfeld fast bis Birkfeld gekommen, leider haben wir das Geld nicht bekommen, um die letzten 7 km asphaltieren zu können, die Hälfte haben wir aber hinter uns. In dem Endzug nach Südwesten sind wir bei Kirchbach—Mureck ein beachtliches Stück weitergekommen, wir haben hier den Sonnberg, den wir auszubauen haben. Wir haben im Südwesten diesmal etwas weniger gemacht, weil die Sulmtalstraße im Großen und Ganzen vollendet ist. Es ist derzeit noch auszubauen die Verbindung von Graz über das Land hinunter nach Wies oder Groß St. Florian. Wir waren der Meinung, es sei notwendig, der Sulmtalstraße größeres Augenmerk zuzuwenden. Wir haben aber noch eine beachtliche Stelle besser zu machen. Es ist da noch das Verkehrsproblem Preding zu nennen, das nicht sehr günstig liegt. Es liegt ein Projekt vor, daran zu denken, um den Ort herumzufahren, um die Ecken im Orte zu vermeiden. Die Umfahrung ist ein Begriff, die manchesmal Freude, manchesmal Unwillen erregt. Es ist der Gastwirt, der häufig dagegen revoltiert, wenn der Ort umfahren werden soll. Es gibt aber genügend verständnisvolle Menschen, die wissen, daß mit der Umfahrung die Wirtschaft eines Ortes nicht zum Erliegen kommen muß. Damit muß auch gerechnet werden.

Die Maßnahmen, die nun zu ergreifen sind, sind immer dieselben und treten nur mit größerer oder geringerer Heftigkeit an uns heran. Es hat mich sehr verwundert, daß es im Finanzausschuß anscheinend so gewesen ist, als ob die Straßenwünsche nur mehr auf ÖVP-Seite vorhanden wären. Man hat entweder dem Referenten den Vorwurf gemacht, daß er die Gegenden der ÖVP-Mandatare zu wenig berücksichtigt oder so, als ob man es als eine politische Angelegenheit der ÖVP ansehen möchte. Ich will hoffen, daß Sie alle, die Sie Gelegenheit haben, über schlechte und kotige Straßen zu fahren, das Gefühl haben, daß es wirklich alle angeht. Und ich würde auch bitten, daß Sie dem auch immer wieder Rechnung tragen. Wir haben, wenn wir von den Straßen reden, auch viele Wünsche gehört und wissen, daß wir auch im Lande noch vieles tun müssen. Abgesehen von der Erhaltung und von dem Ausbau des bestehenden Straßennetzes besteht die berechnete Frage, ob nicht da und dort wichtigere Straßenzüge etwa auch in die Verwaltung des Landes zu übernehmen wären. Es ist mit Recht die Frage aufgeworfen worden, ob dieses Land überhaupt nie mehr eine neue Straße bauen wird. Man denke daran, daß seinerzeit die Packerstraße und auch die Gesäusestraße vom Land gebaut wurde. An solche Bauten kann man heute gar nicht denken, weil dafür die notwendigen Mittel momentan wohl nirgends zu sehen sind, jedoch sie wären sehr notwendig, zumal genügend Wünsche dieser Art vorhanden sind.

Sie erinnern sich, daß voriges Jahr im Landtag der Beschluß gefaßt wurde, die Landesregie-

rung möge sich zusammen mit der oberösterreichischen Landesregierung mit der Projektierung der Blaa-almstraße befassen. Und es ist nichts geschehen. Ich habe kurz darüber dem Finanzausschuß Bericht erstattet. Es handelt sich auch dabei wieder um ein Projekt, das an die 37 bis 40 Millionen Schilling kosten würde, so daß wir an den Ausbau gar nicht denken können, zumal die oberösterreichische Landesregierung nicht allzuviel Lust hat, einem ähnlichen Projekt näher zu treten. Und an eine Übernahme dieser Blaa-almstraße durch den Bund ist auch nicht zu denken, weil es wahrscheinlich die zweckmäßigste Lösung für eine rasche Überquerung dieses Bergrückens ist, wenn die allergrößten Stufen des Pötschenpasses ausgebaut werden. Es wird also doch auch in Zukunft bei der Pötschenpaßstraße bleiben.

Es ist ein Projekt aufgetaucht und mir förmlich in den Mund gelegt worden, wonach es sich nur um den Bau von 2 bis 3 km handle und der ganze Verkehr ginge über die Gleinalm in Richtung Knittelfeld, und zwar von Deutschfeistritz aus. Ich habe noch nicht Gelegenheit gehabt, darüber zu fahren, aber ich glaube auch nicht, daß es so ganz glatt gehen würde wie man es mir zu schildern versuchte. Es haben auch andere Interessenten geschildert, wie glatt man über den Sölkpaß käme, aber ich glaube, das ist auch noch eine lebensgefährliche, eine rein sportliche Angelegenheit. Die meisten Straßenbenutzer ziehen doch eine gute Straße vor. Oder ich denke, Berichte in Zeitungen, wonach die Straße von Eibiswald über Soboth ins Lavanttal, die ja einmal eine schöne Straße werden kann, eine zweite Glocknerstraße werden könnte. Davon sind wir aber noch weit weg, bei aller Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer solchen Verbindung, die vor allem auch dem Sack in Lavamünd eine Belebung bringen würde. Diese Wünsche können solange nicht befriedigt werden, als wir nicht in der Lage sind, diesem Budgettitel größere Summen auf einmal zuzuführen.

Wenn ich nun noch die Situation auf dem Bundesstraßensektor erwähnen darf, so ist es unser größtes Bemühen, auch auf diesem Sektor — weil die Bauausführung jeweils über unser Bauamt geht — dafür zu sorgen, daß sich die weitere Entwicklung nach den Hauptnotwendigkeiten unseres Verkehrs in der Steiermark richtet. Da ist einmal die Zuleitung vom Norden bzw. vom Westen durch das Ennstal. Ich brauche Ihnen hier nicht zu erzählen, wie die Ennstalstraße aussieht, denn jeder, der einmal die Gelegenheit hatte, von Liezen über Schlading gegen Radstadt zu fahren, der wird mir sagen, daß es dort einige Stellen gibt, die untragbar sind und nicht mehr als Straße bezeichnet werden können. Wir hören auch immer wieder — es hat auch bereits ein anderer Redner heute darauf hingewiesen —, daß man in Grazer Zeitungen lesen und auch auf Bildern sehen kann, wie der Straßenzustand in der Steiermark

ist, um ja vorher schon die Fremden abzuhalten. Wir sind ja darauf aus, diesen Ausbau bestens zu forcieren, das hat aber seine Grenzen in den Mitteln. Wir haben jedoch gewisse Hoffnungen, im Jahre 1954 auch auf diesem Sektor etwas mehr zu bekommen. Aber ich spreche vorläufig nur von den Hoffnungen, weil die Tatsachen erst am Ende des nächsten Jahres festzustellen sein werden.

Der zweite Schwerpunkt ist die Wechselbundesstraße, die wir im Begriffe sind auszubauen. Wir sind momentan daran, auch die Straße von Hartberg bis zur Landesgrenze wenigstens staubfrei zu machen, um in der Zwischenzeit nach wie vor den Ausbau weiter zu forcieren, weil wir der Meinung sind, daß die Wechselbundesstraße dereinst eine glückliche zweite Verbindung von Graz nach Wien sein wird, die einmal, da sie kürzer ist, sowohl verkehrsmäßig als auch landschaftlich gesehen eine beachtliche Konkurrenz für die Semmeringstraße sein wird, die heute im Zuge des Müürztals schon eine unangenehme Verkehrsstrecke ist. Nicht deshalb weil das Müürztal landschaftlich weniger schön ist, aber weil dort Industrieort an Industrieort liegt und sich daher der Verkehr quer und entlang der Straße in verstärktem Maße abwickelt und daher sehr unangenehm wird. Daß die Straße Bruck—Semmering verkehrsmäßig bald nicht mehr zugelassen werden dürfte, ist uns auch bekannt und wir können nur hoffen, daß wir auch hier Zug um Zug zu einer neuen Erstellung dieser Straße kommen. Stückerweise kommen wir dazu. Sie wissen, daß wir jetzt bei Niklasdorf an einem größeren Baulos arbeiten, das auch im nächsten Jahr eine Fortsetzung erfahren soll. Daß es uns heuer gelungen ist, die Radlbundesstraße weitgehend vorwärts zu bringen, so daß sie praktisch bis Stainz im Grundbau fertig ist, während sie nächstes Jahr mit einem staubfreien Belag versehen und darüber hinaus nach Deutschlandsberg fortgesetzt werden wird, zeigt, daß wir bemüht sind, auch das Bundesstraßennetz in seinen Hauptverkehrsadern in Ordnung zu bringen, um dem verstärkten Verkehr Rechnung zu tragen. Daß es noch immer Wünsche gibt, wissen wir, aber wir müssen uns auch hier nach der Decke strecken. Soviel zu den Straßen.

Ich darf nun noch kurz berichten, daß zu den Obliegenheiten des Bauamtes auch noch gehört, die Hochbauten im Lande zu planen, auszuführen und zu kontrollieren, die Bauaufsicht zu führen und ähnliches mehr und daß sich daraus ein ergiebiges Feld der Arbeit ergibt.

Der Hochbau im Lande, der im vorigen Jahr im ordentlichen Haushalt 16,4 Millionen Schilling und im außerordentlichen Haushalt 15,6 Millionen Schilling zur Verfügung hatte, also 32 Millionen Schilling zur Verbauung gebracht hat — das wurde von einem Referenten schon berichtet — beinhaltet in erster Linie wichtige und notwendige Bauten auf dem Gebiete des Sanitätswesens, wie z. B. die Fertigstellung der Stolzalpe und andere Maßnahmen

auf der Stolzalpe und — wie Herr Landeshauptmannstellvertreter schon erwähnt hat — Bauten in anderen Krankenhäusern, wie z. B. in Fürstfeld und in Graz. Es wurden auch Wohnhäuser gebaut, ferner landwirtschaftliche Schulen, Fürsorgeheime und nicht zuletzt erwähnen möchte ich den Rohbau des Konservatoriums. Wir haben also auch auf diesem Sektor ein reichliches Pensum an Arbeit zu leisten. Dazu kommt noch, daß der Hochbau des Bundes auch 16,4 Millionen Schilling in das Land gebracht hat, die in erster Linie zur Modernisierung unserer Hochschulen, nämlich der drei Hochschulen Universität, Technik und Montanistische Hochschule, verwendet wurden. Es bekommt die Universität ein neues Heizwerk, die Technik einen Zubau für die Papierchemie und die Montanistische Hochschule ein neues Kesselhaus und neue Laboratorien. Wir haben auch die Männerstrafanstalt Karlau zu richten gehabt und bei der Bulme Erweiterungsbauten durchgeführt. Das Arbeitsamt in Weiz wird neu gebaut und noch verschiedene andere Bauten werden aufgeführt. Man sieht daraus immer wieder, wieviel doch geschieht, es mag dem einen oder anderen zwar nicht immer zugänglich sein, weil nicht jeder im Detail an den einen oder anderen Bau denkt, sondern oft erst dann, wenn er daran vorbeifährt. Ich darf auch in Erinnerung bringen, daß über den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds im Jahre 1953 43 Millionen Schilling zur Verbauung gekommen sind, daß 102 Bauvorhaben auf diesem Sektor fertiggestellt werden konnten, was besonders erfreulich ist, weil immer wieder betont wurde, wie notwendig gerade die Wohnraumbeschaffung in jeder Form ist.

Wenn wir noch einen Blick werfen auf die Aufgaben des Wasserbaues, die ebenfalls über das Landesbauamt abgewickelt werden, — Flußbau 15,7, Wasserleitungsbau 7,2, Kanalbau 6,1 Millionen S, also zusammen 29 Millionen Schilling — wollen wir wissen, was damit geschehen ist. Ich darf Ihnen sagen, daß die Flußbauregulierungsarbeiten hauptsächlich an den Flüssen Mur und Enns, ferner bei Donnersbach und Kraubath erfolgten und die Hochwasserschäden an der Lafnitz behoben werden konnten. Der Wasserleitungsbau ist in unserem Lande ein sehr wesentlicher Faktor und es kann nicht genug die Wichtigkeit dieses Sektors betont werden. Leider ist man immer wieder an die Freigabe seitens des Bundes nach dem Wasserbautenförderungsgesetz gebunden. Ich muß sagen, vom Lande wurde diesem Gebiet sehr großes Verständnis entgegengebracht, so daß sowohl unsere allgemeine Wasserversorgung als auch die einzelnen ländlichen Wasserversorgungen Unterstützungen erfahren haben. So wurden auch in Treglwang, Merkendorf, Tragöb, Deutschfeistritz, Voitsberg, Ligist und Knittelfeld Neubauten durchgeführt. Im Ausbau der gemeinschaftlichen Wasserversorgung sind wir gegenüber dem Westen noch weit zurück. Wir müssen bemüht sein, möglichst viele Mittel auch vom Bund zu verlangen, damit wir durch Freigabe der zugehörigen Landesmittel es ermög-

lichen, daß noch mehr Gemeinden zu einer einwandfreien Wasserversorgung kommen. Die Zustände auf diesem Gebiete liegen hier sehr im Argen. So mußten in Deutschfeistritz die Kinder in die Schule das Wasser mitbringen, weil ein großer Teil der vorhandenen Ziehbrunnen versiecht war und behördlich gesperrt werden mußte. Wenn man solche Zustände kennt, dann weiß man, wie notwendig die Mittel sind, die man dafür aufwenden will. Eine enorme Belastung für die Gemeinden bilden die Kanalisationsbauten, die ebenso dringend und wichtig sind. Auch hier sind beachtliche Mittel zur Verfügung gestellt und ist auch Beachtliches geleistet worden. So sind in Feldbach, Fürstenfeld, Radkersburg, Weiz, Köflach, Bruck, Eisen- erz, Langenwang, Zeltweg zum großen Teil neue Anlagen errichtet, zum Teil bestehende Anlagen erweitert worden.

Wenn ich ziffernmäßig die Meliorationen streife, die durch Herrn Landesrat Pirisch bearbeitet werden, so muß ich sagen, daß wir hier 7·6 Millionen Schilling zur Verarbeitung brachten, wovon 3·6 Millionen Schilling reine Landesmittel sind. Auch das dient nur dazu, um die landwirtschaftliche Nutzfläche zu vergrößern und kommt restlos der Allgemeinheit zugute.

Wenn Sie mir gestatten, daß ich darauf verweise und ich glaube, Herr Abg. Taurer hat dies in seinen Ausführungen bereits getan, daß das Bauamt gegenüber 1937 heute ein dreifaches Bauvolumen zu bearbeiten hat und wenn wir wissen, daß die Ausdehnung des Amtes — ich bin ein Feind der Ausdehnung — doch nicht dem Schritt gehalten hat, müssen wir die Leistungen, die dort vollbracht werden, unbedingt anerkennen. Es ist irgendwie symptomatisch, daß wir im vergangenen Jahr wiederum einige der maßgebendsten Fachleute lange Zeit durch schwerste Krankheit entbehren mußten, weil dort die Überarbeitung manchmal bis zur Grenze geht.

Ich möchte nicht verabsäumen, am Schlusse meines kurzen Berichtes, der bestimmt nicht umfassend ist und nicht ins Detail gehen kann, — es war vorgesehen, dem Landtage in einem kurzen Lichtbildervortrag im Rittersaal einiges über die Baugeschehen im Lande zu zeigen, der sich jedoch wegen Zeitmangels an eine andere Sitzung im nächsten Jahr anschließen wird — ich möchte also nicht versäumen, von dieser Stelle aus allen Mitarbeitern im Bauamt, allen 1100 Arbeitern, den 200 Vertragsbediensteten sowie den 400 Beamten des Landes im Landesbauamt und in allen Bezirks-Bauämtern und Straßenbauämtern den Dank zum Ausdruck zu bringen für die Arbeit, die sie nicht um ihrer selbst willen sondern im Dienste der Allgemeinheit geleistet haben. Der Dank gilt allen voran dem Leiter des Landesbauamtes, Hofrat Hazmuka, bis zum letzten Arbeiter auf der Straße. Ich bin mir bewußt, daß Sie sich diesem meinem Danke gerne anschließen. (Allgemein anhaltender, lebhafter Beifall.)

(2. Präsident Operschall übernimmt den Vorsitz.)

**Abg. Hegenbarth:** Hoher Landtag! Die Budgets der letzten Jahre zeigten immer wieder die erfreuliche Tatsache, daß die Gruppe 6 jene war, bei der die Posten der Höhe nach unbestritten waren. Niemand war da, der Kürzungsanträge stellte, sondern die Parteien des Hohen Hauses waren sich fast immer darüber einig, daß für diese Gruppe viel zu wenig Mittel zur Verfügung standen. Wir haben aus den Worten des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Udier gehört, daß dem Lande Steiermark derzeit 2860 km Straßen zur Verwaltung und zur Betreuung unterstehen. Nicht nur die Großstädter, die eine Asphaltstraße als etwas Selbstverständliches betrachten, die viel bescheideneren Bauern in den Gemeinden der Ost- und Weststeiermark, die zufrieden sind, wenn sie eine gut fahrbare Schotterstraße zur Verfügung haben, sind fest davon überzeugt, daß jeder Schilling, der dieser Gruppe zugewendet wird, ein gut angelegter Schilling ist.

Landeshauptmann-Stellvertreter Udier hat einige Projekte genannt, die als besonders förderungswürdig erscheinen. Der Straßenzug Seiersberg—Gleinstätten zweigt von der Packer Bundesstraße zwischen Straßgang und Tobelbad in südlicher Richtung ab, durchfährt Unterpremstätten, Zwaring, Preding und landet bei Gleinstätten in die Sulmtalstraße. Diese Straße ist die kürzeste, geradlinigste und beste Verbindung mit der Sulmtalstraße und erschließt ein wirtschaftlich wichtiges Land dem Verkehr. Die Umfahrung Preding wird sich kaum vermeiden lassen; wer einmal Gelegenheit hatte, zur Nachtzeit durch Preding zu fahren, kam auf mancherlei Hindernisse und auch einem guten Kraftfahrer kann es dort passieren, daß er mit dem Kühler seines Wagens einen Teil eines Hauseckes mitnimmt. Die Durchfahrt durch Preding entspricht keineswegs den Anforderungen eines modernen Verkehrs und es wird nichts anderes übrig bleiben, als die vom Landesbauamt schon längst projektierte Umfahrung in Richtung gegen Hornegg früher oder später Wirklichkeit werden zu lassen. Ich stelle mit Genugtuung fest, daß für die Weiterführung des Ausbaues dieser Straße, soweit sie im Bereiche des Straßenbauamtes Graz und Leibnitz liegt, für kommende Jahre ziemlich reichliche Beträge zur Verfügung gestellt worden sind.

Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hat auch ein Zukunftsprojekt erwähnt, die Gleinalmstraße. Ich weiß, daß sich ein solches Projekt nicht von heute auf morgen verwirklichen läßt, aber jedes Mitglied des Hohen Hauses, das sich einmal die Mühe genommen hat, die Karte von Steiermark, vielleicht auch eine Autokarte zur Hand zu nehmen, wird überraschenderweise feststellen können, daß man bei einem Ausbau dieses Straßenzuges von Peggau—Deutschfeistritz—Übelbach—Neuhof—Gleinalmsattel, Richtung Rachau, die Straße Graz—Knittelfeld, die derzeit von Graz über Bruck eine Länge von 101 km hat, auf 66 km reduzieren könnte. Ich bin mir dessen wohl bewußt, daß dem Lande Steiermark, das mit anderen vordringlicheren Aufgaben

überlastet ist, momentan nicht die Mittel zur Verfügung stehen, in den nächsten Jahren ein solch großes Projekt durchzuführen. Aber ich betrachte es als einen glücklichen Anfang, ja als eine Art Verheißung, daß man doch mit dem teilweisen Ausbau dieser Strecke begonnen hat, in dem bereits eine Teilstrecke im kommenden Jahr einer durchgreifenden Verbesserung unterzogen wird. Hohes Haus, auch jene Leute, die in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg die Idee des Ausbaues der Packerstraße oder der Wechsel-Bundes-Straße propagiert haben, sind im Anfang belächelt worden. Man hat gesagt, daß so etwas schon aus finanziellen Gründen gar nicht durchführbar sei und dergleichen mehr. Aber diese Leute haben dann doch allmählich Recht behalten. Man muß bei einer Idee oder einem Projekt möglichst lange und ausführlich davon reden, man muß die Leute interessieren, man muß zuwege bringen, daß die Presse davon zu schreiben beginnt, um so auch allmählich die Fachleute zu gewinnen, die den Plan erstellen sollen und ich bin überzeugt, daß mancher unter uns die Fertigstellung dieses Straßenstückes noch erleben wird.

In diese Gruppe fällt auch das Kapitel Wasserleitungs- und Kanalisationsbauten. Man muß einmal das Wasserversorgungselend in so manchen bäuerlichen Gemeinden des Hügellandes, aber unbestritten auch in manchen Markt- und Industriegemeinden gesehen haben. Zweifellos gehört eine genügende Menge von Trinkwasser heute zu den primitivsten sanitären Einrichtungen, die jeder Staatsbürger beanspruchen kann. Man muß gesehen haben, wie in der Ost- und Weststeiermark und auch teilweise in der Obersteiermark viele Bauern — es sind jedenfalls noch tausende — ihr Trink- und Nutzwasser oft kilometerweit transportieren müssen. Wir haben durch Erhebungen der Landesbauernkammer feststellen können, daß ein mittelbäuerlicher Betrieb, ein Familienbetrieb, im Durchschnitt jährlich 168.000 Liter Wasser braucht. Wenn man dieses Wasser in einem Eimer, der 14 Liter faßt, trägt, so müssen der Bauer oder die Bäuerin oder die Kinder 12.000 solcher Eimer jährlich schleppen, wobei oftmals über 100 km Weg herauskommen. Ein neuzeitlicher Ausbau des Wasserversorgungswesens auch auf dem Wege über Genossenschaften ist also eine vordringliche Aufgabe des Landes Steiermark.

Das gleiche gilt für die Kanalisationsbauten. Ich habe mir erzählen lassen, daß in der Steiermark nach 1945 infolge der unzureichenden sanitären und Wasserversorgungsverhältnisse, wie zum Beispiel in Hartberg, Typhusepidemien ausgebrochen sind, die mehr als 100 Opfer gefordert haben.

Hoher Landtag! Auch im Voranschlag 1954 ist wieder ein Betrag von 30.000.000 S für die Wohnbauförderung des Landes als Zuführung an den Wohnungs- und Siedlungsfonds vorgesehen. Wenn man vor 4 oder 5 Jahren noch gelächelt hat über diese Idee, so haben die Er-

höhungsanträge, die im Vorjahr geradezu eine spontane Form angenommen haben, gezeigt, daß der Landtag und die Landesregierung damit eine gesunde und gute Idee aufgegriffen haben. Es ist heute und teilweise auch gestern hier so viel gesprochen worden über die Familienförderung und es ist dabei so manche gute Idee in die Debatte geworfen worden. Es ist da z. B. über die Familienförderung und über das Problem der kinderreichen Familien gesagt worden, daß es im wesentlichen eine materielle Angelegenheit sei. Ich kann dem nicht voll zustimmen. Es zeigt sich immer wieder, daß der Kleinbauer, daß der Winzer mehr Kinder hat als der Gutsbesitzer und daß der kleine Flickschuster eine größere Familie aufweist als ein Kommerzialrat in Graz. Das erstreckt sich auf alle Berufsparten und ist im wesentlichen, möchte ich sagen, eine Gesinnungsfrage. Aber zweifellos ist das eine, daß eine einigermaßen geregelte Wohnversorgung, daß vor allem das Eigenheim stark dazu beiträgt, den Willen zur Familienbildung und zum Kind zu fördern. Man kann sich ohneweiters vorstellen, daß im fünften Stock eines sechsstöckigen Wohnhauses in Graz eine kinderreiche Familie schwer denkbar ist. Man stelle sich vor, es gäbe in einem solchen Haus ein Dutzend kinderreiche Familien! Da wäre ein kleiner Narrenturm fertig. Man sieht also, daß das Siedlungshaus in diesem Fall eine unerhört große Aufgabe erfüllt. Es schafft nicht nur Wohnraum, es entproletarisiert den Menschen und macht den bisher Unselbständigen bis zu einem gewissen Grad unabhängig, es stärkt seine eigene Versorgungsgrundlage. Er ist in Bezug auf Kartoffeln, Gemüse, Eier und Obst unabhängig und fühlt in sich ein gesundes Selbstbewußtsein, fühlt sich nicht mehr als ein Deklassierter, er betrachtet sich nicht mehr als einen minderen Sohn seiner Heimat, er fühlt sich als kleiner Besitzer und Bürger. Damit leisten wir auch eine wichtige staatspolitische Aufgabe. Hoher Landtag! Die Finanzierung der Wohnbauförderung des Landes Steiermark für das kommende Jahr erfolgt wiederum wie in den bisherigen Jahren durch Zuführungen aus Landeseinnahmen, aus Landesmitteln. Nun, durch die Finanzpolitik des Herrn Dr. Kamitz ist im Laufe der letzten Zeit eine zunehmende Geldflüssigkeit festzustellen. Das führte dazu, daß z. B. Wiener Großbanken heute schon ausgesprochen mit Überangebot an Geld kommen. Wir haben bereits vor einigen Tagen gehört, daß auch die österreichische Landwirtschaft einen Kredit von mehreren hundert Millionen Schilling vor allem für wirtschaftsfördernde Zwecke zu einem billigen Zinsfuß erhalten wird und es erhebt sich die Frage, ob wir nicht in Zukunft auch die Finanzierung der Wohnbauförderung im Wege eines solchen Kredites durchführen können. Ich stelle mir vor, daß das Land in diesem Fall einen Teil des Zinsendienstes übernimmt. Wir hören, daß solche Gelder heute schon mit 5 und 5½ % angeboten werden und wenn das Land Steiermark die Hälfte des Zinsendienstes übernehmen würde,

so würde sich ein Zinsfuß ergeben, der ungefähr dem entspricht, den heute der Landes-Wohn- und Siedlungsfonds für die von ihm gewährte Hilfe verlangt.

Hoher Landtag! Zusammengefaßt, möchte ich sagen, daß jeder Schilling, der in diese Gruppe hineingesteckt wird, sich vielfach bewähren wird. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. **Koller**: Meine Damen und Herren! Es ist erfreulich, aus den Worten des Herrn Berichterstatters bzw. des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Dipl. Ing. Udier feststellen zu können, daß auf dem Gebiet des Straßenbaues einiges, ja sehr viel geleistet wurde, was wir als Oststeirer, die wir den oststeirischen Raum sehr gut kennen, mit besonderer Genugtung vermerken, wenn wir an unsere Straßen denken, wo ja bis jetzt nicht nur die Schäden des Krieges, sondern auch noch die Versäumnisse vergangener Jahrzehnte nachzuholen waren. Trotzdem gibt es noch sehr viel zu tun. Es gibt noch immer Gebiete, die auf eine einzige Straße angewiesen sind, auf der sich neben dem Personenverkehr auch alle landwirtschaftlichen Transporte und der Verkehr der Güter von und zur Bahn abwickeln müssen und die leider oft in einem sehr schlechten Zustand ist. Als Beispiel möchte ich hier nur die Straße Fehring—St. Anna und weiter nach Radkersburg anführen. Meine Damen und Herren, ich darf der Erwartung Ausdruck geben, daß diese Entwicklung, die wir in der Oststeiermark besonders begrüßen, weiter anhält und daß im Laufe des Jahres neben den Mitteln des ordentlichen Voranschlags auch die des außerordentlichen wirksam werden und diese Gebiete, die bisher etwas stiefmütterlich behandelt wurden, Berücksichtigung finden. (Beifall).

Landesrat **Dr. Stephan**: Hoher Landtag! Auch im Kapitel 6 habe ich festzustellen, daß seit dem Jahre 1945 Erkleckliches geschehen ist. Im einzelnen hat dies Landeshauptmannstellvertreter Udier bereits ausgeführt. Im heurigen Jahr, das leider durch besonders arge Katastrophen gekennzeichnet war, hat sich vor allem dieser Katastropheneinsatz, der vom Landes-Bauamte getragen werden mußte, vorzüglich bewährt. Denn allein in der Ost- und Obersteiermark sind eine große Anzahl von Brücken und Straßenstücken weggeschwemmt worden. Wenn in den einzelnen Fällen nicht sofort Hilfe gebracht worden wäre, wäre eine schwere wirtschaftliche Schädigung von den Nutznießern dieser Straßen und Brücken zu tragen gewesen.

Es gibt aber natürlich auch noch viele Wünsche, die nicht erfüllt werden konnten und in näherer Zukunft auch nicht erfüllt werden können. Dazu gehört u. a. die Übernahme von Gemeindestraßen als Landesstraßen. Ich muß die hier anwesenden Herren Abgeordneten bitten, nicht ständig mit irgendwelchen Anträgen hier in das Plenum oder an die Regierung oder an die Abteilung zu kommen. Es besteht wenig

Aussicht, daß das Land in die Lage versetzt wird, diese Gemeindestraßen in größerem Maße als Landesstraßen zu übernehmen. Es langen in der Abteilung 3 immer wieder Wünsche ein. Ich muß dann mit den Herren, die referatsmäßig zuständig sind, mit dem Herrn Landeshauptmann, mit Herrn Landeshauptmannstellvertreter Udier, mit dem Landesfinanzreferenten beraten, ob diese Wünsche in Behandlung gezogen werden können oder nicht. In den allermeisten Fällen stellt sich heraus, daß aus Kostengründen eine solche Übernahme nicht in Frage kommt. Es entsteht nur unnötige Mehrarbeit und vor allen Dingen werden in den Leuten Hoffnungen erweckt, die dann nicht erfüllt werden können. Es wäre in jedem einzelnen Falle, wenn ein solcher Antrag eingebracht wird, am besten, vorher zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, diesen Antrag überhaupt in absehbarer Zeit durchzuführen. Es würde sich das alles selbstverständlich in dem Augenblicke grundlegend ändern, wenn der Bund seinerseits bereit wäre, von uns entsprechend ausgebaute Landesstraßenzüge als Bundesstraßen zu übernehmen und damit unsere Ausgaben für diese Strecken überflüssig zu machen, so daß wir diese Mittel für die neu aufzunehmenden Gemeindestraßen ausgeben könnten.

Ferner habe ich zu Einzelheiten und Kleinigkeiten einige Bemerkungen zu machen: Es ist gestern in der Generaldebatte schon einmal von Abg. Stöffler angeregt worden, bei den Ausschreibungen mehr darauf zu achten, daß nicht so sehr das billigste Anbot — ich weiß es einwandfrei, daß auch bisher nicht unbedingt darauf geachtet wurde — als das beste Anbot berücksichtigt wird, sondern die Firma, die am ehesten nach dem Urteil des Bauamtes in der Lage ist, den Bau zu diesen oder jenen Kosten durchzuführen. Es ist heute nach dem Urteil aller Baufirmen fast soweit gekommen, daß wegen der großen Anzahl der Baufirmen und natürlich auch der Angebote eine solche Unterbietung stattfindet, daß das Auslangen sehr häufig nicht gefunden werden kann. Damit ist weder dem Gewerbetreibenden, noch dem Lande, das diesen Bau in Auftrag gegeben hat, gedient, weil meist versucht wird, beim Bau die Kosten einzusparen, die durch ein zu niedriges Angebot nicht gedeckt sind. Ferner wäre es wohl wünschenswert, wenn bei den Planungen für die Straßenbauten beispielsweise längere Stücke an eine Firma vergeben werden könnten, weil es dann selbstverständlich ist, daß in diesem Falle die Bauausführung wesentlich rationeller gestaltet werden kann. Der Idealfall wäre es unseres Erachtens, daß eine wirklich gut ausgerüstete Firma eine Straße von einer gewissen Länge für eine gewisse Zeit von mehreren Jahren zur Ausführung bekommt, weil sie dann ihre Maschinen nicht immer wieder von einem Ort zum anderen schicken muß, wie das jetzt häufig der Fall ist. Das Hin- und Herschicken hemmt nur die Arbeit und verteuert sie. Welche Umstände dieser etwas großzügigeren Planung entgegenstehen, weiß ich nicht. Es ist wohl klar,